

1	PRÄAMBEL	6
2	1. FÜR EIN ÖKOLOGISCHES SACHSEN-ANHALT	9
3	DAS GRÜNE KLIMASCHUTZPROGRAMM	9
4	NACHHALTIGE UND UMWELTFREUNDLICHE ENERGIEVERSORGUNG	9
5	AUS DER KOHLE AUSSTEIGEN	10
6	KEINE ENDLAGERUNG VON KOHLENDIOXID	10
7	ENDLAGER MORSLEBEN: SICHERHEIT MUSS PRIORITÄT HABEN	11
8	NACHHALTIGKEIT IN SACHSEN-ANHALT DURCHSETZEN	12
9	MIT ABFALL VERANTWORTLICH UMGEHEN	12
10	DEZENTRALE ABWASSERBESEITIGUNG FÖRDERN	13
11	FLÄCHENVERBRAUCH SENKEN	13
12	LÄRM BEKÄMPFEN, LUFT SAUBER HALTEN	13
13	NATURSCHUTZ STÄRKEN	14
14	ZUSTAND DER GEWÄSSER VERBESSERN	15
15	ELBE UND SAALE SCHÜTZEN	15
16	UNSERE SCHUTZGEBIETE STÄRKEN, BIOTOPVERBUND HERSTELLEN	16
17	ÖKOLOGISCHE WALDWIRTSCHAFT UND JAGD	17
18	EINE STRATEGIE FÜR BIOLOGISCHE VIelfALT	17
19	ÖKOLOGISCHE UND GENTECHNIKFREIE LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN	17
20	TIERSchUTZ IN DER LANDWIRTSCHAFT VORANBRINGEN	18
21	TIERHEIME ABSICHERN	19
22	WILDTIERE GEHÖREN IN DIE NATUR	19
23	TIERE SIND KEINE VERSUCHSOBJEKTE	19
24	EINE LOBBY FÜR DIE TIERE	19
25	2. FÜR EIN BILDUNGSSTARKES SACHSEN-ANHALT	20
26	FÖRDERN STATT AUSGRENZEN	20
27	LÄNGER GEMEINSAM LERNEN	21
28	LERNGEMEINSCHAFT VOR ORT STÄRKEN	21
29	BERUFLICHE BILDUNG STÄRKEN	22
30	INKLUSION ERMÖGLICHEN	23
31	DEMOKRATIE LERNEN	23
32	IN UMWELTFRAGEN (WEITER)BILDEN	24
33	HOMOPHOBIE VON ANFANG AN ENTGEGENTRETEN	24
34	KITAS STÄRKEN	24
35	SCHULAUTONOMIE FÖRDERN	25
36	QUALITÄT DURCH STANDARDS SICHERN	25
37	BERUF DER LEHRERINNEN UND LEHRER ATTRAKTIVER GESTALTEN	26

38	IN LEHRE UND FORSCHUNG INVESTIEREN	26
39	DIE HUMBOLDTSCHES UNIVERSITÄT IM 21. JAHRHUNDERT ETABLIEREN	27
40	FÜR NACHHALTIGKEIT FORSCHEN	27
41	INFORMATIONEN ALLEN ZUGÄNGLICH MACHEN	28
42	KLEINSTAATEREI IN DER BILDUNG AUFHEBEN	28
43	3. FÜR EIN WIRTSCHAFTLICH STARKES SACHSEN-ANHALT	29
44	NEUE JOBS SCHAFFEN	29
45	WIRTSCHAFT UND UMWELT GEMEINSAM DENKEN	30
46	GUTE ARBEIT FAIR BEZAHLEN	31
47	UNTERNEHMEN GEZIELTER FÖRDERN	31
48	HANDWERK STÄRKEN	32
49	MEHR UNTERNEHMEN GRÜNDEN	32
50	UNTERNEHMENSNAHE FORSCHUNG STÄRKEN	33
51	DEN ENERGIEMARKT ERNEUERN	33
52	ENERGIE EINSPAREN UND EFFIZIENTER NUTZEN	34
53	ERNEUERBARE ENERGIEN AUSBAUEN	34
54	STRUKTURPOLITIK NEU AUSRICHTEN	35
55	EINE NEUE LANDWIRTSCHAFT ENTWICKELN	36
56	CHANCEN REGIONALER WIRTSCHAFT NUTZEN	37
57	LÄNDLICHE RÄUME AUF ZUKUNFT EINSTELLEN	38
58	NATUR PLUS KULTUR AUF DER BESUCHSTOUR VERBINDEN	39
59	4. FÜR EIN SOLIDES SACHSEN-ANHALT	41
60	INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT STATT KONSUM	41
61	EINNAHMEN ERHÖHEN, UNNÖTIGE AUSGABEN SPAREN	42
62	SCHULDEN BEGRENZEN UND ABBAUEN	42
63	SPARPOTENZIALE NUTZEN, IN ZUKUNFTSFÄHIGE BEREICHE INVESTIEREN	43
64	DEN ÖFFENTLICHEN DIENST JÜNGER UND BESSER MACHEN	45
65	MODERNE FINANZIERUNGSMITTEL ANWENDEN	45
66	GLEICHE MAßSTÄBE FÜR DIE ABGEORDNETENVERGÜTUNG	46
67	SACHSEN-ANHALT ATTRAKTIV GESTALTEN – TROTZ BEVÖLKERUNGSRÜCKGANG	46
68	LANDESHAUSHALT GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN	46
69	BÜRGERINNEN UND BÜRGER STÄRKER BETEILIGEN	47
70	5. FÜR EIN MOBILES SACHSEN-ANHALT	48
71	MOBIL AUF DEN STRAßEN	48
72	SICHER MOBIL	49
73	UMWELTFREUNDLICH IN BUS UND BAHN MOBIL	50
74	FERNVERKEHR DER BAHN VERBESSERN	51

75	GÜTER UMWELTFREUNDLICH TRANSPORTIEREN	51
76	ELBE UND SAALE MOBIL – FLUSSGERECHT!	51
77	MOBIL ZU FUß UND PER RAD	52
78	GRÜNE ZUKUNFT DES AUTOS	53
79	FLUGVERKEHR	53
80	<u>6. FÜR EIN GESCHLECHTERGERECHTES SACHSEN-ANHALT</u>	54
81	CHANCENGLEICHHEIT FÜR FRAUEN UND MÄNNER SCHAFFEN	55
82	FÜR FRAUEN EXISTENZSICHERNDE ERWERBSTÄTIGKEIT ERMÖGLICHEN	55
83	FRAUEN UND MÄNNER DISKRIMINIERUNGSFREI BILDEN	56
84	FRAUEN VOR GEWALT UND DISKRIMINIERUNG SCHÜTZEN	57
85	FRAUENINTERESSEN STRUKTURELL VERANKERN	58
86	FRAUEN AN POLITIK UND MACHT BETEILIGEN	58
87	HOMOSEXUELLEN FRAUEN UND MÄNNERN GLEICHE RECHTE GEWÄHREN	58
88	<u>7. FÜR EIN SOZIALES SACHSEN-ANHALT</u>	60
89	KINDERARMUT BEKÄMPFEN	61
90	ZEITGEMÄßE SOZIALE SICHERUNGSSYSTEME (GRUNDSICHERUNG) ETABLIEREN	61
91	FÜR EIN WÜRDIGES LEBEN IM ALTER SORGEN	63
92	MENSCHENWÜRDIGE PFLEGE ERMÖGLICHEN	64
93	FÜR SELBSTBESTIMMUNG STATT AUSGRENZUNG SORGEN	64
94	VERSCHIEDENE INSTRUMENTE AM ARBEITSMARKT NUTZEN	65
95	<u>8. FÜR EIN JUNGES SACHSEN-ANHALT</u>	67
96	KINDERGESUNDHEIT BESONDERS IN DEN BLICK NEHMEN	68
97	KINDERSCHUTZ ERNST NEHMEN	68
98	KINDERRECHTE STÄRKEN	69
99	ELTERN STÄRKEN - FAMILIEN UNTERSTÜTZEN	69
100	MEHR RAUM FÜR KINDER UND JUGENDLICHE SCHAFFEN	70
101	KINDER- UND JUGENDHILFE GESCHLECHTERGERECHT GESTALTEN	71
102	KULTURRÄUME FÜR KINDER UND JUGENDLICHE ERSCHLIEßEN	71
103	JUGENDLICHES ENGAGEMENT FÖRDERN	71
104	JUGENDSTRAFRECHT – HELFEN STATT BESTRAFEN	72
105	KINDER UND JUGENDLICHE IN MEDIEN SCHÜTZEN	72
106	<u>9. FÜR EIN GESUNDES SACHSEN-ANHALT</u>	73
107	GESUNDHEITSPOLITIK FÜR ALLE BÜRGERINNEN UND BÜRGER GESTALTEN	74
108	DROGENPRÄVENTION STÄRKEN	75
109	VERBRAUCHERINNEN UND VERBRAUCHER INFORMIEREN UND SCHÜTZEN	75

110	DAS SPORTLICHE SACHSEN-ANHALT FÖRDERN	77
111	<u>10. FÜR EIN KULTURELL VIELFÄLTIGES SACHSEN-ANHALT</u>	78
112	KULTURELLE INFRASTRUKTUR SICHERN	78
113	SOZIALE LAGE DER KULTURSCHAFFENDEN STÄRKER IN DEN BLICK NEHMEN	79
114	NIEMANDEN VON KULTUR AUSSCHLIEßEN	79
115	KULTUR AN ALLEN ORTEN FÖRDERN	80
116	DENKMALSCHUTZ STÄRKEN	80
117	KULTUR- UND KREATIVWIRTSCHAFT EINE PERSPEKTIVE GEBEN	81
118	KULTUR FINANZIELL ABSICHERN	82
119	<u>11. FÜR EIN DIGITALES SACHSEN-ANHALT</u>	83
120	DIE MENSCHEN DIGITAL AN DER DEMOKRATIE BETEILIGEN	83
121	FREIEN ZUGANG ZUM INTERNET SCHAFFEN	84
122	ÜBER PERSÖNLICHE DATEN SELBER BESTIMMEN	84
123	DATENSCHUTZ BEI ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMERN STÄRKEN	85
124	TRANSPARENZ BEHÖRDLICHEN HANDELNS ERHÖHEN	85
125	FREIE SOFTWARE NUTZEN	86
126	INFORMATIONSTECHNOLOGIE NACHHALTIG GESTALTEN	86
127	IN DER INFORMATIONSTECHNOLOGIE SIND GEGENWÄRTIG NOCH PRODUKTE NOTWENDIG, DEREN MATERIALVERBRAUCH AN	
128	WERTVOLLEN METALLEN UND GIFTIGEN SCHWERMETALLEN SEHR HOCH IST. AUCH FÜHREN IMMER HÖHERE	
129	RECHNERLEISTUNGEN UND DIE KONZENTRATION VON RECHNERDIENSTLEISTUNGEN ZU IMMER HÖHEREM	
130	ENERGIEVERBRAUCH.	86
131	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN WOLLEN, DASS AUCH DIE INFORMATIONSTECHNOLOGIE, SOWOHL IN DER HERSTELLUNG IHRER	
132	PRODUKTE ALS AUCH IN DEREN ANWENDUNG EIN AUF NACHHALTIGKEIT AUSGERICHTETER WIRTSCHAFTSZWEIG WIRD. AUF	
133	DIESEM GEBIET WOLLEN WIR DIE FORSCHUNG IN SACHSEN-ANHALT VORANTREIBEN, UM MEHR NEUE JOBS DURCH	
134	NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN ZU SCHAFFEN.	86
135	WIRTSCHAFTLICHE CHANCEN NUTZEN	86
136	MEDIENVIELFALT ENTWICKELN	87
137	<u>12. FÜR EIN WELTOFFENES SACHSEN-ANHALT</u>	88
138	BÜRGERRECHTE SCHÜTZEN	88
139	MIT ZUWANDERUNG SACHSEN-ANHALTS ZUKUNFT SICHERN	89
140	MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN INTEGRIEREN	90
141	ASYLBEWERBERINNEN UND ASYLBEWERBERN MENSCHENWÜRDIG BEGEGNEN	91
142	MENSCHEN- UND DEMOKRATIEFEINDLICHKEIT ENTGEGENTRETEN	92
143	ERINNERUNGSKULTUR ENTWICKELN	93
144	FREIWILLIGENDIENSTE STÄRKEN	93
145	EUROPÄISCH DENKEN UND HANDELN	94
146	WER GRÜN WÄHLT, ...	95

147	13. FÜR EIN DEMOKRATISCHES SACHSEN-ANHALT	96
148	MEHR EINMISCHEN ERMÖGLICHEN	96
149	HÜRDEN AN DEMOKRATISCHER TEILHABE ABBAUEN	97
150	GESELLSCHAFTLICHE WILLENSBILDUNG UND MITWIRKUNG STÄRKEN	97
151	BÜRGERFREUNDLICHE, TRANSPARENTE UND EFFIZIENTE VERWALTUNGSSTRUKTUR SCHAFFEN	97
152	FÜR EINEN DEMOKRATISCHEN UND VERLÄSSLICHEN RECHTSSTAAT EINTRETEN	98
153	REFORMEN FÜR BÜRGERNAHE POLIZEI WEITERFÜHREN	99
154	JUSTIZ EFFIZIENTER ARBEITEN LASSEN	100
155	VIELFALT ERMÖGLICHEN, MENSCHENRECHTE GARANTIEREN	101
156	PERSÖNLICHKEITSRECHTE UND DATENSCHUTZ GEWÄHRLEISTEN	101
157	MIT DER DDR-VERGANGENHEIT AUSEINANDERSETZEN – ERINNERUNGSKULTUR SCHAFFEN	102
158	BÜRGERNAHE GEMEINDESTRUKTUR ERHALTEN	103
159		
160		

161 **PRÄAMBEL**

162

163 Liebe Wählerin und lieber Wähler,

164 mit dem vorliegenden Wahlprogramm möchten wir Sie dafür gewinnen, bei der
165 Landtagswahl am 20. März 2011 Ihre Stimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu geben
166 und sich damit für Umwelt- und Klimaschutz, für ein modernes und qualitätsvolles
167 Bildungssystem und für eine neue Wirtschaftspolitik, den Green New Deal zu
168 entscheiden.

169 Sachsen-Anhalt ist ein schönes Land in der Mitte Deutschlands, reich an
170 Naturschönheiten und Kulturdenkmälern, ein wichtiger Standort für erneuerbare
171 Energien, mit einer vielfältigen Hochschul- und Forschungslandschaft. Sachsen-
172 Anhalt hat gute Voraussetzungen, sich zu einem zukunftsfähigen Musterland zu
173 entwickeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Verantwortung für dieses Land
174 übernehmen. Wir wollen ein Sachsen-Anhalt, das sich auf seine Stärken besinnt und
175 attraktiv für die Menschen ist, die hier wohnen und die hierher kommen. Dafür
176 wollen wir engagiert eintreten.

177 Sachsen-Anhalt steht vor enormen Herausforderungen. Der demographische Wandel
178 führt dazu, dass immer weniger Menschen in Sachsen-Anhalt leben. BÜNDNIS
179 90/DIE GRÜNEN begreifen diesen auch als Chance, neue Wege zu gehen und unser
180 Land attraktiv zu gestalten.

181 Immer weniger junge Menschen leben hier. Zusammen mit unserem
182 reparaturbedürftigen Bildungssystem führt dies zu Fachkräftemangel und zu einer
183 Schwächung der heimischen Wirtschaft. Weil die Mittel aus dem Solidarpakt jedes
184 Jahr weniger werden und die Schuldenlast schon heute drückt, wird in Zukunft
185 immer weniger Geld in den öffentlichen Kassen sein. Klientelpolitik und
186 Entsolidarisierung sind die Markenzeichen der schwarz-gelben Bundespolitik, die die
187 Finanznot der Länder und Kommunen bis zur Handlungsunfähigkeit verstärkt. Wir
188 engagieren uns gegen Steuersenkungen, das Ausbluten des Sozialstaates, die
189 Vandalisierung des Arbeitsmarktes und eine Zweiklassenmedizin..

190 Doch was tut die CDU-SPD-Landesregierung? Sie laviert sich durch und versucht, es
191 dabei allen Recht zu machen. Sie heißt Solarfirmen willkommen, will aber weiter zwei
192 große Kohlekraftwerke im Land bauen. Sie diskutiert vier Jahre im Bildungskonvent
193 über die Probleme der Schule, will nun aber nichts verändern. Sie beklagt die
194 Abwanderung junger Menschen, spart im öffentlichen Dienst aber ausschließlich bei
195 Neueinstellungen und damit zu Lasten junger Menschen.

196 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen dem in Sachsen-Anhalt eine gerechte und solide
197 Haushaltspolitik entgegen, die die Handlungsfähigkeit von Land und Kommunen
198 sichern soll. Angesichts knapper Kassen wollen wir nichts versprechen, was wir am

199 Ende nicht halten können.

200 Wir messen alle Politikansätze an zwei Fragen. Erstens an der Frage nach der
201 Gerechtigkeit: Ist diese Entscheidung oder Weichenstellung gerecht gegenüber
202 ALLEN Menschen oder nur gegenüber einigen? Zweitens an der Frage der
203 Nachhaltigkeit: Was bedeutet diese Entscheidung für das Leben der Menschen in 20
204 oder 50 Jahren? An diesen beiden Fragen messen wir unsere Visionen und unsere
205 Politikangebote. Mit unserem Wahlprogramm wollen wir Sie dafür gewinnen, uns
206 dabei zu unterstützen, unsere Visionen umzusetzen. Wir wollen Sie dafür gewinnen,
207 bei der Landtagswahl für mehr GRÜNE Politik im Lande zu stimmen, damit es wieder
208 eine starke GRÜNE politische Stimme im Landtag gibt.

209 Wir sehen Sachsen-Anhalt als Leuchtturm der erneuerbaren Energien. Der
210 konsequente Ausbau der erneuerbaren Energien schützt unser Klima, spart Kosten
211 und schafft Arbeitsplätze. Unsere Vision ist ein Sachsen-Anhalt, das seine Kultur- und
212 Naturlandschaft konsequent schützt und für einen nachhaltigen Tourismus erschließt.
213 Wir sehen Sachsen-Anhalt als attraktiven Lebensort für Familien mit exzellenten
214 Bildungsangeboten von der Kita bis zur Hochschule. Das macht es attraktiv, hier zu
215 leben und stärkt die Demokratie. Wir wollen mehr Gerechtigkeit in der Bildung, weil
216 heute die soziale Herkunft zu stark über den Erfolg des Einzelnen entscheidet. Und
217 wir wollen bessere Ergebnisse beim Lernen, weil viele Fähigkeiten heute nicht
218 ausreichend gefördert werden. Um gute Schule zu erreichen, wollen wir einen Pakt
219 zwischen Gesellschaft und Schule: Lehrerinnen und Lehrer, Eltern sowie Schülerinnen
220 und Schüler bekommen einerseits mehr Spielraum. Sie bestimmen selbst und
221 demokratisch über Konzepte, Personal und Finanzen. Andererseits werden die
222 Schulen verpflichtet, bis zur 10. Klasse alle Schülerinnen und Schüler aufzunehmen
223 und leistungsgerechten Unterricht anzubieten. So entsteht eine Vielfalt an
224 Gemeinschaftsschulen, aus denen Eltern sowie Schülerinnen und Schüler auswählen
225 können. Diese Vision lässt sich schrittweise umsetzen, wenn drei Wegmarken
226 beachtet werden: Die Kinder müssen erstens länger gemeinsam, aber individualisiert
227 und leistungsdifferenziert lernen. Die Schulen müssen zweitens Qualitätsstandards
228 einhalten. Die Eltern müssen drittens die Schule für ihre Kinder frei wählen können.

229 Arbeit und Umwelt gehören zusammen. Nur mit guter ökologischer Politik lassen sich
230 zukunftsfähige Jobs schaffen. Es war zum Beispiel das von uns auf Bundesebene
231 eingebrachte Erneuerbare-Energie-Gesetz, das in der deutschen Industrie einen
232 weltweit beachteten Boom ausgelöst hat, von dem in besonderer Weise
233 Unternehmen in Sachsen-Anhalt profitieren. Hieran wollen wir anknüpfen und
234 konsequent Arbeit und Umwelt zusammen denken. Längst ist es klar, nicht dort wo
235 es raucht und stinkt, entstehen neue Arbeitsplätze, sondern dort, wo klug Gedachtes
236 umgesetzt wird. Arbeitsplätze und insbesondere im Land gut verankerte
237 Arbeitsplätze entstehen weniger in Großindustrien, sondern vielmehr in kleinen und
238 mittleren Unternehmen, in Handwerk und Dienstleistung. Wir wissen heute, dass
239 Umweltstandards kein Gewinnhindernis sind, sondern vielmehr der
240 Modernisierungsmotor, der unsere Unternehmen zukunftsfähig macht.

241 Wir wollen Sachsen-Anhalt als international beachteten Technologiestandort

242 etablieren. Wir sehen dabei besondere Potenziale in der Erneuerbaren-Energien-
243 Branche und der rohstoff- und energiesparenden Chemieindustrie. Aber auch in der
244 Elektromobilität wollen wir vorangehen. Durch gezielte Förderung dieser
245 Unternehmensbereiche sowie der Forschung in diesem Bereich wollen wir Sachsen-
246 Anhalt zu einem international konkurrenzfähigen Standort ausbauen. Zur
247 Jobmaschine erneuerbare Energien gehört aber auch die Förderung des Handwerks,
248 das die Solarmodule auf die Dächer montiert oder die Häuser dämmt und so auch
249 einen regionalen Markt schafft. Wir sehen große Arbeitsplatzpotenziale im Natur- und
250 Kulturtourismus, der durch Naturschutz und Denkmalpflege sowie den Ausbau eines
251 landesweiten Radwegenetzes eine solide Grundlage bekommen muss. Hinzu kommen
252 Arbeitsplätze in Gesundheit, Pflege und Bildung. Nicht mit Lohndumping und
253 Umweltzerstörung schaffen wir zukunftsfähige Arbeitsplätze, sondern mit gut
254 gebildeten Menschen und einer intakten Natur- und Kulturlandschaft.

255 Liebe Wählerin, lieber Wähler, im Land werden viele Entscheidungen getroffen, die
256 unsere Lebensbedingungen maßgeblich beeinflussen. Es ist deshalb wichtig, dass Sie
257 zur Wahl gehen.

258

259 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN müssen in den Landtag, ...**

260

261 ... damit die drängenden Probleme im Land endlich angepackt werden;
262 ... damit Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit die Politik in unserem Lande prägen;
263 ... damit endlich mehr Transparenz und Bürgernähe in die Politik einzieht;
264 ... damit Politik wieder an Glaubwürdigkeit gewinnt;
265 ... damit die Bildung besser und gerechter wird;
266 ...damit neue Jobs entstehen, weil Arbeit und Umwelt endlich gemeinsam gedacht
267 werden.

268

269 **Darum bitten wir Sie am 20. März 2011 um Ihre Stimme!**

270

271

272

273

274 **1. FÜR EIN ÖKOLOGISCHES SACHSEN-ANHALT**

275 *Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Umwelt-, Klima- und Naturschutzpolitik eine Frage*
276 *von Lebensqualität, Gerechtigkeit und Verantwortung gegenüber der heutigen und*
277 *künftigen Generationen.*

278 *Auf intakte Landschaften, eine gesunde Umwelt und saubere Gewässer sind wir*
279 *Menschen im Land, die einheimische Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft, der*
280 *Tourismus und die Freizeit- und Erholungsbranche angewiesen. Eine verträgliche*
281 *Nutzung der Natur liegt auch im wirtschaftlichen Interesse Sachsen-Anhalts.*

282 **Das grüne Klimaschutzprogramm**

283 Der Klimawandel macht auch vor Sachsen-Anhalt nicht halt. Er hat gravierende
284 Auswirkungen auf viele Lebensbereiche – zum Beispiel auf Gesundheit, Stadtklima,
285 Land- und Forstwirtschaft, Wasser- und Energiewirtschaft. Er erfordert Konsequenzen
286 für den Katastrophenschutz. Die Landespolitik muss hieraus die richtigen Schlüsse
287 ziehen, die CDU/SPD-Landesregierung hat dies aber versäumt.

288 Bis zum Jahre 2050 müssen in den Industrienationen die klimarelevanten Emissionen
289 um 80 bis 90 Prozent reduziert werden. Obwohl Sachsen-Anhalt bei den
290 Kohlendioxidemissionen höher liegt als der Bundesdurchschnitt, ist die
291 Ausgangsposition aufgrund der starken Nutzung der erneuerbaren Energien gut.
292 Daran anknüpfend wollen wir versuchen, eine Vorreiterrolle bei der deutschen und
293 internationalen Klimaschutzpolitik einzunehmen. Leider sind die
294 Klimaschutzbemühungen auf Landes- und kommunaler Ebene unzureichend.

295 Grüne Klimaschutzpolitik bekämpft die Ursachen des Klimawandels. Bereits
296 mittelfristig müssen die CO₂-Emissionen in Sachsen-Anhalt deutlich reduziert werden.
297 Deshalb wollen wir bis 2020 den Ausstoß von Kohlendioxid von derzeit 11,3 auf
298 höchstens 7 Tonnen pro Einwohnerin und Einwohner zurückführen und bis 2050 auf
299 weniger als 3 Tonnen. Neben dem Klimaschutz brauchen wir aber auch konkrete
300 Maßnahmen der Anpassung an den Klimawandel. Beispiele sind der Erhalt breiter
301 Auenbecken, die Renaturierung von Gewässern und naturnah angelegte
302 Rückhaltebecken. Denn Sachsen-Anhalt wird künftig mit geringeren Regenmengen
303 im Sommer zurechtkommen müssen. Extreme Wetterlagen werden zunehmen und
304 damit die Gefahr von Überschwemmungen, von Sturm- und Blitzschlägen und von
305 Bodenerosion.

306 **Nachhaltige und umweltfreundliche Energieversorgung**

307 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Energieverbrauch konsequent durch
308 Einsparung und Effizienz senken. Der dann noch verbleibende Energiebedarf muss
309 durch erneuerbare Energien gedeckt werden. Mit unserem grünen Energiekonzept
310 zeigen wir eine realistische Strategie für eine umweltverträgliche und nachhaltige
311 Energieversorgung auf. Bis zum Jahr 2020 halten wir folgende Verbesserungen für
312 machbar:

- 313 - 20 Prozent Senkung des Primärenergieverbrauchs durch Einsparung und
314 Effizienz
- 315 - 30 Prozent Senkung des Energieverbrauchs der öffentlichen Hand
- 316 - 23 Prozent Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch
317 davon:
- 318 - über 60 Prozent Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch
- 319 - über 20 Prozent erneuerbare Energieträger zur Deckung des
320 Wärmebedarfs
- 321 - knapp 20 Prozent Biokraftstoffe aus ökologischem Anbau am
322 Kraftstoffverbrauch
- 323 - 35 Prozentige Minderung des energiebedingten Kohlendioxid Ausstoßes
324 gegenüber 2005 als Resultat der Maßnahmen.

325 **Aus der Kohle aussteigen**

326 Braun- und Steinkohle sind die mit Abstand klimaschädlichsten Brennstoffe.
327 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten den vollständigen Ausstieg aus der Förderung und
328 Verbrennung von Kohle mittelfristig für erforderlich und machbar. In der Kohlefrage
329 ist bei den anderen Parteien kein Verlass. Wir sind gegen neue Tagebaue und gegen
330 den Bau von neuen Kohlekraftwerken, denn diese Kraftwerke würden die Klimabilanz
331 Sachsen-Anhalts weiter verschlechtern. Zudem liegt die Zukunft Sachsen-Anhalts in
332 den erneuerbaren Energien.

333 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen:

- 334 - dass die vorhandenen modernen Braunkohlekraftwerke nur noch so lange
335 laufen, bis der bestehende Tagebau Profen ausgekohlt ist (ca. bis zum Jahr
336 2035);
- 337 - die Begünstigung der Braunkohle durch kostenlose Vergabe der Förderrechte
338 in Sachsen-Anhalt beenden; eine Förderabgabe könnte etwa 8 Millionen Euro
339 erbringen;
- 340 - auf Bundesebene die Subventionen für Kohlekraftwerke streichen;
- 341 - das deutsche Bergrecht so novellieren, dass die Interessen der betroffenen
342 Bürgerinnen und Bürger sowie die Belange der Umwelt stärker berücksichtigt
343 werden – und nicht allein die Interessen der Bergbauunternehmen;
- 344 - den heute in der Kohle beschäftigten Menschen Zukunftsängste nehmen und
345 neue berufliche Perspektiven eröffnen.

346 **Keine Endlagerung von Kohlendioxid**

347 Das so genannte CO₂-freie Kraftwerk ist kein zukunftsweisender Weg für Sachsen-

348 Anhalt. Bei diesen Kraftwerken soll der größte Teil des bei der Verbrennung
349 anfallenden Kohlendioxids (CO₂) abgetrennt und anschließend im Untergrund
350 gelagert werden (CCS – Carbon Capture and Storage). Verschiedene Techniken und
351 unterschiedliche Arten von Lagerstätten werden derzeit in Deutschland erkundet –
352 eine davon in der Altmark.

353 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisieren daran besonders:

- 354 - Das CCS-Verfahren setzt weiterhin auf fossile Energieträger.
- 355 - Es wird kein CO₂ eingespart, sondern nur weggesperrt. Wir hinterlassen
356 unseren Kindern das Problem. Wie unsicher unterirdische Lager sind, hat der
357 Einsturz des Tagebausees in Nachterstedt gezeigt. Erhebliche finanzielle Mittel
358 werden gebunden, die besser in die Weiterentwicklung der erneuerbaren
359 Energien eingesetzt werden. Es besteht das Risiko, dass das Kohlendioxid
360 wieder austritt und Mensch, Umwelt und Klima gefährdet.
- 361 - Das Verfahren ist sehr energieaufwändig, so dass der Wirkungsgrad eines
362 modernen Kraftwerks um mindestens 13 Prozentpunkte auf etwa 35 Prozent
363 sinkt und die Stromgestehungskosten massiv steigen würden.

364 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen kein weiteres Endlagerproblem und engagieren
365 sich daher gegen das geplante Lager in der Altmark.

366 **Endlager Morsleben: Sicherheit muss Priorität haben**

367 Wir halten am Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie fest. Für BÜNDNIS 90/DIE
368 GRÜNEN ist die Kernenergie eine verantwortungslose Technik - sie muss so schnell
369 wie möglich beendet werden. Laufzeitverlängerungen darf es nicht geben, der
370 radioaktive Abfall darf nicht noch weiter anwachsen. Selbst wenn das
371 Planfeststellungsverfahren die Verfüllung mit Salzbeton vorsehen sollte, soll mit der
372 Verfüllung erst begonnen werden, wenn das letzte AKW vom Netz ist. Das wird eine
373 dauerhafte Ausstiegsszusage der Atomwirtschaft und der Politik erwirken. BÜNDNIS
374 90/DIE GRÜNEN wollen ein tragfähiges Stilllegungskonzept für das Endlager für
375 radioaktive Abfälle in Morsleben (ERAM). Da rund 80 Prozent der schwach- und
376 mittelradioaktiven Abfälle aus Atomkraftwerken stammen, fordern wir, dass die
377 Energieversorger angemessen an den Stilllegungskosten für das ERAM beteiligt
378 werden. Wir wollen, dass die sicherste Lösung für das ERAM gefunden wird. Deshalb
379 muss auch die Rückholbarkeit ernsthaft als Alternative geprüft werden. Erkenntnisse,
380 die bei dem aktuellen Rückholungsvorhaben in der niedersächsischen Schachtanlage
381 Asse gewonnen werden, müssen für das ERAM genutzt werden und mit seinem
382 endgültigen Verschluss darf deshalb noch nicht begonnen werden.

383
384 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind sicher, dass das ehemalige Salzbergwerk Morsleben
385 als Atommüll-Endlager ungeeignet ist. Selbst nach Aussage des Bundesamt für
386 Strahlenschutz würde es unter heutigen fachlichen Maßstäben nicht mehr für die
387 Einlagerung von radioaktiven Abfällen vorgesehen werden. Aus Sicherheitsgründen

388 müssen deshalb die zwischengelagerten Abfälle, für die es keine
389 Endlagergenehmigung gibt, ausgelagert werden.

390
391 Wir sind besorgt über die Folgen für die Bürgerinnen und Bürger, die in der näheren
392 Umgebung mit Schacht Konrad, Asse II und Gorleben weitere atomare Müllkippen
393 akzeptieren sollen. Die Gesamtbelastung aller Standorte für die Region muss
394 betrachtet werden. Andere Regionen in Deutschland müssen an der Suche von
395 besser geeigneten Endlagerstandorten beteiligt werden.

396 **Nachhaltigkeit in Sachsen-Anhalt durchsetzen**

397 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen nachkommenden Generationen ein lebenswertes
398 Sachsen-Anhalt hinterlassen. Deshalb muss Nachhaltigkeit als Leitbild politischen
399 Handelns verankert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der unter Schwarz-Rot
400 nahezu abgebrochene Agenda-21-Prozess mit seinen vielen lokalen Initiativen wieder
401 aufgenommen wird. Ziel ist dabei, kreative Wege zu finden, wie Land und
402 Kommunen in Sachsen-Anhalt u.a. den Umweltaforderungen, steigenden
403 Energiepreisen und der demographischen Entwicklung gerecht werden können.

404 Für alle Gesetzesvorhaben und für alle vom Land ausgereichten Fördermittel muss es
405 eine gründliche „Nachhaltigkeitsprüfung“ geben. Wir wollen ein nachhaltiges und
406 soziales Beschaffungswesen umsetzen. In der Landesverwaltung dürfen Fahrzeuge,
407 Bürogeräte und Verbrauchsmaterialien nur nach konsequenten Nachhaltigkeits-
408 Kriterien beschafft werden.

409 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, die Beteiligungs- und
410 Umweltinformationsrechte deutlich zu stärken, damit sich die Menschen besser
411 informieren und sie aktiv ihre Anliegen vertreten können.

412 **Mit Abfall verantwortlich umgehen**

413 Es ist skandalös, dass Sachsen-Anhalt zum „Paradies“ für illegale Müllentsorgung
414 geworden ist. Deshalb wollen wir für klare Zuständigkeiten auf Landesebene sorgen,
415 um ein Hin- und Herschieben der Verantwortung zwischen Umwelt- und
416 Wirtschaftsministerium zu unterbinden.

417 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine tatsächliche Kreislaufwirtschaft ein. Dabei
418 muss Vermeidung Vorrang haben vor Verwertung. Scheinverwertungen müssen
419 verhindert werden. Auch für gewerbliche Abfälle muss die Getrennterfassung der
420 verwertbaren Bestandteile erfolgen. Bei der Biomüllverwertung wollen wir die
421 Biogasnutzung fördern.

422 Die Altlastenerkundung und -sanierung, insbesondere der Giftmüllkippen muss
423 endlich wieder forciert werden, auch vor dem Hintergrund des Grundwasserschutzes.

424 Wir wollen dafür sorgen, dass das private Verbrennen von Gartenabfall nicht mehr
425 erlaubt wird und stattdessen attraktive Angebote für Kleingärtnerinnen und
426 Kleingärtner zur Entsorgung geboten werden.

427 **Dezentrale Abwasserbeseitigung fördern**

428 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich dafür aus, den zentralen Anschluss von
429 kleinen Orten und Ortsteilen an zentrale Kläranlagen nur noch unter drei
430 Bedingungen zu vollziehen. Die Maßnahme muss unter Berücksichtigung des
431 demografischen Wandels erstens für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger und
432 zweitens für die Abwasserverbände die wirtschaftlich sinnvollste Lösung darstellen
433 sowie drittens für die Fließgewässer die ökologisch verträglichste Lösung zur
434 Gewährleistung der Abwasseraufbereitung sein. Die Herstellung und der Betrieb
435 privater Kleinkläranlagen sollten als gleichberechtigte Alternative zum zentralen
436 Anschluss der Förderung durch das Land unterliegen. Bei der Erstellung und
437 periodischen Überarbeitung der Abwasserbeseitigungskonzepte durch die
438 Abwasserverbände sind Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter und
439 Bürgerinnen und Bürger intensiv zu beteiligen. Um einen sparsamen Umgang mit der
440 Ressource Trinkwasser zu erreichen, soll auch die Wiederverwendung gereinigten
441 Abwassers als Entscheidungskriterium in die Konzepte einfließen. Darüber hinaus
442 lehnen wir eine Privatisierung der Aufgaben von Wasserversorgung und
443 Abwasserbehandlung ab.

444 **Flächenverbrauch senken**

445 In Sachsen-Anhalt werden jeden Tag ca. 2,5 Hektar (dreieinhalb Fußballfelder!)
446 Freiraum verbaut. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Flächenverbrauch drastisch
447 zurückfahren. Wir setzen uns für eine sozial gerechte Bodennutzung ein, die die
448 Umwelt schützt und die natürlichen Lebensgrundlagen erhält. Das bedeutet
449 ausdrücklich nicht, neue Bautätigkeiten aufzugeben, sondern vielmehr einen
450 anderen, verantwortungsvollen Umgang mit der verfügbaren Fläche. Wir fordern eine
451 Neuausrichtung der Wohnungsbauförderung mit dem Schwerpunkt auf Renovierung
452 und Ausbau statt Neubau. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, die
453 Grundsteuer in eine Flächennutzungssteuer umzuwandeln.

454 **Lärm bekämpfen, Luft sauber halten**

455 Lärm macht krank und ist heute eines der größten Umweltprobleme. 70 Prozent der
456 Bevölkerung leiden in Deutschland unter Verkehrslärm. Wir treten für eine
457 flächendeckende Lärminderungsplanung des Landes und für die finanzielle
458 Förderung der Umsetzung konkreter Schutzmaßnahmen ein. Zusammen mit den
459 Bündnisgrünen im Bund setzen wir uns für ein übergreifendes einheitliches
460 Verkehrslärmschutzgesetz ein, das alle Lärmquellen einschließt. Beim Fluglärm haben
461 für uns die Lärmschutzinteressen der Anwohnerinnen und Anwohner Vorrang vor den
462 rein betriebswirtschaftlichen Interessen der Luftverkehrswirtschaft. BÜNDNIS 90/DIE
463 GRÜNEN engagieren sich für ein bundesweites Nachtflugverbot.

464
465 Umweltprobleme haben oft schleichend und lange unbemerkt erhebliche
466 Folgewirkungen für die Gesundheit. Belastungen von Wasser, Luft, Lebensmitteln

467 und Gefahren durch Lärm treffen zuerst Kinder, Ältere und sozial Schwache.
468 Langfristig am wirkungsvollsten ist eine umfassende Vorbeugung.

469 Die Belastung der Außenluft durch Abgase verursacht schwere Gesundheitsschäden.
470 Die Feinstaub und Stickoxidkonzentration begünstigt Asthma und andere
471 Atemwegserkrankungen, vor allem bei Kindern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen
472 deshalb für konsequentes Handeln, das die Feinstaubkonzentration senkt.

473 Wir wollen auch den Schutz vor Elektrosmog verbessern und werden uns über den
474 Bundesrat für neue Grenzwerte sowie neue verbindliche Regelungen zur
475 Strahlungsminimierung des Mobilfunks einsetzen.

476

477 **Verlust der Nacht: Lichtverschmutzung eindämmen**

478 Ein immer dringender werdendes Umweltproblem ist die Lichtverschmutzung und
479 der dadurch bedingte Verlust der Nacht. Die exzessive Zunahme künstlichen Lichts
480 hat negative Auswirkungen auf die nachtaktive Tierwelt, den Tag-Nacht-Rhythmus
481 des Menschen und die Sichtbarkeit des Sternenhimmels. Lichtverschmutzung stellt
482 zudem eine Energieverschwendung dar und trägt nicht unerheblich zum CO₂-Anstieg
483 bei. Wir setzen uns für ein gesetzliches Regulativ der öffentlichen Beleuchtung ein.
484 Darin soll die öffentliche Beleuchtung in Menge, Intensität und Dauer begrenzt und
485 die Vermeidung von Streulicht festgeschrieben werden. Außerdem sollen da, wo es
486 technisch möglich ist, Lichtfarben vorgeschrieben werden, deren Einfluss auf die
487 Tierwelt minimal ist.

488

489 **Naturschutz stärken**

490 Immer mehr Tiere und Pflanzen stehen auf den Roten Listen gefährdeter Arten.
491 Hauptursachen für den Verlust unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind der
492 massive Flächenverbrauch, die intensive Landwirtschaft, der naturferne Ausbau der
493 Gewässer und die oft naturschädliche Bewirtschaftung der Wälder. CDU und SPD
494 haben den Natur- und Umweltschutz in Sachsen-Anhalt systematisch abgebaut, ein
495 neuer Aufbruch ist nötig.

496 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Naturschutzfördergesetz für Sachsen-Anhalt,
497 das den Natur- und Artenschutz unter anderem durch ehrenamtliche
498 Naturschutzhelferinnen und Naturschutzhelfer, ein Landesbüro der
499 Naturschutzverbände, verbesserte Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der
500 Umweltschutzorganisationen und eine schlagkräftige Umweltverwaltung stärkt.
501 Kommunen, die besondere Leistungen im Naturschutz oder durch flächenschonende
502 Planung erbringen, wollen wir im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs
503 würdigen.

504 Unsere Städte sind ein immer wichtigerer Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Wir
505 setzen uns daher für mehr Grüngürtel, naturnahe Gewässer, Stadtbäume, Gärten
506 und Parkanlagen ein.

507 Die Agrarpolitik muss konsequenter Naturschutz fördern. Die Landesprogramme der
508 Agrarumweltmaßnahmen sollen auf Maßnahmen zur Verbesserung des
509 Stoffhaushaltes, zum Klimaschutz und zur generellen Erhöhung der biologischen
510 Vielfalt auf landwirtschaftlich genutzten Flächen konzentriert werden. Anders als
511 bisher sollen grundsätzlich für alle Flächen in Natura 2000-Gebieten
512 Agrarumweltmaßnahmen beantragt werden können, damit sich die schützenswerten
513 Lebensräume in diesen Gebieten auch wirklich entwickeln können. Wir wollen zudem,
514 dass die Förderprogramme des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die
515 Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) in der kommenden Förderperiode stärker
516 als bisher auf die Erhaltung und Entwicklung des Netzwerks Natura 2000 und zur
517 Erfüllung der Anforderungen aus der Wasserrahmenrichtlinie ausgerichtet werden.

518 **Zustand der Gewässer verbessern**

519 Sachsen-Anhalt ist reich an Flüssen und Bächen. Eine Verbesserung ihrer
520 Gewässerqualität ist vielerorts dringend geboten.

521 Wir wollen die Flüsse und Bäche in Sachsen-Anhalt wieder zu zentralen Lebensadern
522 machen und engagieren uns für einen vorsorgenden ökologischen Hochwasserschutz,
523 den wir verbindlich in der Landes- und Regionalplanung verankern wollen. Die
524 Vergangenheit hat gezeigt, dass ein rein "technischer" Hochwasserschutz klare
525 Grenzen hat. Eine Bebauung von Auen mit Wohn-, Gewerbe- und Industriegebieten
526 darf es nicht geben, vorhandene Bebauungen müssen – wo es möglich ist –
527 zurückgebaut werden. Hochwasserschutz kann nur erfolgreich sein, wenn er
528 länderübergreifend erfolgt. Wir wollen daher ein Flussgebietsmanagement für Elbe
529 und Havel erreichen und schädliche Bauprojekte wie den Saalekanal endlich stoppen.

530 Im Mittelpunkt der Wasserpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht die
531 konsequente Umsetzung der europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie. Demnach
532 müssten im Jahr 2015 alle Gewässer eine gute ökologische Qualität erreichen, die
533 Landesregierung strebt aber nur für 14 Prozent der Gewässer diese Verbesserung an.
534 Kurzfristig wollen wir diese Quote auf 25 Prozent verbessern, langfristig die Vorgaben
535 der EU erfüllen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bewirtschaftungspläne zügig
536 erstellt werden und die Maßnahmenprogramme für die Flussgebiete inhaltlich mit den
537 Managementplänen für die Fauna Flora-Habitat-(FFH-) Gebiete abgestimmt werden.
538 Die betroffene Öffentlichkeit muss frühzeitig eingebunden werden. Die im
539 Wasserhaushaltsgesetz des Bundes und im Wassergesetz Sachsen-Anhalt zugunsten
540 des Gewässerschutzes getroffenen Regelungen sind im Vollzug konsequent
541 umzusetzen.

542

543 **Elbe und Saale schützen**

544 Die Elbe ist einer der letzten frei fließenden Flüsse Europas und ihre Auen haben eine
545 herausragende Bedeutung für den Schutz der biologischen Vielfalt. BÜNDNIS 90/DIE
546 GRÜNEN werden dafür sorgen, dass das so bleibt. Leider stehen der Elbe heute nur
547 noch ca. 20 Prozent ihrer ehemaligen Auen zur Verfügung – das erhöht die

548 Überschwemmungsgefahr. Die jetzige Landesregierung setzt einseitig auf technische
549 Lösungen. Sanierung und Bau von Deichen haben hohe Bedeutung, bilden aber nur
550 einen Teil der erforderlichen Maßnahmen.

551 Die Baumaßnahmen an der Elbe – Bühnenverlängerung, Uferschotterung,
552 Ausbaggerung – haben negative Folgen für die Flusslandschaft. Durch die Einengung
553 des Querschnitts entsteht eine höhere Fließgeschwindigkeit, der Grundwasserspiegel
554 sinkt. Das bedeutet:

555 - Die Auewälder trocknen aus.

556 - Der Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen schwindet.

557 - Das Artensterben geht weiter.

558 - Das UNESCO-Welterbe Dessau-Wörlitzer Gartenreich und das UNESCO-
559 Biosphärenreservat Mittlere Elbe sind gefährdet.

560 Die Landesregierung hat es bisher versäumt, einen Maßnahmenplan zu erarbeiten,
561 der die gute ökologische Qualität der Elbe wieder herstellt. Dieser ist aber
562 Voraussetzung dafür, um die Wasserstraßenverwaltung in die Pflicht zu nehmen,
563 diese Maßnahmen umzusetzen. Wir wollen dafür sorgen, dass das Land seine
564 Hausaufgaben macht. Die Elbe braucht ein politisches Gesamtkonzept, das eine
565 naturnahe Elbe als Natur- und Kulturerbe der Menschheit erhält.

566 **Unsere Schutzgebiete stärken, Biotopverbund herstellen**

567 Wir wollen bestehende Schutzgebiete für bedrohte Natur und gefährdete Arten
568 sichern und neue schaffen. Die in Sachsen-Anhalt befindlichen Flächen des
569 Nationalen Naturerbes müssen naturschutzfachlich entwickelt werden, das gilt
570 insbesondere für das Grüne Band entlang der früheren innerdeutschen Grenze. Für
571 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht fest: Investitionen in Naturschutzgebiete lohnen
572 sich.

573 Wir wollen die Fauna-Flora-Habitat-(FFH-) Richtlinie konsequent umsetzen. Das
574 bedeutet, zügig Managementpläne für alle Gebiete zu erstellen und die darin
575 festgelegten Maßnahmen kontrolliert umzusetzen sowie alle entsprechenden Gebiete
576 als Schutzgebiete auszuweisen, gleiches gilt für die EU-Vogelschutzgebiete.

577 Wir wollen umgehend die Grundlagen für die Anerkennung des Biosphärenreservates
578 Karstlandschaft Südharz durch die UNESCO schaffen. Wir unterstützen die Initiative,
579 den Naturpark Drömling zu einem Biosphärenreservat weiterzuentwickeln und in der
580 Colbitz-Letzlinger Heide einen Naturpark auszuweisen. Der Nationalpark Harz muss
581 eine Erfolgsgeschichte bleiben. Wir wollen, dass er seinem Namen alle Ehre macht.
582 Wir setzen uns für eine „Stiftung Naturerbe Sachsen-Anhalt“ ein, unter deren Dach
583 die national und landesweit bedeutsamen Schutzgebiete und die für die Regionen
584 wichtigen Naturparke sowie wertvollen Natur- und Waldflächen zusammengefasst
585 werden.

586 In Sachsen-Anhalt sind die meisten Flächen bewirtschaftet, unser Land braucht aber
587 auch Wildnis. Unser Ziel ist ein sachsen-anhaltisches Netz von Wildnisflächen als
588 Refugium bedrohter Arten und Biotope. Der Tierwegeplan muss – auch in
589 Zusammenarbeit mit der Jägerschaft – weiterentwickelt werden.

590 **Ökologische Waldwirtschaft und Jagd**

591 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für nachhaltige Waldbewirtschaftung – also für
592 naturnahe, arten- und strukturreiche Wälder mit konsequent geschützten Biotopen,
593 Schutz- und Wildnisgebieten. Der Wald liefert mit seinem Holz nachwachsenden
594 Rohstoff, er ist unverzichtbarer Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten, aber er ist
595 auch Erholungsraum und bedeutsam für den Klimaschutz. Wir wollen, dass der
596 öffentliche Wald nach den Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC)
597 bewirtschaftet wird. Die Struktur der Forstverwaltung werden wir auf den Prüfstand
598 stellen. Staatswaldverkauf lehnen wir ab. Wir sind gegen Schnellwuchsplantagen im
599 Wald. Sturmschadensflächen im Landesbesitz sind naturnah aufzuforsten.
600 Erstaufforstungs-Prämien soll es nur geben, wenn heimische und standortgerechte
601 Baumarten gepflanzt werden.

602 Das Ziel des naturnahen Waldbaus ist nur mit einer Verkleinerung der teilweise
603 überhöhten Wildbestände zu erreichen. Wir fordern daher ein zeitgemäßes
604 Wildtiermanagement, das sich an den Belangen des naturnahen Waldumbaus
605 ausrichtet und eine entsprechende Novellierung des Jagdgesetzes. Die Jagd muss
606 sich an ökologischen Prinzipien orientieren. Die Ausbildung von Jagdhunden an
607 lebenden Tieren und die Fallenjagd wollen wir abschaffen. Bleihaltige Munition wollen
608 wir verbieten.

609 **Eine Strategie für biologische Vielfalt**

610 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Erhalt der biologischen Vielfalt auf der
611 politischen Agenda nach vorne setzen. Beim Umsetzungsstand von Maßnahmen zur
612 Erhaltung der biologischen Vielfalt liegt Sachsen-Anhalt im Schlussfeld der Länder.
613 Die Biodiversitäts-Strategie des Landes muss daher gestärkt werden, durch
614 verbindliche Zeit- und Maßnahmenpläne sowie Sanktionsmöglichkeiten und regionale
615 Konzepte.

616 **Ökologische und gentechnikfreie Landwirtschaft fördern**

617 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt grundsätzlich: Agrar-Beihilfen dürfen nur noch
618 gezahlt werden, wenn die Landwirtschaft Mindeststandards des Natur-, Umwelt-,
619 Klima- und Tierschutzes einhält.

620 Die verfehlte Landwirtschaftspolitik der schwarz-roten Landesregierung zeigt in
621 Sachsen-Anhalt deutliche Spuren. Die Landwirtschaft trägt am meisten zum Verlust
622 an biologischer Vielfalt bei. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den Erhalt der
623 Agro-Biodiversität ein. Zahlreiche neue Anträge für industrielle Tiermastanlagen
624 bedeuten für wenige Agrarunternehmen Gewinne, während die Tiere in diesen

625 Ställen leiden und Umwelt und Anwohnerinnen und Anwohner mit Gülle,
626 Schadstoffen, Gestank und steigendem Verkehrsaufkommen belastet werden.
627 Darüber hinaus beeinträchtigen diese Mastanlagen den Tourismus und andere
628 mögliche wirtschaftliche Entwicklungen der betroffenen Regionen. BÜNDNIS 90/DIE
629 GRÜNEN engagieren sich entschieden gegen Massentierhaltungsanlagen.

630 Agro-Gentechnik ist unnötig und gefährlich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen für
631 ein agro-gentechnikfreies Sachsen-Anhalt. Wir fordern den völligen Verzicht auf den
632 Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Die übergroße Mehrheit der Menschen in
633 unserem Land lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Auch die Mehrzahl der
634 Bäuerinnen und Bauern sieht das so, da sie Angst haben, Saat und Ernte nicht mehr
635 verkaufen zu können und abhängig zu werden von multinationalen Konzernen. Auch
636 die Imker, die einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft leisten,
637 sind in ihrer Existenz bedroht.

638 Sachsen-Anhalt soll sich an freiwilligen gentechnikfreien Regionen beteiligen und
639 diese unterstützen. Solange EU-Recht einer Ausrufung eines gentechnikfreien
640 Sachsen-Anhalts entgegensteht, wollen wir nach dem Vorbild von Brandenburg einen
641 Mindestabstand zwischen dem Anbau genetisch veränderter Organismen und
642 Naturschutzgebieten von mindestens 800 Metern durchsetzen. Landwirte und
643 Lebensmittelproduzenten, die auf den Einsatz von gentechnisch veränderten
644 Futtermitteln verzichten oder Produkte mit dem Kennzeichen "ohne Gentechnik"
645 herstellen, sollen unterstützt werden, zum Beispiel durch Starthilfen bei der
646 Direktvermarktung. Landwirte brauchen aber auch längerfristig einen Anreiz, auf
647 Gentechnik beim Anbau ihrer Produkte zu verzichten.

648 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen deutlich stärkeren Anteil von Bioenergien.
649 Wenn der Anbau nachhaltig erfolgt, sehen wir gute Möglichkeiten für den Landwirt
650 als Energiewirt. Wir sind uns aber auch bewusst, dass technische Verfahren der
651 Solarenergienutzung, einen vielfach höheren Flächenwirkungsgrad haben, bereits
652 versiegelte Flächen einer zusätzlichen Nutzung zu zuführen und daher vor allem für
653 die reine Energieerzeugung zu bevorzugen sind. Wir brauchen Konzepte, die mit dem
654 Naturschutz abgestimmt sind und Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Auch muss
655 eine Flächenkonkurrenz mit dem Anbau von hochwertigen Nahrungsmitteln, die für
656 uns unbedingte Priorität haben, und insbesondere eine Verdrängung des
657 ökologischen Landbaus aus der Fläche ausgeschlossen sein. Wichtige Kriterien sind
658 für uns die Einhaltung einer Fruchtfolge, keine Monokulturen, der Verzicht auf
659 Gentechnik, kein Umbruch von Grünland und die Erhaltung der biologischen Vielfalt.

660 **Tierschutz in der Landwirtschaft voranbringen**

661 Das in der Landwirtschaft genutzte Tier darf nicht zum einfachen Produktionsfaktor
662 verkommen. Tiere sind leidensfähige Lebewesen und keine Sachen. BÜNDNIS 90/DIE
663 GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Tiere artgemäß gehalten werden. Deshalb
664 wollen wir eine Landwirtschaft, die grundsätzlich artgemäße Tierhaltung garantiert.
665 Jede Form von tierquälerischer Massentierhaltung lehnen wir strikt ab. Wir setzen
666 uns für die Kennzeichnung der Haltungsform auch bei verarbeiteten Lebensmitteln

667 ein. Die Dauer der Tiertransporte muss erheblich verkürzt werden. Die
668 Transportbedingungen müssen stärker durch die Amtstierärztinnen und -ärzte
669 überwacht werden, daher müssen ihre Arbeitsbedingungen verbessert werden.
670 Schlachtungen sollen in regionaler Nähe erfolgen.

671 **Tierheime absichern**

672 Tierheime erfüllen eine unersetzbare Funktion bei der Gewährleistung des
673 Tierschutzes. Die Tierheime werden vom Land nur gering oder gar nicht unterstützt.
674 Bestimmte Tiere, wie etwa Pferde können zumeist nicht untergebracht werden und
675 werden aus „Platzmangel“ zum Schlachthof geführt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
676 setzen sich dafür ein, dass die Unterhaltung von Tierheimen, Tierauffangstationen
677 und Gnadenhöfen unter Einbindung ehrenamtlich tätiger Menschen öffentlich
678 gefördert wird.

679 **Wildtiere gehören in die Natur**

680 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Haltung, Mitführen, Dressur
681 und Verwendung von Wildtieren in Zirkusbetrieben beendet werden. Tierhaltung zur
682 Pelzgewinnung lehnen wir ab.

683 Der Handel mit exotischen Tieren nimmt enorm zu. Millionen von Wildtieren werden
684 unter fragwürdigsten Bedingungen privat gehalten. Auf Tierbörsen können auch
685 völlig unerfahrene Besucherinnen und Besucher hochgiftige Tiere erwerben, ohne
686 einen Sachkunde-Nachweis erbringen zu müssen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen
687 deshalb mit einem Landesgesetz die private Haltung exotischer Tiere regeln und den
688 Kauf und Verkauf giftiger Tiere verbieten.

689 **Tiere sind keine Versuchsobjekte**

690 Immer noch finden zahlreiche Tierversuche statt, die vermeidbar wären.
691 Tierversuche müssen verboten werden, wenn sie ethisch unvertretbar sind. Alle
692 Versuchstiere müssen nachweisbar artgemäß gehalten werden. Die Entwicklung von
693 Alternativverfahren müssen stärker gefördert sowie die Ersatzmethoden schneller
694 anerkannt werden.

695 **Eine Lobby für die Tiere**

696 Tiere können ihre Rechte nicht selbst einklagen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen –
697 wie von uns im Land Bremen bereits umgesetzt – in Sachsen-Anhalt ein
698 Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einführen, damit gegen
699 untätige Behörden juristische Schritte eingeleitet werden können. Wir fordern die
700 Berufung einer/eines Landesbeauftragten für Tierschutz.

701 **Wer GRÜN wählt, ...**

702 ... stimmt gegen den Neubau von Kohlekraftwerken in Arneburg und Profen und
703 damit dagegen, dass Sachsen-Anhalt weiter mehr Klimaschäden verursacht als
704 der deutsche Durchschnitt;

705 ... stärkt Sachsen-Anhalt als Standort moderner Klima- und Energietechnologien;
706 ... tritt für einen konsequenten Naturschutz und die Erhaltung der Elbe als
707 natürlichen Lebensraum ein;
708 ... ist für die Stärkung einer naturverträglichen Landwirtschaft und gegen neue
709 Anlagen zur Massentierhaltung in Sachsen-Anhalt.

710
711
712
713
714
715
716
717
718
719
720
721
722
723
724
725
726
727
728

729 **2. FÜR EIN BILDUNGSSTARKES SACHSEN-ANHALT**

730 *Mehr Gerechtigkeit und bessere Qualität: Darauf kommt es uns an. BÜNDNIS 90/DIE*
731 *GRÜNEN wollen das Bildungssystem so weiter entwickeln, dass es alle Menschen*
732 *befähigt, sich zu entfalten, an der Gesellschaft teilzuhaben, sich den*
733 *Herausforderungen der Zukunft zu stellen und an lebenslangem Lernen teilzuhaben.*

734 **Fördern statt ausgrenzen**

735 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Schulsystem, das alle Kinder bestmöglich*
736 *fördert.*

737 Unser jetziges Schulsystem grenzt aus. Einige Kinder werden bei Schuleintritt

738 zurückgestellt, alle zu früh in ein dreigliedriges Schulsystem sortiert, einige bleiben
739 sitzen oder werden auf andere Schulformen abgeschoben. Studien zeigen: Solche
740 Maßnahmen fördern keine Leistung! Sowohl leistungsschwache als auch
741 leistungsstarke Kinder und Jugendliche werden zu häufig nicht optimal gefördert.
742 Ergebnis: Viele Schulabgängerinnen und -abgänger sind nicht ausbildungsfähig.
743 Potenzial wird nicht genutzt.

744 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Sitzenbleiben abschaffen. Zusatzunterricht soll
745 Lücken schließen. Statt Kinder vom Schuleintritt zurückzustellen, werden sie
746 konsequent in die flexible Schuleingangsphase eingeschult, die je nach
747 Lerngeschwindigkeit ein bis drei Jahre dauern kann. Die Schulen und die Lehrerinnen
748 und Lehrer müssen bei einer kindgerechten Gestaltung der Schuleingangsphase
749 nachhaltig durch das Land unterstützt werden.

750 **Länger gemeinsam lernen**

751 *BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen einen gerechten Zugang zu Bildung für alle*
752 *Kinder.*

753 Im jetzigen Schulsystem wird über Lebenschancen verfrüht und ungerecht
754 entschieden. Die Aufteilung nach der vierten Klasse ist ein deutsch-österreichischer
755 Sonderweg. PISA-Gewinner wie Finnland unterrichten 9 oder 10 Jahre gemeinsam.
756 Internationale Schulleistungsuntersuchungen zeigen, dass die Sortierungen in
757 unserem dreigliedrigen Schulsystem viel zu früh stattfinden und stark durch den
758 sozialen Hintergrund der Kinder bestimmt werden. Um die soziale Gerechtigkeit zu
759 erhöhen, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN flächendeckend eine zehnjährige
760 gemeinsame Lernzeit einführen.

761 Kein Kind soll wegen seiner sozialen Herkunft benachteiligt werden. Lernmittel ab der
762 1. Klasse sowie die Schülerbeförderung für Vollzeitschülerinnen und -schüler sollen
763 bis zum Ende der Schulzeit kostenfrei sein. Für alle Kinder und Jugendlichen wollen
764 wir ein gesundes warmes Mittagessen in allen Kindertagesstätten, Horten und
765 Schulen anbieten, für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen kostenlos. Das
766 Land soll sich am EU-Schulobst-Programm beteiligen.

767 **Lerngemeinschaft vor Ort stärken**

768 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern eine starke Lerngemeinschaft vor Ort.*

769 Nach einer zehnjährigen, möglichst ganztägigen Gemeinschaftsschule erwerben alle
770 Kinder den Sekundarschulabschluss I. Ihnen stehen danach verschiedene
771 Bildungswege offen. Sie können in der Gemeinschaftsschule nach 13 Jahren das
772 Abitur erwerben, sie können am gymnasialen Zweig nach dem 12. Schuljahr das
773 Abitur erlangen oder sie beginnen eine Ausbildung.

774 Ganztägiger Unterricht fördert gezielt besondere Fähigkeiten – einschließlich
775 musischer und sportlicher - und gleicht gezielt Schwächen aus und schließt

776 Wissenslücken. Alle Kinder erhalten die Möglichkeit, ein Instrument zu erlernen.
777

778 Eine neue Lernkultur, die auf jedes Kind individuell eingeht und das Lernen
779 voneinander ermöglicht, fördert die Leistungsstarken ebenso wie die
780 Leistungsschwachen.

781 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein dichtes und bedarfsgerechtes Netz von
782 ganztägigen Gemeinschaftsschulen. Lange Schulwege gibt es nicht.
783 Gemeinschaftsschulen können sich zu sozialen und kulturellen Zentren vor Ort
784 entwickeln. Sie können aus bereits existierenden Schulen heraus entstehen und
785 unterschiedliche Profile und Schwerpunkte setzen.

786 Zukunftsorientierte Bildung heißt, alle Angebote und Ideen von Kinder- und
787 Jugendhilfe, Schule, Wirtschaft, Sport, Kultur, Politik und Verwaltung
788 zusammenzuführen. Kommunale Bildungslandschaften sind ein Standortvorteil, der
789 Abwanderung entgegenwirkt sowie wirtschaftliche Leistungsfähigkeit stärkt.
790 Derartige Konzepte müssen in den Kommunen ausgearbeitet und umgesetzt werden.

791 Um unserer Forderung nach lebenslangem Lernen Nachdruck zu verleihen, schöpfen
792 wir alle Möglichkeiten aus. Hierzu gehört der Erhalt von Seniorenakademien und
793 Volkshochschulen ebenso wie das Angebot bezahlbarer Kursangebote auch im
794 ländlichen Raum.

795 Zum gemeinsamen Lernen gehört für uns auch, dass nicht wie bisher konfessionell
796 gebundene und nichtreligiöse Kinder getrennt, sondern gemeinsam über Werte und
797 Normen, Religionen und ihre Ausprägungen und über die vielfältigen Möglichkeiten
798 der Lebensgestaltung in einer pluralistischen Gesellschaft sprechen und diskutieren.
799 Wir möchten die gegenwärtige Dreiteilung durch einen für alle verpflichtenden
800 Werteunterricht ablösen. Dies sehen wir, gerade in einer zunehmend multikulturellen
801 Gesellschaft als nötig an, denn es wird immer schwieriger werden möglichst vielen
802 Religionsgemeinschaften einen eigenen Religionsunterricht anzubieten, ohne andere
803 zu benachteiligen. Es muss möglich sein, dass sich die SchülerInnen breit über
804 gesellschaftliche Gegebenheiten austauschen, eigene Vorstellungen entwickeln und
805 diese strittig auch mit SchülerInnen anderer Religionen diskutieren.

806 **Berufliche Bildung stärken**

807 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN investieren gezielt in die berufliche Bildung.*

808 Schule muss besser auf die berufliche Bildung vorbereiten und eine enge Kooperation
809 mit der regionalen Wirtschaft anstreben, etwa durch Erfahrungsaustausch, Unterricht
810 von Betriebsangehörigen, polytechnisches Lernen, Berufspraktika und Schülerfirmen.
811 Darüber hinaus bildet die Berufsausbildung in der Region eine Grundlage zur eigenen
812 Existenzgründung und verhindert, dass junge Leute abwandern. Der neu orientierte
813 Abschluss Sekundarschule I bereitet besser auf einen erfolgreichen Abschluss der
814 Berufsausbildung vor. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine flexible

815 Ausbildungsdauer von 2 bis 4 Jahren ein.

816 Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer werden in Sachsen-Anhalt an der
817 Universität in Magdeburg zum Teil in Kooperation mit der Hochschule Magdeburg-
818 Stendal ausgebildet. Diese fachlich praxisnahe Kooperation und der intensive Kontakt
819 zu Ausbildungsbetrieben sind zu unterstützen. Das Angebot an Zweitfächern muss
820 dringend auf alle notwendigen Fächer erweitert werden, beispielsweise müssen
821 Zweitfächer wie Sozialkunde wieder angeboten werden.

822 **Inklusion ermöglichen**

823 *BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN wollen allen Kindern und Jugendlichen mit speziellem*
824 *Förderbedarf den Besuch der allgemeinbildenden Schulen ermöglichen.*

825
826 Dies ist die konsequente Umsetzung der zum 1. Januar 2009 in Kraft getretenen UN-
827 Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Das wird, unter
828 Beachtung der Tatsache, dass es immer Kinder geben wird, die in der
829 allgemeinbildenden Schule nicht optimal gefördert werden können, zu einer
830 schrittweisen Auflösung der Förderschulen führen. Inklusive Beschulung bereitet
831 Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf besser auf ihr
832 Erwachsenenleben außerhalb des geschützten Lernortes Förderschule vor und
833 verbessert ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

834
835 Die Umsetzung inklusiver Schulkonzepte muss gut vorbereitet werden. Inklusiver
836 Unterricht und die Betreuung an den allgemeinbildenden Schulen werden in kleineren
837 Klassen und mit mehr Personal erfolgen, das zudem gut qualifiziert ist. Die für die
838 Förderschulen bisher aufgewendeten Finanzmittel und Personalstellen sollen dafür
839 umverteilt werden. Es müssen mehr Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen
840 ausgebildet und die Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogischen Fachkräfte der
841 aufnehmenden allgemeinbildenden Schulen entsprechend fort- und weitergebildet
842 werden. Auf die individuellen Förderbedarfe bezogen sind die baulichen, sächlichen
843 und schulorganisatorischen Rahmenbedingungen für die inklusive Beschulung zu
844 schaffen.

845

846 **Demokratie lernen**

847 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bestärken Schulen darin, Kinder und Jugendliche zu*
848 *aktiven demokratischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu erziehen.*

849 Schule ist der zentrale Ort in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. Hier
850 entwickeln sie eine Vorstellung von Demokratie, lernen den fairen Umgang
851 miteinander, erfahren von Toleranz, Kompromissen und Regeln. Damit Schülerinnen
852 und Schüler ein starkes demokratisches Bewusstsein entwickeln, müssen vier
853 Bedingungen gegeben sein: Anerkennung der individuellen Persönlichkeit,
854 Beteiligung an Organisation von Schulveranstaltungen und Gestaltung von
855 Unterricht, gelebte Demokratie im Schulalltag und vielfältiger Sozialkundeunterricht.

856 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Schulkonferenz weiter entwickeln, um so
857 Beteiligungsmöglichkeiten und Demokratieverständnis zu stärken. Hierzu gehört eine
858 gleichberechtigte Beteiligung von Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie
859 Lehrerinnen und Lehrern und eine Beteiligung der sonstigen Angestellten.
860 (Drittelparität-Plus).

861 **In Umweltfragen (weiter)bilden**

862 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die Bildung und Weiterbildung in Umweltfragen als*
863 *ständige Aufgabe an.*

864 Kinder und Jugendliche müssen altersgerecht für wissenschaftliche und politische
865 Fragen des Klima- und Umweltschutzes sowie der Kulturlandschaft sensibilisiert
866 werden. Durch vernetzten Unterricht zwischen verschiedenen Fächern wie z.B.
867 Biologie, Chemie, Sozialkunde oder Ethik sind Umweltthemen stärker zu
868 berücksichtigen.

869 Umweltbildung geht auch Erwachsene an und dient der Information, Sensibilisierung
870 und Aktivierung aller Bürgerinnen und Bürger für ein umweltverträgliches Verhalten.
871 Der seit 2001 gültige Umweltbildungserlass von Kultus- und Umweltministerium
872 muss endlich konsequent umgesetzt werden. Die Umweltbildungszentren und
873 Volkshochschulen im Land sollen zur Umweltbildung Erwachsener stärker gefördert
874 werden. Die Ökoschulen des Landes Sachsen-Anhalt sollen bestehen bleiben.

875 **Homophobie von Anfang an entgegenreten**

876 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die Lebensvielfalt der Bürgerinnen*
877 *und Bürger in allen Bereichen der Gesellschaft berücksichtigt wird. Schon der*
878 *Unterricht in der Schule muss unterschiedliche sexuelle Identitäten als*
879 *selbstverständliche Lebensweisen vermitteln.*

880 Leitbild und Ziel der schulischen und außerschulischen Bildung muss die
881 vorurteilsfreie und selbstbestimmte Findung der eigenen sexuellen Identität sein.
882 Den Jugendlichen muss ein Coming-out an ihrer Schule möglich sein, ohne
883 körperliche oder verbale Gewalt befürchten zu müssen. Fortbildungen sollen die
884 Lehrerinnen und Lehrer befähigen, unterschiedliche sexuelle Identitäten als
885 selbstverständliche Lebensweisen zu vermitteln und wertneutral zu behandeln.

886 **Kitas stärken**

887 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verstehen Kinderkrippen sowie Kindergärten als*
888 *Bildungseinrichtungen und führen sowohl ein verbindliches Vorschuljahr als auch eine*
889 *angemessene Aus- und Fortbildung der Beschäftigten ein.*

890 Der positive Bildungseffekt des Krippenbesuchs ist belegt. Insbesondere kann der
891 Krippenbesuch die Bildungschancen von Kindern aus benachteiligten Verhältnissen
892 verbessern. Deshalb wollen wir die politische Verantwortung für Krippen und

893 Kindergärten in das Bildungsressort legen.

894 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führen für alle Kinder einen Rechtsanspruch auf
895 ganztägige Bildung und Betreuung in einer Kindertagesstätte ein. Die Öffnungszeiten
896 sollen sich den individuellen familiären Situationen flexibel anpassen. Den
897 überdurchschnittlichen Gruppengrößen muss mit mehr Personal entgegengewirkt
898 werden. Die Gebühren sind sozial zu staffeln.

899 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN richten neben ausreichend Krippen- und
900 Kindergartenplätzen ein verbindliches kostenfreies Vorschuljahr für alle Kinder ein.
901 Für einen guten Start in die Schule müssen sprachliche Defizite möglichst früh
902 erkannt und behoben werden.

903 Das Ausbildungsniveau der Erzieherinnen und Erzieher muss langfristig steigen. Dazu
904 sollen Studiengänge an den Hochschulen eingerichtet werden. BÜNDNIS 90/DIE
905 GRÜNEN streben eine Offensive für Ausbildung und Nachqualifizierung in der
906 Frühpädagogik und eine entsprechende Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher
907 an.

908 **Schulautonomie fördern**

909 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass jede Schule unabhängig von ihrer*
910 *Trägerschaft pro Schuljahr je Schülerin und Schüler einen festen Finanzbeitrag*
911 *erhält, mit dem die Schule selbstständig arbeiten kann, falls sie sich im Gegenzug*
912 *verpflichtet, allen Kindern einen unentgeltlichen Zugang zu gewähren..*

913 Die Schulen bestimmen selbst über Personen und pädagogische Konzepte und
914 darüber, wieviel Geld in Lehrmittel oder in Personal investiert wird. Gleichzeitig muss
915 das pädagogische Personal von Verwaltungsarbeit entlastet werden.

916 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass freie Schulen allen Kindern
917 unentgeltlich offen stehen. Finanziell sollen freie Schulen gegenüber Schulen in
918 staatlicher Trägerschaft gleichgestellt sein.

919 Die Verantwortung der Schulleiter und -leiterinnen wächst. Sie müssen daher durch
920 einen entsprechenden Aufbaustudiengang unterstützt werden.

921 **Qualität durch Standards sichern**

922 *Für Krippe, Kindergarten und Schulen wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die*
923 *Entwicklung von Qualitätsstandards vorantreiben.*

924 Durch das Konzept der Ganztägigkeit erhält die sächliche Ausstattung der
925 Bildungseinrichtungen eine stärkere Bedeutung. Bildungsstandards sollen deshalb
926 sowohl die pädagogische Qualität und den Bildungserfolg, als auch die materielle und
927 personelle Ausstattung definieren und vergleichbar machen. Der Bildungserfolg misst
928 sich am Kompetenzzuwachs der Schülerinnen und Schüler in den unterschiedlichen

929 Fächern. Bildungsstandards erlauben es den Schulen und vorschulischen
930 Bildungseinrichtungen, ihre Qualität zu verbessern. Unterstützungen des Landes
931 müssen zielgenau angeboten werden. Die Eltern können verschiedene
932 Bildungsanbieter vergleichen und informiert entscheiden.

933 **Beruf der Lehrerinnen und Lehrer attraktiver gestalten**

934 *BÜNDNIS 90/DE GRÜNEN wollen das Studium und den Beruf der Lehrerinnen und*
935 *Lehrer attraktiver gestalten.*

936 Der Beruf der Lehrerinnen und Lehrer in der Gemeinschaftsschule wird
937 anspruchsvoller und vielfältiger. Notwendig ist, die pädagogischen, didaktischen und
938 psychologischen Anteile in der Ausbildung zu verstärken. Sie sollen gleichgewichtig
939 neben der fachlichen Ausbildung stehen. Auch fächerübergreifender Unterricht muss
940 stärkeres Gewicht bekommen.

941 Für alle Beschäftigten muss es eine zertifizierte Fortbildung geben, die es ihnen
942 erlaubt, sich den wandelnden Anforderungen kompetent zu stellen.

943 Um gerade Jungen in Kindergarten und Grundschule die Identifikation mit
944 männlichen Vorbildern zu ermöglichen, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den
945 Männeranteil im Erzieher- und Grundschullehrerberuf deutlich anheben.

946 Sehr viele ältere Lehrerinnen und Lehrer gehen in den kommenden Jahren in den
947 Ruhestand. Die Landesregierung hat nicht vorgesorgt, deshalb ist ein Mangel an
948 Lehrkräften jetzt schon absehbar. Studien- und Referendariatsplätze müssen gezielt
949 ausgebaut werden.

950 **In Lehre und Forschung investieren**

951 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN investieren in die Hochschulen. Studiengebühren lehnen*
952 *wir ab.*

953 Die Hochschulen sind, wie überall in Deutschland, auch in Sachsen-Anhalt erheblich
954 unterfinanziert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen in eine leistungsfähige
955 Hochschulbildung und -forschung als zentralen Pfeiler der Zukunftspolitik für
956 Sachsen-Anhalt investieren.

957 Die Anzahl der Studierenden pro Professur ist zu hoch. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
958 wollen mit gezielten Investitionen überfüllte Hörsäle vermeiden und durch bessere
959 Betreuung die hohe Anzahl der Studienabbrecherinnen und -abbrecher senken.

960 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind auch künftig gegen Studiengebühren, weil sie
961 potenzielle Studierende aus bildungsfernen Schichten abschrecken. Auch die
962 vorhandenen Langzeitstudiengebühren lehnen wir ab. Stattdessen müssen die
963 Möglichkeiten zum Teilzeitstudium, z.B. für Studierende mit Kindern oder mit
964 teilweiser Berufstätigkeit, weiter ausgebaut werden. Für Menschen ohne Abitur

965 müssen Wege zu einem Hochschulstudium offen stehen.

966 **Die Humboldtsche Universität im 21. Jahrhundert etablieren**

967 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Studium nach dem Humboldtschen*
968 *Bildungsverständnis, das mehr als reine Berufsausbildung ist.*

969 Die deutsche Umsetzung des Bolognaprozesses ist gescheitert. Die Ergebnisse sind
970 Verschulung der Lehre sowie Bürokratisierung und Entdemokratisierung der
971 Hochschule. Hochschulbildung muss neu gedacht werden und zwar unter
972 gleichberechtigter Beteiligung der Betroffenen: Studentinnen und Studenten,
973 Forschenden und Lehrenden. Das politische Mandat der beteiligten Gruppen
974 (Studierende, Professorinnen und Professoren, wissenschaftlicher Mittelbau) ist daher
975 zu einer echten Drittelparität auszubauen und gegenüber der Hochschulleitung und
976 dem Land zu stärken.

977 Das Bachelorstudium ist heute allzu häufig mit Angst verbunden, keinen
978 Masterstudienplatz zu bekommen. Allen Absolventinnen und Absolventen von
979 Bachelor-Studiengängen soll die Möglichkeit eines Master-Studiums offen stehen.

980 Die Verschulung der Bachelor- und Masterstudiengänge ist zu ersetzen durch eine
981 Studienstruktur, die wieder ein anspruchsvolles, unbürokratisches und
982 selbstbestimmtes Studium ermöglicht. Hierzu gehören: keine Anwesenheitspflicht,
983 freie Wahl von Dozentinnen und Dozenten und Seminaren, freie Wahl der
984 Studiendauer, selbstorganisiertes Lernen sowie Unterstützung der Studierenden in
985 der Ausgestaltung ihres Studiums. Der Wechsel zwischen Hochschulen im In- und
986 Ausland ist zu erleichtern.

987 Die überflüssigen Akkreditierungen gehören abgeschafft. Stattdessen muss mehr
988 Geld in Lehrpersonal und interne Qualitätskontrollen investiert werden. Hochschule
989 muss zu einem permanenten demokratischen Verbesserungsprozess werden.

990 **Für Nachhaltigkeit forschen**

991 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen einen Förderschwerpunkt auf Forschungsbeiträge*
992 *zu einer ökologischen, nachhaltigen Lebensweise.*

993 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Sachsen-Anhalt seine Förderung zum Aufbau
994 konkurrenzfähiger Forschungsschwerpunkte und Einzelprojekte unter dem
995 Gesichtspunkt einer nachhaltigen, ökologischen Lebensweise weiterentwickelt.
996 Hierfür ist eine solide Grundausstattung der Hochschulen mit ausreichenden
997 Finanzmitteln Grundvoraussetzung, um auch Forschungsgelder von außen
998 einzuwerben. Das wird sich langfristig für das Land rechnen. Für die Hochschulen und
999 Forschungseinrichtungen des Landes ist eine stärkere Unterstützung bei der
1000 Einwerbung von EU-Mitteln notwendig. Das Land muss sich initiativ und engagiert in
1001 den Vorbereitungsprozess des nächsten 8. Forschungsrahmenprogramms für 2014-
1002 2020 einbringen.

1003 Innovative Forschungsfelder für Sachsen-Anhalt sind: Recycling, erneuerbare
1004 Energien und effiziente Leitungs- und Speichertechniken. Forschungen zu neuen
1005 Antrieben, Fahrzeugen und Mobilitätskonzepten sind von besonderer Bedeutung, z.B.
1006 zur Elektro-Mobilität im Zusammenhang mit erneuerbarer Energie und
1007 umweltverträglicher Speichertechnik.

1008 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN messen dem Tierschutz in der Forschung große
1009 Bedeutung zu. Das öffentliche Erkenntnisinteresse muss erheblich sein und der
1010 Einsatz von Labortieren alternativlos, um deren Einsatz zu rechtfertigen. Diese
1011 Versuchstiere müssen nachweisbar artgerecht gehalten werden.

1012 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen Forschung zu neuen Atomreaktoren und
1013 gentechnisch manipulierten Lebensmitteln grundsätzlich ab. Wir halten
1014 Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Organismen nahe Gatersleben, dem
1015 Ort einer weltweit bedeutenden Genbank, für unverantwortlich.

1016 **Informationen allen zugänglich machen**

1017 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen allen Bürgerinnen und Bürger einen ungehinderten*
1018 *Zugang zu Wissen und Informationen gewährleisten.*

1019 Bibliotheken und Schulen müssen vernetzt sein. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen
1020 ungehinderten Zugang zu Informationen haben, z.B. zur Fortbildung. Bibliotheken
1021 sind daher als Bildungseinrichtungen zu verstehen und müssen den kommunalen
1022 Pflichtaufgaben zugeordnet werden. Die Gemeinschaftsschule soll im ländlichen
1023 Raum zu einem Kultur- und Bildungszentrum vor Ort werden.

1024 Das mit staatlichen Geldern erforschte Wissen gehört der Allgemeinheit und muss
1025 frei verfügbar sein. Wir unterstützen daher nachdrücklich „Open Access“-Initiativen.

1026 **Kleinstaaterei in der Bildung aufheben**

1027 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Bund-Länder-Kooperationsverbot dringend*
1028 *abschaffen.*

1029 Das Grundgesetz wurde im Rahmen der Föderalismusreform unsinnigerweise so
1030 geändert, dass der Bund sich in der Bildungspolitik nur schwer engagieren kann und
1031 Länder bei Bildungsinvestitionen kaum durch den Bund unterstützt werden können.
1032 Angesichts knapper Kassen bei Ländern und Kommunen ist es widersinnig, dass der
1033 Bund für Schulen und Hochschulen nur sehr eingeschränkt Mittel bereitstellen darf.
1034 Über den Bundesrat werden wir uns dafür einsetzen, diesen Passus wieder zu
1035 streichen.

1036 **Wer GRÜN wählt, ...**

1037 ... setzt sich für mehr Bildungsgerechtigkeit durch längeres gemeinsames
1038 schulisches Lernen ein;

1039 ... gibt der Investition in eine bessere Qualität der Bildung Priorität;
1040 ... möchte eine Schulstruktur, die eine leistungsfähige wohnortnahe Schule
1041 ermöglicht;
1042 ... will mehr qualifiziertes Personal für eine bessere frühkindliche Bildung;
1043 ... stimmt für gute Hochschulen ohne Studiengebühren und für Forschung an
1044 nachhaltigen Technologien.
1045
1046
1047
1048
1049
1050
1051
1052
1053
1054

1055

1056 **3. FÜR EIN WIRTSCHAFTLICH STARKES SACHSEN-ANHALT**

1057 *Arbeit und Umwelt gehören zusammen. Durch die von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*
1058 *angeschobene ökologische Wirtschaftspolitik sind in Sachsen-Anhalt bereits Tausende*
1059 *neue Arbeitsplätze entstanden. Bei erneuerbaren Energien hat das Erneuerbare-*
1060 *Energien-Gesetz einen weltweit beachteten Boom ausgelöst, von dem besonders*
1061 *sachsen-anhaltische Unternehmen profitieren. Darüber hinaus haben sich im Land*
1062 *Firmen in hochproduktiven Branchen wie Chemie- und Pharmaindustrie sowie*
1063 *Maschinenbau entwickelt. Diese Entwicklungen wollen wir systematisch nutzen und*
1064 *weitere Arbeitsplätze schaffen. Dabei setzen wir uns für gerechte Löhne, Sozial- und*
1065 *Umweltstandards ein.*

1066 **Neue Jobs schaffen**

1067 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern zukunftsfähige, innovative Unternehmen.*

1068 Durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise sind die Märkte weltweit
1069 verunsichert: Unternehmer, Investoren und Händler können ihre Prognosen nicht

1070 mehr einfach aus der Vergangenheit herleiten. Nur wenig ist sicher: Die Rohstoffe
1071 werden knapper, die Preise für fossile Brennstoffe erhöhen sich. Sachsen-Anhalt hat
1072 für diese Märkte viel zu bieten. Im Bereich der erneuerbaren Energien gibt es bereits
1073 über 10.000 Arbeitsplätze – fünfmal mehr als in der Braunkohle. Hinzu kommen
1074 moderne Chemiewerke, innovative Maschinenbauunternehmen und energieeffiziente
1075 Nahrungsmittelverarbeiter.

1076 Diese Entwicklung ist nicht vom Himmel gefallen. Neben großzügiger
1077 Wirtschaftsförderung spielen strenge Standards des Umweltrechts eine Rolle.
1078 Entscheidend für den Durchbruch der Windkraftanlagenfertigung in Magdeburg,
1079 Staßfurt und Dessau und der Solarindustrie in Bitterfeld und Wanzleben war das
1080 Erneuerbare-Energien-Gesetz. Diese Erfolge dürfen nicht durch kurzfristige
1081 Förderkürzungen, den Wiedereinstieg in die Atomenergie oder neue Kohlekraftwerke
1082 zerstört werden.

1083 Für neue Jobs müssen die bestehenden wirtschaftlichen Schwerpunkte des Landes
1084 weiter gestärkt sowie die Kapazitäten und Kooperationen im Bereich Forschung und
1085 Entwicklung ständig gefördert und ausgebaut werden.

1086 Arbeitsplätze in den Dienstleistungsbereichen Handwerk, Gesundheit, Pflege,
1087 Tourismus und Bildung verbessern die Lebensqualität der Menschen in Sachsen-
1088 Anhalt und sorgen für eine erhöhte Anziehungskraft des Landes. Darüber hinaus ist
1089 der Dienstleistungsbereich nur schwer ins Ausland zu verlagern. Deshalb setzen sich
1090 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein Arbeitsplätze in diesen Sektoren gezielt zu
1091 unterstützen.
1092

1093 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass sich Sachsen-Anhalt als Land
1094 der erneuerbaren Energien auch in der Entwicklung der Elektromobilität einen
1095 führenden Platz in der Bundesrepublik sichert und die dafür benötigte Infrastruktur in
1096 Modellregionen schafft.

1097 Mit uns entstehen zukunftsfähige Jobs...

- 1098 - in Solar- und Windanlagenindustrie,
- 1099 - im Handwerk, etwa in der Gebäudesanierung,
- 1100 - in Gesundheit und Pflege,
- 1101 - in der Tourismusbranche,
- 1102 - in der Bildung.

1103 **Wirtschaft und Umwelt gemeinsam denken**

1104 Von altem Denken über das, was Wirtschaft ist, muss sich Sachsen-Anhalt endlich
1105 verabschieden. „Wo es raucht und stinkt“ heißt nicht, hier boomt es. Die meisten

1106 Unternehmen haben das verstanden, manche Aufsichtsbehörden in Land und
1107 Kommunen leider nicht. Ob bei illegalem Müll ein Auge zugedrückt wird, ob Straßen
1108 und Gewerbegebiete angelegt werden, obwohl die Nachfrage fehlt, oder ob Rohstoffe
1109 wie Kies, Braunkohle oder Salz rücksichtslos und billig aus dem Erdboden geholt
1110 werden: Die Zeche zahlt – oft Jahre später – die Allgemeinheit.

1111 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten diesem Denken konsequent entgegen. Wir wollen

1112 - Rohstoffe mit der im Gesetz vorgesehenen Förderabgabe belegen;

1113 - auf die strikte Einhaltung von Arbeitsmarkt-, Sozial-, und Umweltstandards
1114 achten;

1115 - ökologisch verantwortungslose Unternehmen nicht weiter mit staatlichen
1116 Mitteln unterstützen.

1117 **Gute Arbeit fair bezahlen**

1118 Viele Menschen sind gezwungen, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen.
1119 Sozialleistungen werden oft verweigert, es wird nur stundenweise bezahlt, es werden
1120 kostenlose Überstunden verlangt, die Angestellten überwacht oder als
1121 Scheinselbständige ohne Sozialabgaben ausgebeutet. Dies betrifft vor allem Jobs für
1122 Frauen und besonders häufig den Einzelhandel und die Zeitarbeitsbranche.

1123 Die Landesregierung muss dem entgegenreten, indem sie öffentliche Aufträge und
1124 Fördermittel an soziale Bedingungen knüpft. Wir wollen Tarifverträge und
1125 Tarifpartner stärken. In der Auftragsvergabe wollen wir auch weltweit faire Standards
1126 verankern, z.B. ausbeuterische Kinderarbeit ausschließen. Wir wollen Betriebsräte
1127 stärken, die für gute Arbeitsbedingungen eintreten und damit ihr Unternehmen dabei
1128 unterstützen, ausgebildete Fachkräfte zu halten.

1129 Sinkende Löhne sind heute in vielen Regionen und Branchen Realität. BÜNDNIS
1130 90/DIE GRÜNEN wollen diesen Trend umkehren, indem wir auf Bundes- und
1131 europäischer Ebene einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde als
1132 Lohnuntergrenze unterstützen und in möglichst vielen Branchen höhere Mindestlöhne
1133 durchsetzen helfen. Dies ist eine Frage der Gerechtigkeit, stärkt aber auch die
1134 Kaufkraft in Sachsen-Anhalt.

1135 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, Arbeit an die Leistungsfähigkeit der
1136 einzelnen Altersstufen und dem so erworbenen Erfahrungsschatz der Menschen
1137 anzupassen. So kann die Verlängerung der Lebensarbeitszeit von den Menschen als
1138 Gewinn und nicht als Zumutung erfahren werden.

1139

1140 **Unternehmen gezielter fördern**

1141 Fördermittel dürfen nicht weiter mit der Gießkanne verteilt werden. Wir wollen

1142 Zukunftsbranchen, die unternehmensnahe Forschung und Entwicklung, regionale
1143 Kooperationen sowie die bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildung stärken.

1144 Förderung muss Arbeitsplätze schaffen. Von diesem Grundsatz ist die schwarz-rote
1145 Landesregierung abgerückt – ein Fehler. Wir wollen beschäftigungswirksame
1146 Neuinvestitionen in kleinen und mittleren Unternehmen, denn diese sind stark mit
1147 ihrer Region verbunden und sorgen für die meisten der Arbeits- und
1148 Ausbildungsplätze.

1149 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Kommunen darin unterstützen, bei der An-
1150 siedlung von Unternehmen noch mehr zu kooperieren statt zu konkurrieren.

1151 Wir wollen gezielt größere Unternehmen in den Städten ansiedeln und dafür
1152 bestehende Gewerbegebiete nutzen sowie neue auf Industriebrachen erschließen. So
1153 wollen wir unnötigen Verkehr vermeiden und Arbeitsplätze schaffen, die auch in
1154 Zeiten teuren Öls preisgünstig erreichbar sind.

1155 **Handwerk stärken**

1156 Die Zukunft des Handwerks in Sachsen-Anhalt liegt in guten Jobs durch gute
1157 Aufträge, nicht im Zurückdrängen des Staates. Ökologischer Umbau und
1158 Denkmalschutz brauchen den verantwortungsvollen Betrieb, der sich fachlich auf
1159 dem neuesten Stand hält: Häuser sanieren sich genauso wenig von allein wie
1160 Solarmodule nicht von selbst auf die Dächer kommen. Bisher verpasst Sachsen-
1161 Anhalt Chancen, die EU- und Bundesprogramme bieten, weil Landesregierung und
1162 Wirtschaft nicht dafür sorgen, dass die Mittel ins Land fließen. Wir wollen mit
1163 Kammern und engagierten Betrieben hier ein systematisches Vorgehen entwickeln.
1164 Fördern wollen wir Energiesparmaßnahmen sowie die Nutzung erneuerbarer Energien
1165 oder anderer regionaler Ressourcen.

1166 Bestehende Förderprogramme müssen gebündelt und nach sächsischem Vorbild eine
1167 Förderrichtlinie zur gezielten Unterstützung regional tätiger Unternehmen eingeführt
1168 werden. Dazu gehört auch die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten.

1169 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich gleichzeitig für einen weiteren
1170 Bürokratieabbau ein, damit sich auch kleine Unternehmen auf ihr eigentliches
1171 Geschäft konzentrieren können. Dabei zielen wir auf vereinfachte Gesetze und
1172 Verordnungen, auf zügigere Bewilligungsverfahren und den Abbau von
1173 Doppelprüfungen und Doppelgenehmigungen.

1174 **Mehr Unternehmen gründen**

1175 In Sachsen-Anhalt gründen zu wenig Menschen Unternehmen oder machen sich
1176 selbstständig. Dies zeigt der Vergleich mit anderen Bundesländern. In den Jahren
1177 2006 bis 2009 belegte Sachsen-Anhalt den letzten Platz bei den
1178 Gewerbeanmeldungen im Vergleich zur Bevölkerung.

1179 Wer ein Unternehmen gründen möchte, braucht in der Regel nicht viel Geld. Wenig
1180 Geld von einer Bank zu bekommen, ist aber oft schwerer als große Summen zu
1181 bekommen, weil die Banken den Bearbeitungsaufwand scheuen. Daher brauchen wir
1182 einen besseren Zugang zu Kleinkrediten.

1183 Zudem wollen wir zentrale Gewerbeansprechpartner, die alle Anmeldungen aus einer
1184 Hand erledigen (One-Stop-Shops) in allen Landkreisen. Dazu möchten wir die
1185 Erfahrungen mit den einheitlichen Ansprechpartnerinnen und -partnern aus der EU-
1186 Dienstleistungsrichtlinie übertragen.

1187 **Unternehmensnahe Forschung stärken**

1188 Die Chancen im Umfeld von Universitäten, Fachhochschulen und Instituten sollen
1189 durch gezielte Ansiedlung und Ausgründung von technologie- und
1190 wissenschaftsorientierten Unternehmen genutzt werden. Zu einem intensiveren
1191 Austausch zwischen Forschung, Ausbildung und Unternehmen wollen wir u. a. die
1192 Patentanmeldung und die wirtschaftliche Auswertung von Patenten fördern, verstärkt
1193 Praktikerinnen und Praktiker aus Unternehmen in die Lehre einbinden (z.B. als
1194 Lehrbeauftragte) und gezielt den Weiterbildungsbedarf der Unternehmen durch
1195 praxisnahe (Fach)Hochschulangebote decken.

1196 **Den Energiemarkt erneuern**

1197 Das energiepolitische Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt lautet:
1198 100 Prozent erneuerbare Energieerzeugung in den nächsten Jahrzehnten.
1199 Energieeinsparen, Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind die Wege dorthin.
1200 Hierzu muss der Netzausbau so forciert werden, dass eine Stromaufnahme aus den
1201 dezentralen und regenerativen Stromerzeugungsanlagen problemlos möglich wird.
1202 Das stärkt auch die regionalen Wirtschaftsstrukturen. Eine dezentrale,
1203 umweltfreundliche Energieversorgung setzt auf kommunale Strom- und
1204 Wärmeerzeugung sowie kommunale Netze und Leitungen, wobei im
1205 Erzeugungssektor auch neue, private Anbieter eine wichtige Rolle spielen sollen. Wir
1206 unterstützen den Ausbau energiewirtschaftlicher Kooperationen zwischen den auch
1207 künftig unverzichtbaren Stadtwerken.

1208 Sachsen-Anhalt braucht auch eine Informationsoffensive zu grüner Energie, deshalb
1209 fordern wir eine landeseigene Energieagentur nach dem Vorbild Nordrhein-
1210 Westfalens, die Beratungs- und Informationsaufgaben übernimmt

1211 Um eine neue klimafreundliche kommunale Energiepolitik zu ermöglichen, wollen
1212 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich dafür einsetzen, dass Kommunen bei der Neuvergabe
1213 von Konzessionsverträgen für das örtliche Stromnetz kompetent beraten werden
1214 (beispielsweise durch Muster-Konzessionsverträge, so geschehen in Baden-
1215 Württemberg). Außerdem wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kommunen dabei
1216 unterstützen, die Rekommunalisierung des örtlichen Stromnetzes für sich zu prüfen
1217 und gegebenenfalls durch zinsgünstige Kredite der Landesbank durchzuführen.

1218 **Energie einsparen und effizienter nutzen**

1219 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen viele Möglichkeiten zur Energieeinsparung.
1220 Energiemanagement in Verwaltungen und Betrieben spart Geld. Für
1221 Landesliegenschaften wollen wir ein systematisches Energiemanagement
1222 vorschreiben. Über die eingesparte Energie werden die Kosten refinanziert.
1223 Energiepässe sind ein positives Beispiel für Transparenz bei Energiebedarf und -
1224 verbrauch.

1225 Weiteres Einsparpotenzial kann im Bereich der Wärmedämmung mobilisiert werden.
1226 Wir setzen uns dafür ein, dass die Wärmesanie rung aus Mitteln der Kreditanstalt für
1227 Wiederaufbau durch die Landesbank finanziell stärker unterstützt wird. Die
1228 Sanierungsquote des Wohnungsbestandes muss deutlich erhöht werden, das
1229 unterstützt zudem die einheimische Bauwirtschaft. Zudem wollen wir, dass Sachsen-
1230 Anhalt die Nutzung erneuerbar erzeugter Wärme auch im Wohnungsbestand nach
1231 dem Vorbild Baden-Württemberg vorschreibt.

1232 Auch bei der Effizienz des Energieeinsatzes ist in Sachsen-Anhalt noch viel zu tun.
1233 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass hierzu Best-Practice-Projekte umgesetzt
1234 werden und daraus ein umfangreicher Wissenstransfer erfolgt. Durch einen
1235 Energieeffizienzfonds auf Bundesebene sollen auch Investitionen in Sachsen-Anhalt
1236 gefördert werden. Unser Land muss diese Bemühungen durch ein Förderprogramm
1237 unterstützen.

1238 **Erneuerbare Energien ausbauen**

1239 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Anzahl an Solaranlagen in Sachsen-Anhalt*
1240 *deutlich erhöhen.*

1241 Bisher ist nur jedes 400ste geeignete Dach genutzt. Land und Kommunen sollen
1242 Dachflächen ihrer Gebäude über landesweite Solarbörsen öffentlich zur Vermietung
1243 bzw. Verpachtung anbieten. Die Kreditvergabe für Solaranlagen ohne Bereitstellung
1244 von Eigenkapital muss erheblich vereinfacht werden. Im Landesentwicklungsplan
1245 sollen Flächen ausgewiesen werden, die für Solaranlagen geeignet sind
1246 (Altlastenflächen etc.). Wir werden entsprechende Initiativen für die Regionalen
1247 Entwicklungspläne unterstützen.

1248 Sachsen-Anhalt wird in Zukunft weniger, aber größere Windkraftanlagen haben.
1249 Windkraftanlagen sollen möglichst konzentriert stehen, und zwar dort, wo sie unter
1250 Berücksichtigung von Landschaft und Naturschutz passen. Um die günstigsten
1251 Standorte festzulegen, plädieren wir für ein Gesamtkonzept über alle fünf
1252 Planungsregionen.

1253 Für eine Übergangszeit wird die Abwärme-Nutzung von Kraftwerken und aus der
1254 Industrie für die Fernwärme noch eine große Rolle spielen. Unser Ziel ist es aber,
1255 diese Fernwärme durch Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplungs-Technik zu
1256 gewinnen. Zudem müssen Nah- und Fernwärmeeinrichtungen mit Kraft-Wärme-Kopplung

1257 aus Blockheizkraftwerken auf Biomasse-Basis verstärkt werden. Sie sind flexibel
1258 handhabbar.

1259 Bei der energetischen Nutzung der Biomasse hat Sachsen-Anhalt ein ungenutztes
1260 Potenzial bei Bioabfall. Angesichts der kaum noch vermehrbaren Flächen zur
1261 Gewinnung von Biomasse aus der Land- und Forstwirtschaft muss hier endlich
1262 gehandelt werden.

1263 Der Anteil erneuerbarer Energien zur Versorgung landeseigener Gebäude muss
1264 gesteigert werden, er ist zurzeit nur gering. Der Bezug von Strom aus erneuerbaren
1265 Energien sollte für diese Häuser verpflichtend sein. Unser Ziel ist, dass geeignete
1266 Landesgebäude künftig Energie aus der Sonne gewinnen. Das Energiesparen an
1267 Schulen wollen wir besonders fördern.

1268 **Strukturpolitik neu ausrichten**

1269 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Modernisierung der Strukturpolitik ein*
1270 *und werden die Fördersysteme den neuen Anforderungen anpassen.*

1271 Nach 2013 werden weite Teile Sachsen-Anhalts aus der Europäischen
1272 Kohäsionspolitik herausfallen, die Mittel für die EU-Agrarfonds werden voraussichtlich
1273 ebenfalls zurückgefahren. Damit der anstehende Wandel in den Struktur- und
1274 Agrarfonds nicht zu einem jähen Absturz für das Land wird, müssen bereits jetzt die
1275 Weichen richtig gestellt werden. So muss sich das Land in Brüssel für
1276 Übergangslösungen, die den Wegfall des Status als Konvergenzgebiet abmildern,
1277 einsetzen. Ebenso muss im Zuge der Vorbereitung der EU-Förderphase ab 2014
1278 dafür gesorgt werden, dass die Strukturfonds und der Fonds für ländliche
1279 Entwicklung (ELER) wieder unter ein gemeinsames Regelwerk kommen.

1280 Mit diesen EU-Fördermitteln wollen wir Sachsen-Anhalt voranbringen. Mehr
1281 Beschäftigung, mehr für Forschung und Entwicklung, ehrgeizige Klimaschutz- und
1282 Energieziele, weniger Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher, mehr Studierende
1283 und weniger Armut.

1284 In der Zwischenzeit muss das heimische Fördersystem auf die zukünftigen
1285 Anforderungen und Möglichkeiten eingestellt werden. Die Zeiten, in denen für
1286 Investitionen Geld im Überfluss vorhanden ist, wenn nur die Kofinanzierung erbracht
1287 wird, gehören endgültig der Vergangenheit an. Nun gilt es, die auch durch die
1288 demographische Entwicklung notwendigen Strukturveränderungen und
1289 Modernisierungserfordernisse durch schlanke, integrative und zielgerichtete Projekte
1290 in die Realität umzusetzen. Wir Grüne werden dafür sorgen, dass für die Bewältigung
1291 dieser neuen Herausforderungen die Strukturfonds und der ELER an zentraler Stelle
1292 koordiniert und verwaltet werden."

1293 **Klare Ziele setzen**

1294 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden in der Wirtschaftspolitik klare Zielmarken setzen*
1295 Die EU hat sich mit der Strategie 2020 erstmals qualitative Wachstumsziele gesetzt.

1296 Sachsen-Anhalt sollte sich dies zum Vorbild nehmen und sich analog dazu ebenfalls
1297 Zielmarken setzen hinsichtlich der Beschäftigungsquote, der Aufwendungen für
1298 Forschung und Entwicklung, der Klimaschutz- und Energieziele, der Verringerung der
1299 Schulabbrecherquote, dem Anteil der jüngeren Generation mit Hochschulabschluss
1300 und der Senkung armutsgefährdeter Personen unter einen definierten Schwellenwert.

1301

1302 **Eine neue Landwirtschaft entwickeln**

1303 In der Diskussion um die Zukunft der Europäischen Agrarpolitik stehen die
1304 Agrarbeihilfen der EU zu Recht auf dem Prüfstand. Als bedeutendes deutsches
1305 Agrarland muss sich Sachsen-Anhalt aus der bisherigen Verteidigung des Status-quo
1306 lösen und sich offensiv mit einer klaren und zukunftsorientierten Position in die
1307 laufende Debatte einbringen.

1308 Agrarbeihilfen der ersten und zweiten Säule (heute: Marktordnungen,
1309 Direktzahlungen (Betriebsprämie) und Förderung ländlicher Raum) dürfen nur noch
1310 bezahlt werden, wenn die Produktionsweisen über die gesetzlichen Mindeststandards
1311 des Natur, Umwelt-, Klima- und Tierschutzes hinausgehen und einen hohen
1312 gesellschaftlichen Nutzen bringen. Die ursprünglich als Preisausgleichzahlungen
1313 konzipierten Mittel der Ersten Säule (Marktordnungen und Direktzahlungen) müssen
1314 daher zukünftig für gezielte Maßnahmen, die der Entwicklung einer vielfältigen,
1315 ökologischen, sozialen und innovativen Landwirtschaft dienen, eingesetzt werden.
1316 Dabei sollten Risikomanagementinstrumente wie Ernteversicherungen und
1317 Beibehaltung eines Sicherheitsnetzes, die Stärkung von Erzeugerorganisationen, die
1318 Bindung an die Anzahl der innerbetrieblich sozialversicherungspflichtig beschäftigten
1319 Arbeitskräfte sowie Familienarbeitskräfte und die erbrachten öffentlichen
1320 Dienstleistungen die wesentlichen Elemente einer bedarfsorientierten Neuausrichtung
1321 der traditionellen Agrarförderung sein. Diese Instrumente stehen dem Land bereits
1322 heute in Ansätzen zur Verfügung und sollten soweit es geht auch genutzt werden.

1323 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Landwirtschaft, die die natürlichen
1324 Ressourcen schützt, die Fruchtbarkeit der Böden erhält, Gewässer nicht belastet, die
1325 Biodiversität steigert und dabei eine Vielzahl hochwertiger Naturprodukte und
1326 Nahrungsmittel liefert und somit wieder in die Lage ist neue Arbeitsplätze auf dem
1327 Lande zu schaffen. Dieses Ziel kann jedoch nicht erreicht werden, wenn eine
1328 Agrarpolitik fortgesetzt wird, die zur Aufteilung in intensiv bewirtschaftete Äcker in den
1329 Gunstlagen und bis zur Flächenaufgabe extensivierte Agrargebiete in den
1330 Grenzertragsregionen führt und je nach Marktlage in Boomzeiten die Agrargebiete in
1331 Monokulturen des jeweils gängigen Agrarprodukts ohne Rücksicht auf ökologische
1332 Belange in Wert setzt.

1333 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich daher gegen eine Politik, die die
1334 unterschiedlichen Agrarräume vornehmlich den Marktmechanismen überlässt. Die
1335 Agrarpolitik kommt nicht ohne Schutz- und Ausgleichsmechanismen aus. Sie dürfen
1336 aber nicht an der Sicherung von Besitzständen und den Interessen starker
1337 Lobbygruppen ausgerichtet werden, sondern müssen gesellschaftlichen Zielen
1338 unterworfen und in ihrem finanziellen Umfang sowie ihrer inhaltlichen Ausgestaltung

1339 am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet werden. Die Marktmacht der
1340 landwirtschaftlichen Unternehmen muss gestärkt werden, damit sie nicht länger
1341 wehrlos dem ruinösen Preisdiktat des Lebensmittelhandels und der
1342 Ernährungsindustrie ausgeliefert sind. So wird sich die Angebotssteuerung nach dem
1343 Auslaufen der Milchquotenregelung 2015 größtenteils über Lieferverträge zwischen
1344 Erzeugern und Lebensmittelindustrie vollziehen.

1345 Bündnis 90/Die Grünen wollen den ökologischen Landbau und Produkte aus
1346 artgerechter Nutztierhaltung so stärken, dass sie in Sachsen-Anhalt den Weg aus
1347 dem Nischendasein einer gutsituierten Bevölkerungsschicht in die Breite der
1348 Gesellschaft finden. Ein sehr wirksames Instrument wäre, sukzessiv Mindestquoten
1349 für diese Produktionsformen in Lieferverträgen auszuhandeln und dafür im Gegenzug
1350 durch gut ausgestattete Agrarumweltmaßnahmen die Erzeugerpreise moderat zu
1351 halten.

1352 Dort, wo freiwillige Agrarumweltmaßnahmen für den Schutz von Natura 2000 und
1353 anderen Schutzgebieten, für die Biodiversität, den Schutz der Gewässer und Arten
1354 nicht ausreichen, muss stärker mit Auflagen, die über Ausgleichszahlungen
1355 kompensiert werden, nachgesteuert werden. Dafür müssen die Managementpläne für
1356 die Natura 2000 Gebiete endlich fertiggestellt und im Hinblick auf ein ausreichendes
1357 Schutzniveau der Naturgüter überprüft werden.

1358 Naturprodukte und die energetische Nutzung von Pflanzen, bieten bereits heute
1359 neben der Nahrungsmittelproduktion neue Absatzmärkte für eine große
1360 Produktpalette. Hierin liegt eine wesentliche Grundlage für die Landwirtschaft von
1361 morgen. Die Chancen dieser neuen Märkte können aber nur genutzt werden, wenn
1362 sie stringent und gleichzeitig umsichtig entwickelt werden. Sackgassen vermeiden wir
1363 nur, wenn die Agrarproduktion auf den ökologischen und gesellschaftlichen Nutzen
1364 und erst in zweiter Linie auf die Rendite hin optimiert wird. Die Züchtungs- und
1365 Agrarforschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt sollten daher anstatt den
1366 Experimenten einer fragwürdigen und gesellschaftlich nicht akzeptieren
1367 Agrogentechnik zu dienen, Produkte und Produktionsmuster entwickeln, die helfen
1368 eine innovative, ökologisch nachhaltige und vielgestaltige Landwirtschaft zu
1369 entwickeln. Denn die Chancen und die Zukunft unserer Landwirtschaft liegen in der
1370 Qualitätsproduktion und der Produktvielfalt.

1371

1372 **Chancen regionaler Wirtschaft nutzen**

1373 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entwickeln die Stärken und Besonderheiten der sachsen-*
1374 *anhaltischen Regionen, besonders im ländlichen Raum.*

1375 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf eine integrierte ländliche Entwicklung.
1376 Sachsen-Anhalt besitzt eine in Deutschland nahezu einmalige Vielfalt an
1377 Naturräumen. Die hohe Anzahl an Großschutzgebieten (Naturparks,
1378 Biosphärenreservate und Nationalpark Harz) zeigt, dass einige Regionen Sachsen-
1379 Anhalts die Potenziale und Chancen erkannt haben. Daher wollen wir die Mittel der
1380 EU-Agrarförderung stärker zur Förderung weicher Standortfaktoren (z.B.

1381 Bildungsangebot) einsetzen.. Gleichzeitig wollen wir über dieses Instrumentarium
1382 regionale Wirtschaftskreisläufe stärker unterstützen, so z. B. das Handwerk oder
1383 Nah-und Grundversorgungseinrichtungen.

1384 **Ländliche Räume auf Zukunft einstellen**

1385 Das Leben „auf dem Lande“ bietet viele Vorteile. Nicht nur viel Natur, Ruhe und eine
1386 gesunde Umwelt gehören dazu. Auch Freiheit und Unabhängigkeit sind
1387 Markenzeichen des ländlichen Raums. Selber angebaute Lebensmittel essen, mit
1388 Biomasse heizen, das eigene Regenwasser nutzen, Strom aus der eigenen
1389 Photovoltaikanlage beziehen, mit Pflanzenkläranlagen arbeiten – vieles davon ist in
1390 der Stadt schwerer. Dafür nehmen Menschen in Kauf, nicht die Zentralität der Stadt
1391 zu haben. Dies zu erkennen und nicht weiter zu versuchen, ländliche Räume zur
1392 „Stadt auf dem Lande“ zu machen, macht eine gute Politik für den ländlichen Raum
1393 aus.

1394 Dass der ländliche Raum in Sachsen-Anhalt überaltert und sich entleert, ist
1395 mittlerweile allgemein bekannt. Die Politik für den ländlichen Raum gleicht
1396 stattdessen immer noch weitgehend dem Muster, das seit 1990 aus den alten
1397 Bundesländern übernommen wurde. Wir Grüne halten diese Politik des Weiter-so
1398 gegenüber den Menschen, die im ländlichen Raum leben, für nicht fair, da ihnen
1399 damit die Chance genommen wird, für ihre konkreten Lebensumstände rechtzeitig
1400 und ausreichend Vorsorge zu treffen. Daher ist es jetzt an der Zeit, entschieden
1401 umzusteuern.

1402 Es muss endlich begonnen werden, moderne intelligente Versorgungsstrukturen im
1403 Bereich Gesundheit, Pflege, Verkehr und Einzelhandel aufzubauen. Die
1404 Versorgungsstrukturen werden sich mittelfristig in den dünn besiedelten Gebieten
1405 nur durch gezielte Anreiz- und Steuerungsmaßnahmen und unter konsequenter
1406 Nutzung aller verfügbaren neuen Medien und Informationstechnik (zum Beispiel
1407 Telematik) aufrechterhalten lassen. Dies erfordert aber weit mehr Know-how als
1408 konventionelle Versorgungsstrukturen. Ein Schwerpunkt muss deshalb auf die
1409 Kooperation unterschiedlicher Berufsgruppen gelegt werden.
1410 Infrastrukturentwicklung unter solchen Vorzeichen kann auch in den Ministerien des
1411 Landes nur ressortübergreifend durchgeführt werden. Daher müssen über
1412 Pilotprojekte im Bereich Tele-Medizin und -Pflege, Transport und Einzelhandel neue
1413 Formen der Zusammenarbeit mit allen Betroffenen entwickelt und eingeübt werden.
1414 Die Mittel aus dem Europäischen Fonds für ländliche Entwicklung wollen wir auf diese
1415 neuen Herausforderungen ausrichten, damit hierfür ein Mindestmaß an finanziellen
1416 Ressourcen zur Verfügung steht. Liebgewordene Dorfverschönerungsaktionen
1417 müssen vor den essentiellen Herausforderungen im Hinblick auf die Lebensfähigkeit
1418 des Ländlichen Raums zurückstehen.

1419 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen flexible Lösungen zum Erhalt der Grundversorgung
1420 für dünn besiedelte Regionen. Bauliche und technische Infrastruktur muss kreativ

1421 angepasst und gegebenenfalls rückgebaut werden. Jedes Dorf muss erreichbar sein,
1422 aber nicht mit mehrspurigen und für den Schwerlastverkehr geeigneten Straßen aus
1423 mehreren Richtungen. Dezentrale Abwasserentsorgung in ländlichen Gebieten muss
1424 Vorrang vor Zwangsanschlüssen an zentrale Abwasserentsorgungen haben.

1425 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen Initiativen für gemeinnützige Dorfläden. Der
1426 Dorfladen muss von der Milch und der Briefmarke bis hin zur Fotokopie und dem
1427 schnellen Internetzugang vieles anbieten. Lokale Initiativen für derartige Dorfläden
1428 müssen durch günstige Kredite unterstützt werden.

1429 In der jetzigen EU-Förderperiode wurden erste Ansätze unternommen, den Fonds für
1430 ländliche Entwicklung (ELER) für die Sanierung von Schulen und Kindergärten auf
1431 dem Land zu öffnen. Diese zaghaften Versuche müssen konsequenter umgesetzt
1432 werden. Zudem muss die Förderung aus den Strukturfonds und den EU-ELER-Mitteln
1433 besser koordiniert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch in dünn
1434 besiedelten Gebieten Schulen als kulturelle Zentren etablieren und die medizinische
1435 Versorgung möglichst wohnortnah erhalten. Dazu müssen einzügige Schulen mit
1436 jahrgangsübergreifendem Unterricht zugelassen werden. Gesundheitshäuser in den
1437 Grundzentren, mobile Arztpraxen oder Gemeindeschwestern sind Möglichkeiten,
1438 medizinische Grundversorgung sicherzustellen.

1439 **Natur plus Kultur auf der Besuchstour verbinden**

1440 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen im Tourismus mit den Schwerpunkten
1441 Naturerfahrung, sportliche Betätigung, Kulturerlebnis und Reise in die Geschichte
1442 einen bedeutenden Wirtschaftszweig. Schon heute hängen bereits über 40.000
1443 Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt direkt vom Tourismus und anderen
1444 Freizeitaktivitäten ab.

1445 Die Landesregierung ist für unser einzigartiges kulturelles Erbe mit unter anderem
1446 vier UNESCO-Welterbestätten, einem Netz von 1.000 historischen Gärten und Parks
1447 sowie der Straße der Romanik mit 72 bedeutenden Bauwerken in 60 Orten
1448 verantwortlich. Dazu kommt ein großer Reichtum an Baudenkmalern. Sie bestimmen
1449 den ästhetischen Reiz unserer Kulturlandschaft und die Attraktivität für den
1450 Tourismus – allein die Straße der Romanik zieht jährlich eine Million Menschen an.

1451 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr Anreize schaffen, denkmalgeschützte
1452 Gebäude wirtschaftlich zu nutzen. Durch die Stabilisierung historischer Viertel wird
1453 gleichzeitig einem weiteren Flächenverbrauch Einhalt geboten. Wir wollen
1454 gewährleisten, dass das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie seinen
1455 Aufgaben nachkommen kann.

1456 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen durch sanften und nachhaltigen Tourismus die
1457 Regionen stärken und die Umwelt erhalten. Dabei sehen wir als besondere
1458 Vermarktungsschwerpunkte im Tourismus den Radtourismus und die
1459 Weltkulturerbestätten. Wir setzen uns für die friedliche Nutzung der Colbitz-

1460 Letzlinger Heide ein. Sie soll nicht länger Übungsgelände der Bundeswehr sein,
1461 sondern für naturverträglichen Tourismus erschlossen werden. Touristische
1462 Infrastruktur, insbesondere überregionale Radwege, müssen in Verantwortung des
1463 Landes aufgebaut und gepflegt werden.

1464
1465

1466

1467 **Wer GRÜN wählt, ...**

1468 ... möchte Sachsen-Anhalt als international beachteten Standort grüner
1469 Technologien etablieren;

1470 ... unterstützt neue Arbeitsplätze u.a. in den Bereichen Erneuerbare Energien,
1471 Handwerk, Gesundheit, Pflege, Tourismus und Bildung;

1472 ... setzt auf regionale Wirtschaftskreisläufe z.B. aus naturverträglicher
1473 Landwirtschaft.

1474

1475

1476

1477

1478

1479

1480

1481

1482

1483

1484

1485

1486

1487

1488

1489

1490

1491

1492
1493
1494
1495
1496
1497

1498 **4. FÜR EIN SOLIDES SACHSEN-ANHALT**

1499 *Erdrückende Schulden oder keine Infrastruktur für nachfolgende Generation – das*
1500 *sind die Schreckgespenster einer falschen Haushaltspolitik. BÜNDNIS 90/DIE*
1501 *GRÜNEN setzen die Priorität dagegen auf die Finanzierung von Zukunftsausgaben,*
1502 *die die demographische Entwicklung und die Folgekosten jeder Ausgabe*
1503 *berücksichtigen.*

1504 *Schulden und Ausgaben verteilen sich künftig in Sachsen-Anhalt auf immer weniger*
1505 *Menschen. Neben diesem demographischen Wandel wird Sachsen-Anhalt der*
1506 *Rückgang der Zuschüsse aus dem Solidarpakt und dem EU-Strukturfonds zu schaffen*
1507 *machen. Hauptziel der Finanz- und Haushaltspolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*
1508 *ist es, die notwendigen Ausgaben im Bildungs- und Sozialbereich finanzieren zu*
1509 *können. Gleichzeitig wollen wir mit der Schuldentilgung beginnen.*

1510 ***Investitionen in die Zukunft statt Konsum***

1511
1512 Die Finanzen des Landes sind auch der Wahrung des gesamtwirtschaftlichen
1513 Gleichgewichts verpflichtet und können daher nicht wie ein Privathaushalt geführt
1514 werden, dennoch gilt auch hier: wer dauerhaft mehr ausgibt als er sich leisten kann,
1515 lebt auf Kosten künftiger Generationen oder verliert seine finanzielle
1516 Handlungsfähigkeit.

1517 Die Haushaltsgesetzgebung sieht daher vor, dass die Verschuldung an die
1518 Investitionsausgaben gebunden wird. Dies geschieht unter der Prämisse, dass
1519 Investitionsausgaben in der Zukunft Einnahmen bzw. Wachstum generieren werden.
1520 Das Problem ist auch in Sachsen-Anhalt, dass viele Investitionen keine Einnahmen,
1521 sondern sogar zusätzliche Kosten nach sich ziehen. Auf der anderen Seite gibt es
1522 insbesondere im Sozial- und Bildungsbereich viele sogenannte konsumtive Ausgaben,
1523 die investiven Charakter haben, da sie voraussichtlich zu mehr Einnahmen führen
1524 bzw. zukünftige Kosten einsparen. Es ist daher notwendig, den Investitionsbegriff
1525 klarer zu definieren.

1526 Bei einem gegebenen Budget sollten zunächst die Ausgaben Vorrang haben, die
1527 Rechtsverpflichtungen abdecken, prioritär sind dann solche Ausgaben anzusehen, die
1528 kurz- oder mittelfristig zu Einnahmen oder Kostenreduzierung führen, die also ihrer

1529 Qualität nach investiven Charakter haben; dann Ausgaben, die diesem Anspruch
1530 langfristig Rechnung tragen. Erst dann sollten alle anderen Ausgaben erwogen
1531 werden.

1532 **Einnahmen erhöhen, unnötige Ausgaben sparen**

1533 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine gerechte Besteuerung und ausfinanzierte*
1534 *Haushalte ein.*

1535 Die Finanz- und Wirtschaftskrise mit milliardenschweren Steuerausfällen bei Bund,
1536 Ländern und Kommunen ist noch nicht überwunden. Gerade in der Krise zeigt sich,
1537 dass eine ungerechte Steuerpolitik auf Bundesebene verbunden mit falscher
1538 Prioritätensetzung den Mangel an staatlichen Mitteln für Soziales, Bildung und Kultur
1539 bei Ländern und Kommunen noch verstärkt. Die meisten Steuern werden durch
1540 Bundesgesetz geregelt. Von den grünen Vorstellungen auf Bundesebene würde
1541 Sachsen-Anhalt durch Mehreinnahmen aus Einkommens- und Erbschaftssteuer sowie
1542 durch Einsparungen bei Subventionen profitieren.

1543 Umweltschädliche Subventionen wollen wir streichen, z.B. für Kohle.

1544 Forderungen für eine verbesserte Einnahmesituation muss die Landesregierung über
1545 den Bundesrat permanent thematisieren.

1546 Darüber hinaus muss das Land Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung konsequent
1547 nutzen:

- 1548 - Finanzverwaltung stärken
- 1549 - Steuerfahnder verstärkt einsetzen
- 1550 - Betriebsprüfungen häufiger vornehmen lassen

1551 Zudem kann das Land seine Einnahmesituation auch im Rahmen seiner Pflicht zur
1552 Sicherung einer nachhaltigen Landesentwicklung verbessern. Sachsen-Anhalt soll
1553 künftig, wie die meisten anderen Bundesländer, einen so genannten „Wassercent“
1554 erheben, der Landwirtschaft und Industrie anhält, das Grundwasser zu schonen. Das
1555 Land soll außerdem nicht länger leichtfertig auf Förderabgaben aus dem Bergbau,
1556 z.B. dem Braunkohletagebau verzichten. Insgesamt halten wir rund 50 Millionen Euro
1557 Mehreinnahmen aus Umweltabgaben für möglich.

1558 **Schulden begrenzen und abbauen**

1559 Mehr als ein Zehntel des Landeshaushaltes finanziert zur Zeit der Solidarpakt II, der
1560 dem Aufbau der neuen Bundesländer dient. Er läuft schrittweise aus. Im Jahr 2019
1561 fehlen im Vergleich zu 2010 dann über eine Milliarde Euro im Landeshaushalt. Zwar
1562 bleibt der Länderfinanzausgleich, die Umverteilung von Steuereinnahmen zwischen
1563 den Ländern, weiter bestehen. Dennoch muss das Land in den nächsten Jahren einen
1564 ausgeglichenen Haushalt anstreben und mit der Schuldentilgung beginnen. Nur wenn
1565 die Zinslast schwindet, entsteht wieder mehr finanzpolitischer Handlungsspielraum.

1566 So geht aktuell ein Zehntel des Haushaltes (von insgesamt 9,9 Milliarden Euro
1567 jährlich) dafür ab, die Zinsen des angehäuften 20-Milliarden-Euro-Schuldenbergs
1568 abzuführen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass der Bund
1569 mittelfristig die Zuständigkeit für die Steuerverwaltung übernimmt, damit das
1570 uneffektive Neben- und Gegeneinander von 16 Steuerverwaltungen ein Ende hat.

1571 Wir wollen, dass das Land aus der Schuldenfalle kommt. Wir wollen eine stärkere
1572 Transparenz in allen Finanzfragen.

1573 Wir fordern eine Schuldenbremse. Neue Schulden sollen nur noch begrenzt in
1574 erheblichen Krisensituationen erlaubt sein. Nach Ende der Krisensituation ist die
1575 Schuldentilgung verbindlich geregelt. In Anlehnung an die Schweizer
1576 Schuldenbremse, ein konjunkturabhängiges Begrenzungsverfahren, hat die
1577 Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein solches Konzept entwickelt.
1578 Die Änderung des Grundgesetzes, die 2009 vom Bundestag zur Schuldenbegrenzung
1579 verabschiedet wurde, ist für eine sinnvolle Konjunkturpolitik zu unflexibel.

1580 **Sparpotenziale nutzen, in zukunftsfähige Bereiche investieren**

1581 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Sparpotenziale nutzen, ohne die*
1582 *Zukunftsfähigkeit des Landes aufs Spiel zu setzen.*

1583 Grundsätzlich sind alle staatlichen Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. BÜNDNIS
1584 90/DIE GRÜNEN gehen davon aus, dass in vielen Bereichen des gesellschaftlichen
1585 Lebens, in denen Steuergelder verwendet werden, ein höheres Kosten- und
1586 Verantwortungsbewusstsein möglich ist. Deshalb sind Fragen der Effektivität und
1587 Effizienz aller staatlichen Institutionen, Programme und Maßnahmen in allen
1588 Politikfeldern wirksamer zu analysieren. Dazu sind wissenschaftliche Prüfverfahren
1589 und Prüfkriterien zu entwickeln und konsequent umzusetzen. Ziel muss sein, all das
1590 weiter zu entwickeln, was die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit des Landes
1591 fördert sowie solche Kosten konsequent zu vermeiden, die demographisch unsinnig
1592 und umweltschädlich sind.

1593 Leistungsfähige Unternehmen und wirtschaftliches Wachstum, insbesondere der
1594 Schlüsseltechnologien für nachhaltiges Wirtschaften, sind ein unverzichtbares
1595 Fundament für die Zukunft unseres Landes. Die Förderung der Wirtschaft muss auch
1596 nach dem Jahr 2013 mit dem Einsetzen der degressiv auslaufenden
1597 Investitionszulage des Bundes durch das Land weitergeführt werden. Wir
1598 unterstützen insbesondere die Innovationstätigkeit in zukunftsorientierten Bereichen
1599 wie chemisch-biotechnologische Prozesstechnik und Photovoltaik.

1600 Zu einer guten Wirtschaftspolitik gehört aber auch immer eine gute Förderung von
1601 Schule und Ausbildung. Für die zukünftige Fachkräftesicherung wollen wir

1602 - die frühkindliche Förderung verbessern

1603 - die Qualität der Schulausbildung für alle Kinder erhöhen

1604 - die Berufsorientierung ausbauen,

1605 - die Kooperation der an Berufsausbildung Beteiligten verbessern

1606 - eine leistungsfähige Hochschullandschaft finanzieren

1607

1608 Wir schließen deshalb eine Kürzung der Landesmittel für die Kinderbetreuung und die
1609 frühkindliche Bildung sowie für Hochschule und Forschung aus. Hochschulen und
1610 andere budgetierte Einrichtungen des Landes müssen die Kosten für
1611 Tarifsteigerungen in vollem Umfang auf ihr Budget übertragen bekommen. In den
1612 Schulen bleiben die Schülerzahlen in den nächsten Jahren relativ konstant, deshalb
1613 ist mehr Personal nur dort zu rechtfertigen, wo sie für notwendige
1614 Qualitätsverbesserungen erforderlich sind. Eine ausfinanzierte Bildungsinfrastruktur
1615 ist auch erforderlich, um junge Familien im Land zu halten oder gar für den Umzug in
1616 das Land zu gewinnen.

1617 Das Land gibt zurzeit weniger als 1 Prozent des Haushalts für zivilgesellschaftliche
1618 Träger aus. Ihre haupt- und ehrenamtliche Tätigkeit, z.B. in der Jugend-, Familien-
1619 und Frauenförderung halten wir aber für den Erhalt und die Weiterentwicklung der
1620 Zivilgesellschaft für unverzichtbar. Für die Entwicklung des ehrenamtlichen
1621 Engagements sind geeignete Förderinstrumente zu entwickeln.

1622 Die Kreise, Städte und Dörfer prägen die Lebensbedingungen sowie die sozialen und
1623 kulturellen Angebote für ihre Bürgerinnen und Bürger. Die Kommunen müssen mehr
1624 Planungssicherheit bekommen und beim Schuldenabbau unterstützt werden. Sie
1625 müssen aber auch selbst konsequenter Sparpotenziale nutzen, etwa durch
1626 Personalentwicklungskonzepte und besseres Bewusstsein für Folgekosten. Auch bei
1627 den Einnahmen haben Kommunen Potenziale: Subventionen bei den Gebühren für
1628 kommunale Leistungen, von Verwaltungsgebühren bis zu Parkplätzen, sollten
1629 Menschen ohne ausreichendes Einkommen vorbehalten bleiben. Wenn Kommunen
1630 ihre Einnahmepotentiale nicht nutzen, sollen sie zum Ausgleich nicht Gelder aus dem
1631 Finanzausgleich reklamieren dürfen.

1632 Im Verkehrswegebau sind unsinnige Vorhaben wie die Nordverlängerung der A14,
1633 der Saale-Kanal und der Straßentunnel in Magdeburg einzustellen. Bei allen
1634 Straßenbauprojekten ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis kritisch daraufhin zu prüfen,
1635 ob nicht mit geringeren Mitteln, etwa durch angepasste Ausbaustandards, die
1636 notwendige Infrastruktur bereitgestellt werden kann. Für uns gilt insbesondere:
1637 Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur geht vor Ausbau. Eine solche
1638 Herangehensweise ist auch ein Gebot der demographischen Entwicklung. Die
1639 Straßen, die wir heute (zuviel) bauen, müssen unsere (weniger werdenden) Kinder
1640 und Enkel mit ihren Steuern erhalten und reparieren. Und wenn diese Straßen dazu
1641 noch „auf Pump“ gebaut sind, übergeben wir die Kosten für Zins und Tilgung auch
1642 noch an die nächste Generation.

1643 **Den öffentlichen Dienst jünger und besser machen**

1644 Im öffentlichen Dienst des Landes sind zurzeit fast 50.000 Menschen beschäftigt. Die
1645 Vergütung macht etwa ein Viertel des Landeshaushalts aus, Tendenz steigend. Bei
1646 geringerer Bevölkerungszahl wird aber auch weniger Landespersonal gebraucht. Das
1647 Personalentwicklungskonzept der Landesregierung baut ausschließlich darauf, dass in
1648 den nächsten Jahren viele Stellen altersbedingt frei werden. Es zeichnet sich schon
1649 jetzt ab, dass künftig qualifiziertes Personal fehlen wird. Daher wollen wir die
1650 vorhandenen Einsparpotentiale nutzen, um attraktive Arbeitsplätze für junge
1651 Menschen im öffentlichen Dienst anzubieten.

1652 Das Land braucht ein Personalentwicklungskonzept, das diesen Namen auch
1653 tatsächlich verdient. Neben der demographischen Entwicklung müssen vor allem
1654 strategische Zielsetzungen für die Entwicklung des Landes bis 2025 politisch
1655 verbindlich ausgehandelt werden. Dazu bedarf es einer konsequenten Aufgabenkritik
1656 in der Landesverwaltung. Noch zu oft werden auf Landesebene Aufgaben erledigt, die
1657 auf unterer Ebene besser zu erledigen wären, die ganz aus dem öffentlichen Dienst
1658 ausgelagert werden könnten oder die schlicht unnötig sind.

1659 Wir sind für eine Qualifizierungsoffensive im öffentlichen Dienst. Für eine
1660 funktionierende Verwaltung und für die anderen öffentlichen Arbeitsfelder sind viel
1661 stärker als früher ständige Fortbildungen und auch ergänzende Ausbildungen
1662 erforderlich. Diese dürfen nicht Haushaltszwängen zum Opfer fallen, da nur gut
1663 qualifiziertes Personal motiviert und effizient arbeitet.

1664 **Moderne Finanzierungsinstrumente anwenden**

1665 Mit Energiesparmaßnahmen lassen sich in vielen öffentlichen Gebäuden durch
1666 Investitionen laufende Kosten einsparen, bei gleichzeitiger Senkung des
1667 Klimagasausstoßes. Derartige Investitionen müssen auch durch private Initiativen
1668 möglich sein, z.B. im Rahmen von Energiespar-„Contracting“. Eventuelle Hürden, die
1669 das Landeshaushaltsrecht den Kommunen hier setzt, wollen wir beseitigen.

1670 „Public-Private-Partnerships“, also die private Finanzierung öffentlicher Gebäude, wie
1671 sie z.B. in Halle (Saale) und Magdeburg für Schulsanierungen eingesetzt wurden,
1672 sehen wir kritisch, weil dabei Zinsen und Tilgung für öffentliche Kredite nur durch
1673 langfristige Mietverträge ersetzt werden. Hier muss genau nachgerechnet werden, ob
1674 diese Finanzierungsvariante tatsächlich langfristig besser ist.

1675 Durch flächendeckendes „Contracting“ der öffentlichen Liegenschaften, d.h. zentrale
1676 Bewirtschaftung und Beschaffung, Nachnutzung nach Strukturveränderungen,
1677 Vermietungen an Dritte usw. lassen sich die Sachkosten für den Betrieb von
1678 Verwaltungsobjekten optimieren. Auch hier gibt es noch ein großes Einsparpotential
1679 in Sachsen-Anhalt.

1680 **Gleiche Maßstäbe für die Abgeordnetenvergütung**

1681 Die öffentlichen Finanzen zu sanieren ist eine schwere Aufgabe, die vielen Menschen
1682 einiges abverlangt. Wir teilen daher die Empörung, wenn Politikerinnen und Politiker
1683 an sich selbst andere Maßstäbe anlegen als an andere. Gute Politik zu machen,
1684 braucht Menschen mit ihrer ganzen Kraft. Daher sind wir für eine auskömmliche
1685 Vergütung von Politikerinnen und Politikern. Sie muss aber mit gleichem Maß
1686 erfolgen.

1687 Daher wollen wir, dass die Diäten genauso behandelt werden wie die Einkommen von
1688 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir stehen für die Bürgerversicherung im
1689 Krankenwesen, in der auch Politikerdiäten beitragspflichtig sind. Auch bei der
1690 Pensionsregelung ist es gerecht, wenn Politikerinnen und Politiker in die gesetzliche
1691 Rentenversicherung einzahlen – und später entsprechende Leistungen bekommen.

1692 **Sachsen-Anhalt attraktiv gestalten – trotz Bevölkerungsrückgang**

1693 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Sachsen-Anhalt trotz Bevölkerungsschwund*
1694 *attraktiv gestalten.*

1695 Der Bevölkerungsrückgang und das wachsende Durchschnittsalter der Gesellschaft in
1696 Sachsen-Anhalt sind nicht mehr aufzuhalten. Mit dem demographischen Wandel
1697 müssen Probleme gelöst werden: der Umbau der Infrastruktur, der Rückbau der
1698 Städte und Gemeinden, neue Formen des öffentlichen Verkehrs, die Sicherung der
1699 Gesundheitsfürsorge und vieles mehr.

1700 Gerade für strukturschwache Gebiete sind kreative Lösungen und neue
1701 Förderinstrumente zu entwickeln. Gemäß den Erfahrungen aus dünn besiedelten
1702 Räumen in den skandinavischen Ländern sind Mittel weniger in die
1703 Erweiterung/Änderung der Infrastruktur als vielmehr in die unkonventionelle
1704 pragmatische Selbsthilfe und an kreative Köpfe vor Ort zu geben.

1705 Für Zuzüge aus anderen Bundesländern und auch aus dem Ausland müssen wir
1706 Sachsen-Anhalt attraktiver machen. Damit kann wenigstens eine Abschwächung des
1707 Bevölkerungsverlustes erreicht werden.

1708 **Landeshaushalt geschlechtergerecht gestalten**

1709 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf „Gender-Budgeting“ und damit auf*
1710 *Geschlechtergerechtigkeit in allen Haushaltsfragen.*

1711 Wir werden den Landeshaushalt auf seine Auswirkungen auf die Geschlechter in allen
1712 Bereichen überprüfen und das Geld künftig konsequent an Anforderungen der
1713 Geschlechtergerechtigkeit ausrichten. Diese Vorgehensweise ist auch unter dem
1714 Begriff „Gender-Budgeting“ bekannt. Das kommt nicht nur Frauen, sondern auch
1715 Männern zugute und führt zu mehr Transparenz, Qualität und Nachhaltigkeit bei der
1716 Verteilung der Steuergelder.

1717 **Bürgerinnen und Bürger stärker beteiligen**

1718 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Bürgerbeteiligung bei der Prioritätensetzung in*
1719 *den Kommunen stärken.*

1720 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen sich für die Einführung kommunaler
1721 Bürgerhaushalte einsetzen. Das Wesen des Bürgerhaushaltes besteht darin, dass
1722 Bürgerinnen und Bürger gemeinsam Vorstellungen zur Haushaltspolitik erarbeiten
1723 und gegenüber Politikerinnen und Politikern sowie der Verwaltung zum Ausdruck
1724 bringen können. Das Internet bietet neue Möglichkeiten partizipativer Demokratie,
1725 die wir entwickeln und ausprobieren wollen.

1726 **Wer GRÜN wählt, ...**

1727 ... möchte eine gerechte Steuerpolitik und die Streichung
1728 umweltschädlicher Subventionen;

1729 ... ist für begrenzte Schuldenaufnahme und konsequente Schuldentilgung;

1730 ... setzt sich für mehr Energiesparinvestitionen in öffentlichen Gebäuden
1731 und für gut durchdachte Verkehrsinvestitionen ein;

1732 ... stärkt Bürgerbeteiligung und Geschlechtergerechtigkeit in der
1733 Finanzpolitik.

1734

1735

1736

1737

1738

1739

1740

1741

1742

1743

1744

1745

1746

1747

1748

1749

1750

1751
1752 **5. FÜR EIN MOBILES SACHSEN-ANHALT**
1753 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Mobilitätsangebote im Lande so weiter*
1754 *entwickeln, dass alle Menschen bequem, umweltfreundlich und sicher ans Ziel*
1755 *kommen.*

1756 *Mobilität bedeutet Lebensqualität und ist mit unserem Alltags- und Arbeitsleben*
1757 *untrennbar verbunden. Das Bedürfnis nach Bewegungsfreiheit ist groß, egal ob man*
1758 *mit dem Rad oder mit dem Auto, dem Zug oder dem Rollstuhl, zu Fuß oder mit*
1759 *Straßenbahn oder Bus unterwegs ist.*

1760 *Verkehrspolitik muss die Mobilität der Menschen sichern. Verkehrspolitik muss jedoch*
1761 *auch Rahmenbedingungen setzen, damit Lärm, Staus, Schäden an Gebäuden sowie*
1762 *Unfälle die Lebensqualität der Menschen nicht herabsetzen.*

1763 *In Sachsen-Anhalt kommt es besonders darauf an, für weniger sowie sich in der*
1764 *Altersstruktur verändernde Bevölkerung Mobilität zu gestalten. Um künftigen*
1765 *Generationen keine unbezahlbare Hypothek zu hinterlassen, müssen Straßen und*
1766 *Versorgungskonzepte künftig bezahlbar bleiben.*

1767
1768 *Schon der Vergleich der Städte Sachsen-Anhalts zeigt, dass im Verkehr viele*
1769 *Veränderungen möglich sind. So hat Halle (Saale) mit 38 Prozent einen wesentlich*
1770 *geringeren Auto-Anteil als Magdeburg und Dessau mit 50 Prozent. In Dessau sind*
1771 *dennoch 22 Prozent Radverkehr möglich, in Magdeburg 20 Prozent Bus- und*
1772 *Bahnverkehr. Aber es geht noch mehr: In Berlin ist der Auto-Anteil an den Wegen*
1773 *inzwischen auf weniger als ein Drittel gesunken, der Bus- und Bahnanteil auf 26*
1774 *Prozent gestiegen.*

1775 **Mobil auf den Straßen**

1776 *Seit 1990 sind viele Fernstraßen neu gebaut worden. Sachsen-Anhalt leistet sich pro*
1777 *Kopf mehr Fernstraßenkilometer als jedes der alten Bundesländer. Dennoch wollen*
1778 *Landes- und Bundesregierung zahlreiche weitere Straßen und Autobahnen bauen.*
1779 *Gleichzeitig verfallen viele Straßen, Rad- und Fußwege, weil Land und Kommunen*
1780 *das Geld für Instandhaltung fehlt. Straßen zu unterhalten, ist sehr teuer. Beispiel:*
1781 *Die Instandhaltungskosten für die fast 4000 km Landesstraßen lägen bei über 100*
1782 *Mio Euro, wenn das Land seiner Pflicht nachkommen würde.*

1783
1784 *Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist der Straßenverkehr – insbesondere im ländlichen*
1785 *Raum – ein unverzichtbarer Bestandteil des Verkehrssystems. Daher wollen wir das*
1786 *vorhandene Geld auf den Unterhalt der Straßen konzentrieren und das vorhandene*
1787 *Netz dort weiterentwickeln, wo dies z.B. wegen des Lärmschutzes notwendig ist.*

1788 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Nordverlängerung der A14 ab. Die Prognosen*
1789 *gehen beim Autobahnbau von einer Verdreifachung des Verkehrs aus. Der damit*
1790 *verbundene Anstieg der CO₂-Emissionen widerspricht den Klimaschutzzielen des*

1791 Landes. Jeder Kilometer der 155 km langen Trasse soll 8,4 Millionen Euro kosten.
1792 Gesamtkosten: 1,3 Milliarden Euro. Wir setzen uns für den alternativen Ausbau der
1793 Bundesstraßen B71 und B189 ein, weil damit die verkehrsgeplagten Ortschaften
1794 schneller und kostengünstig entlastet werden können und wertvolle Naturräume mit
1795 17 FFH-Gebieten und 8 europäischen Vogelschutzgebieten nicht beeinträchtigt
1796 werden.

1797 Wir lehnen den Neubau der Autobahn A143 westlich von Halle (Saale) ab.
1798 Verkehrszählungen und -prognosen zeigen, dass kein Bedarf mehr besteht. Die
1799 geplante Nordumgehung in Dessau lehnen wir aus den gleichen Gründen ab. Eine
1800 Verlängerung der B6n in Richtung Osten über die A9 hinaus zerschneidet wertvolle
1801 Naturschutzgebiete. Dieses Vorhaben wollen wir bereits im Planungsstadium
1802 verhindern.

1803 Mit dem eingesparten Geld können dort Ortsumgehungen gebaut und gleichzeitig die
1804 Ortsdurchfahrten zurückgebaut werden, wo dies bisher zurückgestellt wurde. Dazu
1805 gehören neben den Orten an der B 189 in der Börde und Altmark auch die
1806 Ortsumgehung in Roßlau sowie die Nordumfahrung von Coswig. Außerdem wollen wir
1807 mehr kostenlose Pendlerparkplätze an Anschlussstellen der Autobahnen und
1808 Schnellstraßen (B 6n) einrichten. In jedem Einzelfall ist zu prüfen, ob die
1809 eingesparten Mittel nicht besser zur Senkung der Kreditaufnahmen verwendet
1810 werden können.

1811 Wir wollen den Rückbau von Straßen fördern, auf denen das Verkehrsaufkommen
1812 gering ist. Auf diese Weise können künftige Unterhaltskosten gespart werden.

1813 In Magdeburg und Halle (Saale) werden die EU-Grenzwerte zum Feinstaub und zur
1814 Stickstoffdioxidbelastung überschritten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworten
1815 wirksame Umweltzonen in den Städten als schnell wirksame Maßnahme. Die Kritik,
1816 Umweltzonen seien nicht wirksam, ist dann nicht berechtigt, wenn nur Autos mit
1817 grüner Plakette zugelassen sind.

1818 **Sicher mobil**

1819 2009 wurden über 2.000 Menschen bei Verkehrsunfällen schwer verletzt, 164
1820 Menschen starben. Die Zahl der getöteten Kinder ist gestiegen. Hauptunfallursache
1821 ist überhöhtes Tempo. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher eine generelle
1822 Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen von 120 Stundenkilometer.
1823 Geschwindigkeitsbegrenzungen sind auch auf vielen Bundes- und Landesstraßen
1824 innerhalb von Ortschaften aus Sicherheitsgründen wie auch aus Gründen des
1825 Lärmschutzes und der Luftbelastung notwendig. Deren Einführung durch die
1826 betroffenen Kommunen wollen wir erleichtern.

1827 Mobilitätserziehung trägt zu einem sichereren Straßenverkehr bei, wenn sie mehr als
1828 die klassische Verkehrserziehung ist. Kinder und Jugendliche sollen sich hier
1829 frühzeitig mit anderen Verkehrsmitteln als dem Auto vertraut machen.

1830 **Umweltfreundlich in Bus und Bahn mobil**

1831 Ohne Busse und Bahnen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) stünde der
1832 Verkehr in größeren Städten im Dauerstau. Auf dem Lande ist er vor allem für
1833 Menschen ohne Führerschein oder Fahrzeug wichtig – z.B. für Kinder, Jugendliche
1834 und Menschen mit geringem Einkommen. Öffentlicher Personennahverkehr
1835 verbraucht weniger Energie und weniger Fläche als Autoverkehr.

1836 In den meisten Landkreisen gibt es nur ein Grundangebot, das vor allem dem
1837 Schülerverkehr dient. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind häufig auf das Auto
1838 angewiesen. Aber es geht auch anders: Wernigerode und Sangerhausen zum Beispiel
1839 verfügen über vorbildliche Stadtbussysteme.

1840 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auf dem Land auch in Zukunft ein Grundangebot
1841 im ÖPNV sichern. Dafür sind nicht immer Bahn und Omnibus wirtschaftlich am besten
1842 geeignet. Anrufsysteme in Zusammenarbeit mit Taxi-Unternehmen sind oft
1843 preisgünstiger und flexibler.

1844 Der ÖPNV schafft aber auch für Touristen Unabhängigkeit von Parkplätzen und
1845 fördert die Begegnung mit Einheimischen. Er ist Aushängeschild einer
1846 Tourismusregion, schafft dort Arbeitsplätze und muss offensiv vermarktet werden.
1847 Dazu gehört auch eine Erhöhung der Attraktivität der Haltepunkte, z.B. die
1848 Ansiedlung von Gastronomie und Cafes in der Nähe von Bahnhöfen.

1849 Die Angebotsqualität in den Städten wird durch die schwierige Finanzlage der
1850 Kommunen und das schrittweise Absenken der Landes- und Bundesförderung
1851 gefährdet. Trotzdem fördern Städte oft gleichzeitig die Nutzung des PKW, etwa durch
1852 großzügige und kostenlose Parkmöglichkeiten.

1853 In Städten wollen wir über die Grundversorgung hinaus attraktive Angebote für
1854 Verbindungen mit hoher potenzieller Nachfrage. Dies sind neben innerstädtischen
1855 Angeboten vor allem die Bahnverbindungen zwischen mittleren und größeren
1856 Städten. Kurze Taktzeiten, komfortable Wagen und schnelle Reisezeiten machen sich
1857 hier bezahlt und können Menschen zum Umstieg vom PKW auf die Bahn bewegen.
1858 Die kostenlose Mitnahme von Fahrrädern in Bahn, Bus und Straßenbahn muss überall
1859 selbstverständlich sein.

1860 Der Bahnverkehr muss sinnvoll getaktet und mit anderen Verkehrsmitteln verzahnt
1861 und abgestimmt sein. Wir brauchen Car-Sharing- und Leih-Fahrrad-Angebote vor Ort
1862 an den Haltestellen. Die Bahn muss animiert werden, ihre eigenen Angebote in
1863 diesen Bereichen in Sachsen-Anhalt an mehr Haltestellen anzubieten.

1864 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) um
1865 die Kreise Mansfeld-Südharz und Anhalt-Bitterfeld sowie um die Stadt Dessau-Roßlau
1866 erweitern. Dann gilt: Ein Fahrschein für alle Wege nach Leipzig und Halle (Saale). Im
1867 Norden von Sachsen-Anhalt wollen wir den Landkreis Stendal in den
1868 Verkehrsverbund „Marego“ einbeziehen.

1869 Der Regionalverkehr auf der Schiene wird vom Land bestellt. BÜNDNIS 90/DIE
1870 GRÜNEN setzen auf mehr schnelle Verbindungen zwischen den Zentren, um die Bahn

1871 konkurrenzfähig zum Auto zu machen. Andere Anbieter von Zügen des Nahverkehrs
1872 in Sachsen-Anhalt müssen bruchlos in Informations-, Preis- und Ticketsysteme
1873 eingebunden sein. Wo keine Eisenbahnverbindungen angeboten werden können,
1874 müssen Regio-Busse diese Funktion erfüllen.

1875 Die Deutsche Bahn AG ist offenbar nicht zur Sanierung der Nebenstrecken bereit.
1876 Deshalb schlagen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, Nebenstrecken in
1877 Landesverantwortung zu übernehmen, vorausgesetzt, dass sich private Unternehmen
1878 zu Kooperationen finden.

1879 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für günstigere Monatskarten im
1880 Regionalverkehr bis hin zur Schaffung einer Nahverkehrskarte für Sachsen-Anhalt
1881 ein. Mit dieser Karte nach dem Vorbild der BahnCard 100 wäre es dann möglich, auf
1882 den Strecken in Sachsen-Anhalt ohne zusätzliches Ticket den Zug oder Bus zu
1883 nutzen. Diese Karte macht den Nahverkehr attraktiver.

1884 **Fernverkehr der Bahn verbessern**

1885 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, die Anbindung der zentralen
1886 Bahnhöfe Magdeburg und Halle (Saale) an den Fernverkehr zu erhalten und
1887 auszubauen. Die bestehenden IC und ICE-Halte wollen wir erhalten. Für Dessau-
1888 Roßlau ist die Sanierung der Bahnstrecke über Potsdam nach Berlin Voraussetzung,
1889 um mittelfristig wieder direkt an den Fernverkehr angeschlossen werden zu können.

1890 **Güter umweltfreundlich transportieren**

1891 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Güterverkehr auf die Schiene konzentrieren.
1892 Sind weniger LKW auf Autobahnen und Straßen unterwegs, bedeutet das weniger
1893 Lärm und Abgase. Die LKW-Maut sollte mittelfristig für alle Straßen gelten.
1894 Kurzfristig setzen wir uns bei der Bundesregierung dafür ein, die LKW-Maut auf
1895 Bundesstraßen, die als Umgehungsrouen benutzt werden, auszuweiten (z. B.
1896 Magdeburger Ring). Wir wollen im Landesentwicklungsplan verankern, dass neue
1897 Gewerbegebiete nur an Standorten mit Gleisanschluss zu fördern sind.

1898 **Elbe und Saale mobil – flussgerecht!**

1899 Die Bedeutung der Elbe als Wasserstraße nimmt kontinuierlich ab. Nur noch 0,2
1900 Prozent aller Gütertransporte im Elberaum laufen über die Schifffahrt.

1901 Als Niedrigwasserfluss ist die Elbe als Verkehrsweg für den modernen Frachtverkehr
1902 mit Europaschiffen nicht verlässlich genug. Europaschiffe sind auf eine Wassertiefe
1903 von 2,50 Meter angewiesen, um wirtschaftlich fahren zu können. Klimastudien sagen
1904 voraus, dass Dauer und Häufigkeit der Niedrigwasserperioden infolge des
1905 Klimawandels noch zunehmen werden. Deshalb ist es wirtschaftlicher Unsinn, wenn
1906 die CDU-/SPD-Landesregierung mit massiven Baumaßnahmen im Fluss eine
1907 Mindesttiefe des Flusses von 1,60 Meter herzustellen versucht. Diese
1908 Baumaßnahmen kosten 40 Millionen Euro im Jahr, bringen der Frachtschifffahrt gar
1909 nichts und zerstören die Naturlandschaft Elbe unwiederbringlich.

- 1910 Trotzdem planen Bundes- und Landesregierung mit dem Saale-Kanal (sog.
 1911 Schleusenkanal Tornitz) bereits die nächste Fehlinvestition in Höhe von 100 Millionen
 1912 Euro. Der Kanal soll die Erreichbarkeit des Hafens Halle verbessern. Wie die Schiffe
 1913 jedoch die Saale erreichen sollen, wenn sie zuvor durch die flache Elbe müssen,
 1914 bleibt offen.
- 1915 Wir werden uns weiter gegen den Ausbau der Elbe und den Bau des Saalekanals
 1916 stark machen. Wir werden uns dafür einsetzen, die Elbe als Wasserweg für
 1917 Personenschifffahrt und Sondertransporte so entwickeln, dass eine nachhaltige
 1918 Entwicklung durch mehr Elbetourismus möglich ist.
- 1919 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass das energieeffiziente**
 1920 **Schiffshebewerk Magdeburg-Rothensee wieder in Betrieb genommen wird.**
 1921 **Dieses einzigartige technische Denkmal ist sparsamer als die sog.**
 1922 **„Doppelsparschleuse“ und ist für die Freizeitschifffahrt und als touristische**
 1923 **Attraktion unverzichtbar. Auch die traditionellen Gierseilfähren an Elbe und Saale**
 1924 **sind umweltfreundliche Verkehrsmittel und touristische Attraktionen. Sie sollen**
 1925 **erhalten werden.**
- 1926 **Mobil zu Fuß und per Rad**
- 1927 Zufußgehen und Fahrradfahren sind die umweltfreundlichsten und gesündesten
 1928 Fortbewegungsmöglichkeiten. Mehr als ein Fünftel aller Wege erledigen Menschen zu
 1929 Fuß, treffen dabei andere Menschen und erfahren ihre Umgebung. Ein attraktiver und
 1930 sicherer Fuß- und Radverkehr ist besonders für unsere Kinder wichtig. Für sie muss
 1931 es selbstverständlich sein, wo immer möglich ihre Alltagswege zu Fuß oder mit dem
 1932 Rad zurückzulegen um ihre Heimat für sich zu entdecken und an der Entwicklung
 1933 eigener Mobilität zu wachsen.
- 1934 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Fußverkehr in den Städten und Gemeinden
 1935 Sachsen-Anhalts fördern. Straßenbaufördermittel sollen Sicherheit und Komfort für
 1936 Menschen zu Fuß und auf dem Rad zur Bedingung haben. Umwege für
 1937 Fußgängerinnen und Fußgänger darf es nicht mehr geben.
- 1938 Sachsen-Anhalt könnte ein Fahrradland sein, mit seinen flachen Strecken und
 1939 großartiger Natur. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen, dass es 20 Jahre nach
 1940 Gründung unseres Bundeslandes einen Landesradverkehrsplan geben soll. Der
 1941 Entwurf muss mit Zielen versehen, beschlossen und ausreichend finanziert
 1942 umgesetzt werden.
- 1943 Radverkehr ist touristisch bedeutsam. Der Hauptanteil der Wege mit dem Rad wird
 1944 jedoch im Alltagsverkehr zurückgelegt – vor allem in den Städten, aber auch in den
 1945 Dörfern und zwischen den Dörfern im Lande.
- 1946 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Anteil der Radfahrten am Gesamtverkehr in
 1947 Sachsen-Anhalt auf 20 Prozent heben. Wir fordern, Straßenbaumittel für den
 1948 Radverkehr entsprechend seines Anteils am Gesamtverkehr zu reservieren.
- 1949 Wir wollen die Landesbauordnung so ändern, dass in Bauverfahren ausreichend und

- 1950 gute Fahrradabstellanlagen zwingend vorgeschrieben werden.
- 1951 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN drängen darauf, die unkomplizierte Fahrradmitnahme auf
 1952 alle öffentlichen Verkehrsmittel inklusive des Fernverkehrs der Bahn auszuweiten.

1953 **Grüne Zukunft des Autos**

- 1954 Mobilität, nicht Autobesitz, steht schon heute für viele Menschen im Vordergrund.
 1955 Gerade im ländlichen Raum spielt das Auto weiter eine große Rolle. Klimawandel und
 1956 Erdölknappheit zwingen dazu, die Entwicklung neuer Antriebs- und Nutzungsformen
 1957 für den PKW zu beschleunigen. Elektromotoren sind jedoch nur dann sinnvoll, wenn
 1958 der Strom aus regenerativen Energiequellen stammt.
- 1959 Die öffentlichen Mobilitätsangebote müssen noch stärker miteinander vernetzt
 1960 arbeiten. Sie werden ergänzt durch Carsharing und elektrisch betriebene öffentliche
 1961 Mieträder. Dazu wollen wir im öffentlichen Raum Stellflächen bereitstellen und mit
 1962 Car-Sharing-Nutzung Teile des Fuhrparks der Landesbehörden ersetzen. Wo der
 1963 eigene PKW notwendig ist, können Elektroleichtfahrzeuge viele Funktionen
 1964 übernehmen.
- 1965 Sachsen-Anhalt hat gute Chancen, mit grüner Elektromobilität neue
 1966 Wirtschaftszweige zu entwickeln, denn Elektromobilität braucht nicht nur Fahrzeuge,
 1967 sondern auch ihre eigene Infrastruktur, wie beispielsweise Ladestationen auf
 1968 Parkplätzen.
- 1969 BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Sachsen-Anhalt als Land der
 1970 erneuerbaren Energien sich auch in der Entwicklung der Elektromobilität einen
 1971 führenden Platz in der Bundesrepublik sichert.

1972 **Flugverkehr**

- 1973 Mit dem Flughafen Leipzig/Halle existiert für Sachsen-Anhalt ein gut ausgebauter und
 1974 gut erschlossener Standort. Damit ist nach Ansicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 1975 der Bedarf an Flughäfen im Land gedeckt. Den Flughafen Cochstedt lehnen wir ab.
 1976 Weitere Flugplätze sind weder den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern noch der
 1977 Umwelt zuzumuten. Sachsen-Anhalt braucht ein gemeinsames Flughafenkonzept mit
 1978 Sachsen und Thüringen.
- 1979 Nachtflüge beeinträchtigen die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner der
 1980 Region. Die Maßnahmen zum Lärmschutz sind noch immer unzureichend. Deshalb
 1981 fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitere aktive und passive
 1982 Schallschutzmaßnahmen. Außerdem sind emissions- und tageszeitabhängige
 1983 Landegebühren und ein bundesweites Nachtflugverbot notwendig.

1984 **Wer GRÜN wählt, ...**

- 1985 ... verhindert überdimensionierte Straßenbauten mit hohen Folgekosten
 1986 und den Ausbau von Elbe und Saale;
 1987 ... stimmt für schnelle Regionalzüge zwischen den Zentren des Landes;

1988 ... setzt sich dafür ein, dass mehr Straßenbaumittel für den Radverkehr
1989 reserviert werden;
1990 ... fordert den Schutz vor Fluglärm in der Nacht.
1991
1992
1993
1994
1995
1996
1997
1998
1999
2000
2001
2002
2003
2004
2005
2006
2007
2008
2009
2010
2011
2012
2013
2014

2015 **6. FÜR EIN GESCHLECHTERGERECHTES SACHSEN-ANHALT**

2016 *Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht es in Sachsen-Anhalt in allen Politikfeldern*
2017 *immer auch um gleiche Rechte und Chancen für Frauen und Männer – das ist eine*
2018 *Frage der Gerechtigkeit. Das bezieht sich auf existenzsichernde Beschäftigung bei*
2019 *gleichem Lohn für gleiche Arbeit ebenso wie auf den uneingeschränkten Zugang von*
2020 *Frauen zu verantwortlichen Positionen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Frauen*
2021 *müssen vor jeder Form von Gewalt geschützt und zur Durchsetzung ihrer Rechte*

2022 *müssen diese strukturell verankert werden.*

2023 **Chancengleichheit für Frauen und Männer schaffen**

2024 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine
2025 zentrale demokratische Herausforderung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass
2026 Frauen und Männer auf Augenhöhe miteinander umgehen. Frauenpolitik darf nicht
2027 auf Familienpolitik reduziert werden. Unser Ziel ist ein gleichberechtigter Zugang zu
2028 Erwerbs- und Familienarbeit für beide Geschlechter. Gerade in „Männerberufen“ ist
2029 Teilzeitarbeit heute zu häufig ein Fremdwort. Daher muss die Landesregierung mit
2030 Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern neue
2031 Modelle der Teilzeitarbeit entwickeln, um Männer verstärkt an der Familienarbeit zu
2032 beteiligen.

2033 Frauen und Mädchen sind nach wie vor benachteiligt. Ihnen gebühren dauerhafte
2034 Unterstützung, gleicher Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt, die Teilhabe an
2035 kultureller Vielfalt, der Schutz vor Gewalt und Diskriminierung, die Freiheit der
2036 Umsetzung unterschiedlicher Lebensentwürfe und die gleichberechtigte Mitwirkung
2037 an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen. Jungen und Männer sind aber
2038 nicht immer nur die Profiteure der bestehenden Rollenteilung. Sie befinden sich in
2039 einem ihnen zu eng gewordenen Korsett. Auch sie brauchen in verschiedenen
2040 gesellschaftlichen Bereichen Förderung und müssen an bisher untypische
2041 Bereiche herangeführt werden.

2042
2043 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass alle Maßnahmen in Politik,
2044 Verwaltung und Gesellschaft auf ihre Auswirkungen auf beide Geschlechter überprüft
2045 werden.. Wir werden den Landeshaushalt auf seine Auswirkungen auf die
2046 Geschlechter in allen Bereichen überprüfen und die Landesausgaben künftig
2047 konsequent an Anforderungen der Geschlechtergerechtigkeit ausrichten. Das führt zu
2048 mehr Transparenz, Qualität und Nachhaltigkeit bei der Verteilung der staatlichen
2049 Ausgaben. Geleistet werden soll dies durch die Landesbeauftragte für Frauen- und
2050 Gleichstellungspolitik, die zukünftig direkt beim Landtag angesiedelt wird..

2051 **Für Frauen existenzsichernde Erwerbstätigkeit ermöglichen**

2052 Die meisten Frauen und Männer wollen und müssen einer existenzsichernden
2053 Beschäftigung nachgehen. Die Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist darauf
2054 gerichtet, der Abwanderung vor allem junger, gut ausgebildeter Frauen
2055 entgegenzuwirken. Eine Voraussetzung dafür ist, gute Rahmenbedingungen für die
2056 Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. Dazu bedarf es flexibler
2057 Arbeitszeiten für Frauen und Männer ebenso wie einer ganztägigen Kinderbetreuung
2058 in unterschiedlichen Formen. Der bestehende Rechtsanspruch auf einen
2059 Betreuungsplatz muss für alle Kinder unabhängig vom Erwerbsstatus ihrer Eltern
2060 gelten. Die Öffnungszeiten der Kinderbetreuung müssen sich an die Arbeitszeiten der
2061 Eltern anpassen und nicht umgekehrt.

2062
2063 Geschlechtergerechtigkeit heißt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt

2064 auch, gleiche Entlohnung gleicher bzw. gleichwertiger Arbeit sowie Qualifizierungs-
2065 und berufliche Wiedereinstiegsprogramme für Frauen und Männer, die nach einer
2066 Phase der Familienarbeit wieder den Beruf aufnehmen wollen.

2067
2068 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine verbesserte Situation der Förderung von
2069 Frauen in der Privatwirtschaft sowie für den Erhalt des Frauenfördergesetzes für den
2070 öffentlichen Dienst. Die Ausweitung der gleichstellungs- und frauenfördernden
2071 Maßnahmen in der Wirtschaft und bei Existenzgründungen im Land hat für uns
2072 Priorität. Unser Ziel ist die gleichberechtigte Verteilung von Familien- und
2073 Erwerbsarbeit für Männer und Frauen und eine gesellschaftliche Neubewertung dieser
2074 Tätigkeiten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Landeseinrichtungen
2075 konsequent familienfreundlich gestaltet werden und wir werden politische Leitplanken
2076 entwickeln, die auch die Privatwirtschaft auf Familienfreundlichkeit verpflichtet. Für
2077 Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2078 Modelle entwickeln, die es Frauen und Männern ermöglichen, Pflegeverantwortung zu
2079 übernehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN favorisieren ein Steuerrecht, das Frauen
2080 nicht als Zuverdienerinnen versteht, sondern eigenständige Existenzsicherung und
2081 daraus resultierende eigene Rentenansprüche sichert. Das so genannte
2082 Ehegattensplitting wollen wir durch eine unabhängige Kindergrundsicherung
2083 ersetzen.

2084 **Frauen und Männer diskriminierungsfrei bilden**

2085 Die Sicherstellung eines uneingeschränkten Zugangs von Frauen zur Bildung ist ein
2086 entscheidender Baustein für die Stärkung der Frauen und ein wichtiges Instrument,
2087 um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Geschlechtsbezogene Vorurteile
2088 und stereotype Verhaltensweisen sind im Bildungsbereich sowohl bei den Lehrerinnen
2089 und Lehrern als auch bei den Schülerinnen und Schülern nach wie vor verbreitet. Das
2090 beeinflusst die Berufsorientierung von Mädchen und Frauen und erschwert ihren
2091 Zugang zu technischen, naturwissenschaftlichen und gehobenen Berufen. Die
2092 Vorstellung von typischen „Frauenberufen“ und „Männerberufen“ müssen bereits in
2093 der Kindertagesstätte und in der Schule aufgebrochen werden.

2094 In Sachsen-Anhalt setzten sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass Berufe
2095 entsprechend ihrer Bedeutung für die Lebensqualität der Menschen im Land bewertet
2096 und bezahlt werden. Mit der Minderbewertung und Minderbezahlung sog.
2097 „Frauenberufe“ gegenüber sog. „Männerberufen“ muss Schluss sein. Die Berufswahl
2098 junger Menschen soll primär von ihren Begabungen und Fähigkeiten und weniger von
2099 geschlechtsspezifischen Rollenbildern bestimmt sein. Praktika im technischen Bereich
2100 für Mädchen, aber auch im sozialen Bereich für Jungen können hier hilfreich sein. Für
2101 eine langfristig wirksame Gleichstellung muss Geschlechtergerechtigkeit von der
2102 Kindertagesstätte über die Schule bis zur Berufsausbildung zentrales Ziel der
2103 Bildungspolitik sein.

2104
2105 An Universitäten und Hochschulen des Landes studieren ebenso viele Frauen wie
2106 Männer und erbringen dabei herausragende Leistungen. Trotzdem sind Frauen in

2107 höheren Positionen unterrepräsentiert. Das ist ungerecht und bedeutet einen
2108 wissenschaftlichen und ökonomischen Verlust. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen
2109 Frauen auf allen Ebenen des Wissenschaftsbetriebs vertreten sehen. Um mehr
2110 Frauen eine Karriere in der Wissenschaft zu ermöglichen, muss die Förderung von
2111 Frauen verstärkt werden, z. B. durch Mentoring-Programme, die familienfreundliche
2112 Gestaltung wissenschaftlicher Karrieren oder auch der schrittweisen Einführung von
2113 Quoten bei Stellenbesetzungen. Notwendig ist auch die Frauen- und
2114 Geschlechterforschung, welche die Kategorie Geschlecht zum Gegenstand
2115 wissenschaftlicher Forschung macht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für
2116 interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an Universitäten und
2117 Hochschulen ein.

2118 **Frauen vor Gewalt und Diskriminierung schützen**

2119 Die Landesregierung hat in den letzten Jahren den Hilfseinrichtungen für Frauen
2120 immer mehr Fördermittel gestrichen. Frauenhäuser, Beratung für Schwangere und
2121 vieles mehr sind in Gefahr. Dagegen sind verstärkte Präventionsanstrengungen
2122 erforderlich und Frauen brauchen gut erreichbare Beratungsstellen. Auch wenn die
2123 Gesetze Frauen und Kinder inzwischen besser vor häuslicher Gewalt schützen, ist
2124 weiterhin ein leicht zugänglicher und wirksamer Schutz erforderlich. BÜNDNIS
2125 90/DIE GRÜNEN unterstützen den Erhalt und Ausbau der Interventionsstellen gegen
2126 häusliche Gewalt sowie die bedarfsorientierte Finanzierung von Frauenhausstrukturen
2127 und unabhängigen Beratungsstellen in den Landkreisen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2128 wollen ein landesweites Hilfenetzwerk für Frauen und Mädchen sowie für alle Opfer
2129 von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Stalking, das dem tatsächlichen Bedarf
2130 entspricht.

2131
2132 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass den besonderen Bedürfnissen
2133 von Migrantinnen und Asylbewerberinnen und deren Familien in den
2134 Asylbewerberunterkünften Rechnung getragen wird.

2135
2136 Das Überwinden von Geschlechterrollen und Gewaltprävention beginnt im frühen
2137 Kindesalter und muss schon Thema in Kindergarten und Schule sein, wobei es nach
2138 wie vor geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen geben soll.

2139
2140 Frauen mit Behinderungen haben wie alle Menschen das Recht auf die freie
2141 Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Da Frauen mit Behinderung mehrfache
2142 Benachteiligungen erfahren, unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diese Frauen
2143 bei der Verwirklichung von gesellschaftlicher und rechtlicher Gleichstellung sowie bei
2144 der Arbeitsplatzsuche oder dem Besuch von nicht barrierefreien Einrichtungen.
2145 Frauen mit Behinderungen erleben häufiger sexuelle Gewalt und Diskriminierungen
2146 als Frauen ohne Behinderung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mitarbeiterinnen
2147 und Mitarbeiter von Beratungsstellen für diese spezifischen Belange sensibilisiert und
2148 zu kompetenter Beratung befähigt werden.

2149 **Fraueninteressen strukturell verankern**

2150 Auf allen Ebenen muss es eine Interessenvertretung für die Frauen und ihre Rechte
2151 und Chancen geben. Dazu zählen für uns sowohl eine unabhängige Beauftragte oder
2152 Beauftragter für Geschlechtergerechtigkeit auf Landesebene als auch die
2153 weisungsungebundenen Gleichstellungsbeauftragten. Gleichstellungspolitik muss auf
2154 allen Ebenen – unabhängig von der jeweiligen politischen Mehrheit – frei sein für eine
2155 engagierte Repräsentation von Frauenbelangen.

2156
2157 Beratungsstellen, Frauenhäuser und Projekte speziell für Frauen und Mädchen
2158 müssen innerhalb des Sozialraums gefördert und unterstützt werden.

2159
2160 Frauen sind durch die Betreuung der Familie, Pflege von Angehörigen und die
2161 Erwirtschaftung von Einkommen mehrfach belastet und deshalb besonders auf die
2162 städtische Infrastruktur und kommunale Institutionen angewiesen. BÜNDNIS 90/DIE
2163 GRÜNEN setzen sich deshalb für eine Teilhabe an geschlechtergerechter
2164 Stadtentwicklung ein. Dazu zählt es, Wohngebiete wieder stärker als Wohn- und
2165 Arbeitsgebiete zu planen, ohne auf Wohnkultur zu verzichten. Besonders angesichts
2166 des demographischen Wandels gewinnen Sport, Kultur, gesellschaftliche Aktivitäten
2167 und Gesundheit am Wohnort zunehmend an Bedeutung. Vielerorts fehlen jedoch
2168 spezifische Angebote für Frauen und Mädchen.

2169 **Frauen an Politik und Macht beteiligen**

2170 Seit 90 Jahren gibt es das Frauenwahlrecht. Dennoch behindern Machtverhältnisse,
2171 Interessenhierarchien und Ausgrenzungsmechanismen die Beteiligung von Frauen in
2172 der Politik entscheidend. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Frauen aktive Rollen
2173 in Politik und Gesellschaft übernehmen. Noch immer ist die Zahl von
2174 Parlamentarierinnen in Sachsen-Anhalt gering. Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind
2175 daher mindestens 50 Prozent aller Positionen für Frauen reserviert. Die „Quote“ ist
2176 unser Erfolgsmodell – wie viele profilierte Politikerinnen unserer Partei beweisen.

2177 Es ist an der Zeit, die politische Teilhabe von Frauen zu stärken – sonst bleibt Politik
2178 nahezu ausschließlich Männersache. Frauen können aber nur dann aktiv politische
2179 Verantwortung übernehmen, wenn die Ursachen der begrenzten Teilnahme- und
2180 Teilhabechancen von Frauen beseitigt werden. Dafür setzen sich BÜNDNIS 90/DIE
2181 GRÜNEN ein. Wir fordern ein Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes
2182 Sachsen-Anhalt.

2183

2184 **Homosexuellen Frauen und Männern gleiche Rechte gewähren**

2185 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für „gleiche Liebe – gleiche Rechte“ und eine
2186 solidarische Gesellschaftspolitik in Sachsen-Anhalt. Wir haben die Gleichberechtigung
2187 und Gleichstellung von Lesben und Schwulen in den vergangenen Jahren maßgeblich
2188 vorangetrieben – auf diesem Weg werden wir auch im Land weitergehen. Mit der
2189 Regelung zur Eingetragenen Partnerschaft auf Bundesebene ist gesetzlich ein guter

2190 Schritt getan. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass der Schutz der
2191 sexuellen Identität in die Landesverfassung aufgenommen wird. Wir fordern einen
2192 Aktionsplan für Homophobie in Sachsen-Anhalt. Dieser soll dazu beitragen, Vorurteile
2193 und Ressentiments gegen Lesben, Schwule, Transgender, Transsexuelle und
2194 Intersexuelle abzubauen und die Akzeptanz von unterschiedlichen sexuellen
2195 Identitäten in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern. Er schließt damit die
2196 Bekämpfung von Transphobie ausdrücklich mit ein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen
2197 eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften in allen Bereichen: beim
2198 Kindschaftsrecht, beim Adoptions- und Sorgerecht, bei Pflegschaften, im Miet-, Erb-,
2199 Beamten- und Steuerrecht ebenso wie im Ausländerrecht. Wir werden entsprechende
2200 Gesetzesinitiativen auf den Weg bringen.

2201 Die Verbände und Selbsthilfe-Organisationen, die sich um die Belange von Lesben,
2202 Schwulen, Bisexuellen und Transgendern kümmern, müssen mit entsprechenden
2203 Landesmitteln ausgestattet werden.

2204 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass die Lebensvielfalt der Bürgerinnen
2205 und Bürger in allen Bereichen der Gesellschaft berücksichtigt wird. Sachsen-
2206 anhaltische Schulen sollen unterschiedliche sexuelle Identitäten als
2207 selbstverständliche Lebensweisen vermitteln und wertneutral behandeln. Jugendliche
2208 sollen ihre Sexualität vorurteilsfrei und selbstbestimmt finden können. Wir werden
2209 alles unternehmen, damit Jugendlichen ein Coming-out möglich wird, ohne
2210 körperliche oder verbale Gewalt befürchten zu müssen. Für die Landesverwaltungen
2211 müssen Diversity-Konzepte erarbeitet und umgesetzt werden.

2212
2213
2214 **Wer GRÜN wählt, ...**
2215 ... entscheidet sich für Gender-Budgeting im Landeshaushalt;
2216 ... stimmt für unabhängige Gleichstellungsbeauftragte und den Erhalt der
2217 Frauenhäuser;
2218 ... bekennt sich zu vorurteilsfreiem Zugang zu Bildung und Macht aller
2219 Geschlechter;
2220 ... stimmt für den Schutz der sexuellen Identität in der Landesverfassung.

2221
2222
2223
2224
2225
2226
2227
2228
2229

2230
2231
2232
2233
2234
2235
2236
2237
2238
2239
2240
2241
2242
2243
2244
2245
2246
2247
2248
2249
2250
2251
2252
2253

2254 **7. FÜR EIN SOZIALES SACHSEN-ANHALT**

2255 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten entschieden dafür ein, dass alle Menschen*
2256 *gleichberechtigt am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben und ein Leben*
2257 *in Würde führen können. Die Sozialpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt zum*
2258 *einen auf die Gewährleistung einer angemessenen Grundsicherung der Menschen*
2259 *und zum anderen auf Maßnahmen, die die Menschen ermutigen, aktivieren und*
2260 *unterstützen. Alle sollen die Hilfe bekommen, die sie in ihrer persönlichen Situation*
2261 *brauchen und die ihnen eine Perspektive für die eigene Entwicklung eröffnet. Wir*
2262 *setzen uns dafür ein, dass auf Landesebene verbindliche Sozialziele formuliert*
2263 *werden. Ihre Einhaltung soll kontinuierlich in einer fachübergreifenden*

2264 *Berichterstattung überprüft werden, so dass sinnvolle Nachjustierungen möglich*
2265 *werden.*
2266

2267 **Kinderarmut bekämpfen**

2268 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bedingungslose Kindergrundsicherung*
2269 *ein.*

2270 Derzeit lebt nahezu jedes vierte Kind in Sachsen-Anhalt in Armut. Auf diesen
2271 sozialpolitischen Skandal hat die Landesregierung bislang nur unzureichende
2272 Antworten gefunden, eine klare Strategie ist nicht erkennbar. Gerade Kinder, die in
2273 Armut leben, sehen sich vielfältigen Formen der Benachteiligung ausgesetzt. Armut
2274 wird an vielen Stellen spürbar: Nachteile in der Schule, schlechtere Gesundheit oder
2275 Vorsorge, eingeschränkter Zugang zu Kultur sowie zu angemessenem Wohnraum.
2276 Armutsfolgen sind weitreichend. Zu ihrer Bekämpfung und Vermeidung muss auf
2277 verschiedenen Ebenen angesetzt werden. Hierzu gehören zum einen der Ausbau und
2278 die Stärkung der Infrastruktur wie insbesondere der Kitas und Schulen, zum anderen
2279 die materielle Absicherung.

2280 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellen Kinder in den Mittelpunkt und wollen die
2281 Kinderförderung von der Familienform entkoppeln. Unser Ziel ist die Einführung einer
2282 einkommensunabhängigen Kindergrundsicherung von 330 Euro. Sie deckt den
2283 tatsächlichen existenznotwendigen Bedarf von Kindern und wird ohne Bedarfsprüfung
2284 ausgezahlt. Die einmalige Beantragung nach der Geburt des Kindes mindert
2285 verdeckte Armut, denn Kinder sollen kein Armutsrisiko für Familien sein. Finanziert
2286 wird die Kindergrundsicherung aus den Mitteln zahlreicher direkter und indirekter
2287 Familienleistungen sowie der Abschmelzung des Ehegattensplittings. Die
2288 Kindergrundsicherung ist gerecht, weil sie jenseits des verfassungsmäßig
2289 vorgegebenen Mindestbetrags von 281 Euro gemäß der Leistungsfähigkeit der Eltern
2290 besteuert wird, so dass die Transferhöhe bei steigender Leistungsfähigkeit der Eltern
2291 sinkt. Die Landesregierung soll hierzu eine Bundesratsinitiative starten.

2292 **Zeitgemäße soziale Sicherungssysteme (Grundsicherung) etablieren**

2293 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen und*
2294 *der gesellschaftlichen Mitte die Angst vor dem sozialen Abseits nehmen. Wir kämpfen*
2295 *daher für Mindestlöhne, ein Progressivlohnmodell zur Entlastung der unteren*
2296 *Einkommensbereiche und eine Anhebung der Grundsicherung auf ein sozio-*
2297 *kulturelles Existenzminimum.*

2298 Sachsen-Anhalt zählt immer noch zu den Bundesländern mit der höchsten
2299 Arbeitslosenzahl, der stärksten Abwanderungsquote, dem höchsten
2300 Altersdurchschnitt und überdurchschnittlich vielen armen Menschen. Dies stellt
2301 Sachsen-Anhalt vor große sozialpolitische Aufgaben. Jeder Fünfte lebt in unserem
2302 Bundesland nahe oder unterhalb der Armutsgrenze. Weil gut entlohnte Arbeitsplätze
2303 fehlen, locken höhere Einkommen in andere Bundesländer und verschärfen damit die

2304 Probleme in Sachsen-Anhalt.

2305 Armut und sozialer Abstieg können nur verhindert werden, wenn Menschen sich in
2306 Erwerbsarbeit befinden, die gerecht bezahlt wird. Wer Vollzeit arbeitet, muss von
2307 seinem Einkommen leben können, in Teilzeit Arbeitende dürfen nicht benachteiligt
2308 werden. Insbesondere dürfen tarifliche Vereinbarungen nicht unterlaufen werden
2309 (unbezahlte Mehrarbeit). Mindestlöhne sind notwendig, um Lohndumping Einhalt zu
2310 gebieten. Daher werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiterhin für einen dynamischen
2311 gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro eintreten, dessen Höhe
2312 regelmäßig entsprechend der allgemeinen Lohnentwicklung anzupassen ist.

2313 Geringverdienerinnen und Geringverdiener werden durch hohe
2314 Sozialversicherungsbeiträge zusätzlich stark belastet, was das Armutsrisiko in diesem
2315 Lohnbereich stark erhöht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben ein Progressivlohnmodell
2316 vorgelegt, damit gerade im unteren Einkommensbereich den Menschen mehr vom
2317 Lohn übrig bleibt. Dazu wollen wir die Sozialversicherungsbeiträge bei
2318 Geringverdienenden absenken und gleichzeitig die Rentenentgeltpunkte aufstocken.

2319 Auch in Sachsen-Anhalt sollen zukünftig nur Unternehmen, die nachweislich
2320 Tariflöhne bezahlen, öffentliche Aufträge erhalten. Dazu ist endlich ein
2321 rechtswirksames Vergabegesetz einzuführen, das u.a. für relevante Branchen wie
2322 beispielsweise Bau, Gebäudereinigung, Gebäudedienstleistungen, ÖPNV oder
2323 Sicherheit und Bewachung soziale und ökologische Vergabekriterien vorschreibt und
2324 spürbare Sanktionen bei Verstößen vorsieht. Wir unterstützen alle europarechtlichen
2325 Bestrebungen, in Zukunft auch die örtliche Tarifbindung von Vergabegesetzen zu
2326 ermöglichen.

2327 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine soziale Sicherung, die es den Bürgerinnen
2328 und Bürgern ermöglicht, ein Leben in Würde und Selbstbestimmung zu führen: die
2329 grüne Grundsicherung. Neben einer Erhöhung der Grundsicherung – im Vergleich zu
2330 Hartz IV – auf den tatsächlichen Bedarf von zurzeit 420 Euro, muss es leichter
2331 werden, Geld hinzuzuverdienen. So haben Menschen, die arbeiten, mehr in der
2332 Tasche als solche, die nicht arbeiten. Wir wollen zudem nicht, dass die
2333 Arbeitsvermittlerinnen und -vermittler Menschen mit Sanktionen zu unwürdiger
2334 Arbeit und unsinnigen Fortbildungen zwingen können. Die Grundsicherung muss auf
2335 Bundesebene eingeführt werden und würde die Situation vieler Menschen in
2336 Sachsen-Anhalt verbessern. Sie müssen wieder die Sicherheit bekommen, dass ihnen
2337 benötigte Hilfe auch gewährt wird – niemand will das Gefühl haben, bevormundet
2338 oder fremdbestimmt zu werden.

2339 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eigenständige Rentenansprüche von allen
2340 Frauen und Männern sowie die Angleichung der Rentensysteme in Ost und West ein.
2341 Wir wollen eine Aufstockung der Rentenansprüche bei Langzeitarbeitslosen sowie
2342 eine Garantierente zum Schutz vor Altersarmut.

2343 Sozialpolitik muss lebenslang Chancen für eine selbstbestimmte Lebensgestaltung
2344 eröffnen. Sozialpolitik darf sich daher nicht auf monetäre Transferpolitik
2345 beschränken. Es müssen neue Formen bürgerschaftlicher Netzwerke entwickelt

2346 werden, die gegenseitige Unterstützung und Solidarität innerhalb und zwischen
2347 gesellschaftlichen Schichten und Gruppen als Grundlage haben. Mit der Veränderung
2348 der Gesellschaft durch den demografischen Wandel greifen herkömmliche Familien-
2349 und Nachbarschaftsstrukturen weniger bzw. nicht mehr. Nur wenn es die Gesellschaft
2350 schafft ein neues Miteinander zu entwickeln, kann die Gesellschaft wieder
2351 zusammenwachsen und wirtschaftliche Krisen gemeinsam meistern. BÜNDNIS
2352 90/DIE GRÜNEN wollen daher solche Initiativen wie Freiwilligenagenturen und soziale
2353 Selbsthilfegruppen unterstützen.

2354 **Für ein würdiges Leben im Alter sorgen**

2355 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine generationengerechte Gestaltung*
2356 *unserer Gesellschaft ein.*

2357

2358 Die Belange der älteren Menschen dürfen nicht auf Probleme der Renten- und
2359 Pflegekassen reduziert werden. Eine zunehmend älter werdende Bevölkerung bringt
2360 eine strukturelle Veränderung der Gesellschaft mit sich und bietet gleichzeitig die
2361 Chance, die Seniorinnen und Senioren verstärkt an der gesellschaftlichen
2362 Entwicklung zu beteiligen. Ältere Menschen sind für uns ein wichtiger Aktivposten:
2363 wir wollen ihre Potentiale gezielt nutzen und ihnen ein lebenswertes Umfeld bieten.“
2364 Ihre Ansprüche und Bedürfnisse müssen bei allen Fragen der Gesundheitspolitik, der
2365 Verkehrspolitik, der Kulturpolitik, der Stadtplanung und nicht zuletzt der Finanzpolitik
2366 berücksichtigt werden. Die gesellschaftlichen Veränderungen betreffen viele
2367 Lebensbereiche der älteren Menschen wie Wohnen, Mobilität, gesundheitliche
2368 Versorgung, aber auch öffentliche Bereiche wie Stadtplanung, und Verkehr. Diese
2369 Veränderungen generationenverträglich zu gestalten, gelingt nur, wenn alle
2370 Altersgruppen Verantwortung für eine solidarische Gesellschaft übernehmen.
2371 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die praktizierte Solidarität zwischen den
2372 Generationen für einen unverzichtbaren Baustein unserer Gesellschaft. Mit ihren
2373 Lebens- und beruflichen Erfahrungen und ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
2374 sind älter werdende Menschen eine Bereicherung für die Gesellschaft. Familien-,
2375 Kinder- und Jugendpolitik mit einer modernen Politik für Seniorinnen und Senioren zu
2376 verknüpfen, steigert die Lebensqualität in unserem Land. Möglichkeiten der
2377 Begegnung und des Dialogs zwischen den Generationen – zum Beispiel
2378 Mehrgenerationenhäuser – wollen wir daher fördern.

2379 Uns ist es wichtig, dass die Menschen möglichst lange ihre Eigenständigkeit behalten
2380 und aktiv am Leben teilhaben. Lange Eigenständigkeit reduziert auch das Risiko der
2381 Pflegebedürftigkeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Selbstständigkeit im Alter
2382 durch Teilnahme an Bildungsmöglichkeiten, Gedankenaustausch, soziale Kontakte,
2383 Bewegung und Mobilität, nachbarschaftliche Hilfen und Freiwilligenengagement
2384 fördern.

2385 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die inhaltliche und organisatorische
2386 Weiterentwicklung und bessere Koordination der bestehenden Beratungs- und
2387 Anlaufstellen – wie der Alten- und Servicezentren, der Seniorenvertretung, dem

2388 Seniorenbeauftragten und -beirat in den Kommunen sowie der Freiwilligenagentur –
2389 ein, um den veränderten Anforderungen besser gerecht zu werden. In
2390 Zusammenarbeit mit Integrations- oder Ausländerbeiräten der Kommunen ist der
2391 besondere Bedarf älterer Migrantinnen und Migranten zu klären, um Hilfsstrukturen
2392 gezielt zu entwickeln und zu unterstützen. Vor dem Hintergrund des demografischen
2393 Wandels ist davon auszugehen, dass der Bedarf an rechtlicher Betreuung von
2394 Seniorinnen und Senioren weiter steigen wird. Deshalb sind die anerkannten
2395 Betreuungsvereine weiter vom Land zu fördern.

2396 **Menschenwürdige Pflege ermöglichen**

2397 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Pflegebedürftige und Pflegende durch*
2398 *funktionierende Versorgungs-, Beratungs- und Entlastungsangebote unterstützt*
2399 *werden.*

2400 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass das Prinzip „ambulant vor stationär“ in der
2401 Pflege umgesetzt wird. Die ambulante Pflege, Krankenhäuser und Kommunen sollen
2402 sich verstärkt dieser Herausforderung stellen, um die Zeiten der Heimbetreuung
2403 älterer Menschen zu vermeiden.. Es müssen in den nächsten Jahren tragfähige und
2404 sich gegenseitig ergänzende ambulante und niedrigschwellige Versorgungsstrukturen
2405 in jeder Region geschaffen werden. Alternative Wohn- und Betreuungskonzepte, die
2406 die Selbständigkeit der Menschen erhalten, sind zu fördern.

2407
2408 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Qualität von stationären Einrichtungen für
2409 pflegebedürftige Menschen konsequent weiterentwickeln. Überflüssige Bürokratie und
2410 zeitaufwendige Überregulierungen und Kontrollen müssen abgebaut werden –
2411 stattdessen müssen transparente und angemessene Qualitätssicherungssysteme
2412 eingeführt und anerkannt werden. Qualitätsprüfungen wie zum Beispiel den „Pflege-
2413 TÜV“ unterstützen wir daher. Die medizinische Versorgung in Einrichtungen ist
2414 dringend zu verbessern, zum Beispiel über die stärkere Zusammenarbeit mit
2415 niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten oder über die Einstellung von Heimärztinnen
2416 und -ärzten. Auch bei der Versorgung von Personen mit Demenz muss weiter an
2417 einer Verbesserung gearbeitet werden. Die Sozialpolitik des Landes muss sich
2418 konsequent den veränderten Anforderungen stellen. Pflegebedürftige und Pflegende
2419 müssen durch funktionierende Beratungs- und Entlastungsangebote unterstützt
2420 werden.

2421 Das neue Landesgesetz „Gesetz über Wohnformen und Teilhabe – WTG“ hat das alte
2422 (Bundes-) Heimgesetz abgelöst. Jetzt kommt es darauf an, dieses Gesetz zur
2423 Stärkung der Würde, sowie der Interessen und Bedürfnisse älterer, pflegbedürftiger
2424 oder behinderter Menschen in stationären Einrichtungen und sonstigen Wohnformen
2425 konsequent umzusetzen.

2426 **Für Selbstbestimmung statt Ausgrenzung sorgen**

2427 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen dafür, dass Menschen mit Behinderungen*

2428 *dieselben Zugänge zum gesellschaftlichen Leben eingeräumt werden wie allen*
2429 *anderen auch. Menschen mit Behinderungen müssen jederzeit ihr Leben*
2430 *selbstbestimmt führen können.*

2431 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb in Sachsen-Anhalt eine
2432 Behindertenpolitik, die Menschen mit Behinderungen als Träger von Rechten
2433 wahrnimmt und nicht als Objekt der Fürsorge. Der Grundsatz der gleichberechtigten
2434 Teilhabe muss dabei im Mittelpunkt stehen.

2435 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gilt der Grundsatz der Inklusion Behinderter. Die
2436 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist stärker als bisher zu sichern. Die
2437 Eingliederung von Menschen mit Handicap in das Arbeitsleben muss konsequent
2438 organisiert werden. Die Ausgleichsabgabe, die Betriebe bezahlen müssen, die keine
2439 Behinderten einstellen, ist dafür offensiv zu verwenden. Weiterhin muss der
2440 Grundsatz „ambulant vor stationär“ umgesetzt werden. Es ist dabei nicht zielführend
2441 bestehende Angebote (z.B. Werkstätten für behinderte Menschen oder Wohnheime)
2442 zu ersetzen. Den betroffenen Menschen müssen durch neue Angebote tatsächliche
2443 Wahlmöglichkeiten und damit Teilhabe ermöglicht werden. BÜNDNIS 90/DIE
2444 GRÜNEN unterstützen die freie Wahl behinderter Menschen zwischen
2445 Behindertenwerkstätten und freiem Arbeitsmarkt. Eine Integration in bzw. eine
2446 Entscheidung für den ersten Arbeitsmarkt muss Betroffenen bei Bedarf auch eine
2447 Rückkehr in Behindertenwerkstätten ermöglichen. Für älter werdende Behinderte ist
2448 das Ausscheiden aus dem Arbeitsleben gleitend zu organisieren, da sie ganz
2449 besonders auf tagesstrukturierende Abläufe angewiesen sind.

2450 Daneben wird der konsequente Ausbau der Gewährung eines auskömmlichen
2451 Persönlichen Budgets für behinderte Menschen nach SGB IX angestrebt, um den
2452 Menschen mit Handicap ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

2453 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den konsequenten Ausbau der barrierefreien
2454 Gestaltung aller öffentlichen Räume. Gebäude, Einrichtungen, öffentliche
2455 Verkehrsmittel, Internet-Präsenzen und Informationen sowie Kommunikation sollen
2456 für alle Bürgerinnen und Bürger ohne fremde Hilfe zugänglich sein. Dies nutzt allen
2457 Menschen, insbesondere Familien mit Kleinstkindern und älteren Menschen.

2458 Weiterhin sehen wir in der umfassenden barrierefreien Erreichbarkeit der
2459 touristischen Angebote eine bundes- und europaweite Profilierungsmöglichkeit
2460 Sachsen-Anhalts.

2461 **Verschiedene Instrumente am Arbeitsmarkt nutzen**

2462 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verfolgen mit der Arbeitsmarktpolitik das Ziel,*
2463 *Arbeitssuchende erfolgreich in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren und*
2464 *Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Vereinbarkeit von Erwerbs-, Familien- und*
2465 *ehrenamtlicher Arbeit ermöglichen.*

2466 In Sachsen-Anhalt finden etwa 200.000 Menschen keine Arbeit. Zu den 170.000
2467 Arbeitslosen kommen dabei die Menschen in Schulungs- und Fördermaßnahmen. Die
2468 Wirtschaft alleine kann und will dieses Problem nicht lösen.

2469 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen alle sinnvollen Modelle der
2470 Arbeitszeitumverteilung. Dies fängt beim Abbau von Überstunden an, schließt
2471 Teilzeitarbeit und Arbeitszeitkonten ein und geht zu tariflicher Arbeitszeitverkürzung.
2472 Als Arbeitgeber sind Land und Kommunen gefordert, durch verkürzte Arbeitszeiten
2473 Neueinstellungen von jungen Menschen möglich zu machen. Wir halten es für richtig,
2474 dass Teilzeitbeschäftigte ihr Einkommen durch Hartz IV auf ein existenzsicherndes
2475 Niveau aufstocken können und setzen uns für bessere Zuverdienstmöglichkeiten ein
2476 („Negative Einkommensteuer“). Gegen Lohndumping setzen wir auf Mindestlöhne
2477 und starke Tarifpartner.

2478 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen einen hohen Bildungsstandard, der vom Land
2479 gewährleistet werden muss, als den besten Schutz vor Arbeitslosigkeit. Die Politik
2480 muss hier die Rahmenbedingungen so setzen, dass für zukunftsfähige Arbeitsplätze
2481 auch Fachkräfte zur Verfügung stehen. Die europäische Arbeitsmarktintegration
2482 sehen wir als Mittel gegen Fachkräftemangel und nicht als Bedrohung unseres
2483 Arbeitsmarktes. Wir wollen, dass Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) zur ge-
2484 zielten Förderung von Gruppen mit besonderen Zugangshemmnissen zum
2485 Arbeitsmarkt, aber auch zur gezielten beruflichen Weiterbildung verwendet werden.

2486 Nicht alle Menschen können auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeit finden, viele werden
2487 langzeitarbeitslos, manche geben ihre Hoffnungslosigkeit ihren Kindern weiter. Für sie
2488 halten wir die Vielfalt der Instrumente am zweiten Arbeitsmarkt für notwendig.
2489 Lohnzuschüsse, Eingliederungshilfen und Ein-Euro-Jobs finden ihre Grenze dort, wo
2490 sie Beschäftigung im ersten Arbeitsmarktes verdrängen. Auch das Modell der
2491 Bürgerarbeit ist ein mögliches Instrument, wenn auch mit beschränkter Bedeutung.
2492 Notwendig ist dabei eine ehrliche Erfolgskontrolle der Maßnahmen aktiver
2493 Arbeitsmarktpolitik.

2494 **Wer GRÜN wählt, ...**

2495 ... stimmt für Initiativen zum gesetzlichen Mindestlohn;
2496 ... unterstützt den Kampf gegen Armut und für eine bedingungslose
2497 Kindergrundsicherung;

2498 ... befürwortet Generationengerechtigkeit;

2499 ... fördert die Selbstbestimmung, Teilhabe und Einbeziehung behinderter
2500 Menschen

2501

2502

2503

2504

2505

2506

2507

2508
2509
2510
2511
2512
2513
2514
2515
2516
2517
2518
2519
2520
2521
2522
2523
2524
2525
2526
2527
2528
2529

2530 **8. FÜR EIN JUNGES SACHSEN-ANHALT**

2531 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Kinder- und Jugendpolitik zur Querschnittsaufgabe*
2532 *in allen Bereichen machen. Grundsätzlich sollen alle politischen Entscheidungen*
2533 *daraufhin geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf Kinder und Jugendliche in*
2534 *unserem Land haben. Um dies zu erreichen, sind Kinder und Jugendliche so oft wie*
2535 *möglich in Entscheidungsprozesse einzubeziehen.*

2536 *Kinder und Jugendliche sind Menschen mit eigenen Hoffnungen, Wünschen und*
2537 *Möglichkeiten, deren Perspektive auf Gesellschaft und Politik sich meist von der Sicht*
2538 *Erwachsener unterscheidet. Es leben immer weniger junge Menschen in unserem*
2539 *Land. Allzu leicht werden sie daher zum Spielball politischer, wirtschaftlicher oder*
2540 *kultureller Veränderungen und Kürzungsmaßnahmen. Das fängt bei der Ausdünnung*
2541 *der Bildungslandschaft an und hört bei der Schuldenbelastung künftiger*

2542 *Generationen auf. Kinder brauchen kompetente Eltern, gute Bildung, Erziehung und*
2543 *Betreuung. Kinder brauchen nicht nur Familie, sondern eine ganze Gesellschaft, die*
2544 *sich ihrer Verantwortung Kindern gegenüber bewusst ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*
2545 *wollen Politik aus dem Blickwinkel von Kindern und Jugendlichen betreiben, am*
2546 *besten mit ihnen zusammen.*

2547 **Kindergesundheit besonders in den Blick nehmen**

2548 *Im Kindesalter werden die Grundlagen für ein gesundes Leben gelegt. BÜNDNIS*
2549 *90/DIE GRÜNEN legen daher besondere Aufmerksamkeit auf die Gesundheit der*
2550 *Kleinsten.*

2551 Kinder sind von Umweltbelastungen wie Lärm, Feinstaub und Umweltgiften stärker
2552 betroffen als Erwachsene. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kämpfen deshalb darum, dass
2553 ihre Belange im Umweltschutz besser berücksichtigt werden. Wir wollen
2554 Umweltpolitik auf Kindernasenhöhe.

2555 Bei der Versorgung kranker Kinder und Jugendlicher wollen wir das Prinzip „ambulant
2556 vor stationär“ stärken. Insbesondere im Bereich Psychiatrie gibt es in Sachsen-Anhalt
2557 eine Schieflage mit zu vielen stationären Angeboten und einer unzureichenden
2558 ambulanten Versorgungsquote. Für ambulante Kinder- und Jugendpsychotherapie
2559 und -psychiatrie müssen insbesondere im ländlichen Raum mehr Angebote gefördert
2560 werden.

2561 Die Gesundheit erscheint vielen jungen Leuten als unerschöpflicher Quell und so
2562 gehen sie oft nicht sehr sorgsam damit um. Gesunde Ernährungs- und
2563 Bewegungskonzepte müssen in den Kitas beginnen und in der Schule fortgesetzt
2564 werden um einen präventiven Gesundheitsschutz zu etablieren. Insbesondere
2565 Flatrate-Partys und Drogenkonsum sind ein hohes Risiko für Leib und Leben. Wir
2566 wollen Gastwirte und Eventveranstalterinnen und -veranstalter dazu befähigen,
2567 dieses Verhalten Jugendlicher einzuschränken. Selbstverpflichtungen und die
2568 Einhaltung bereits bestehender gesetzliche Bestimmungen müssen gefördert werden.

2569 **Kinderschutz ernst nehmen**

2570 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine eng vernetzte und ausfinanzierte*
2571 *Kinderschutzstruktur ein.*

2572 Sachsen-Anhalt hat ein Kinderschutzgesetz diskutiert und zusammengestellt, das
2573 seinen Namen nicht verdient. Wir fordern eine bessere Vernetzung der mit dem
2574 Schutz von Kindern befassten Berufsgruppen (z.B. Kinderärztinnen und -ärzte,
2575 Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen und -therapeuten, Kinder- und
2576 Jugendpsychologinnen und -psychologen, Hebammen, Sozialarbeiterinnen und -
2577 arbeiter, Fachämter der Kommunen, freie Träger, Polizei und auch Sportvereine).
2578 Dabei muss vor allem der Informationsfluss in Verdachtsfällen von
2579 Kindeswohlgefährdung verbessert werden. Durch ein Landesprogramm sollen
2580 bewährte Modelle (best practice) in den Kommunen verankert werden. Die Kreise,
2581 Städte und Gemeinden müssen finanziell in die Lage versetzt werden, Jugend- und

2582 Gesundheitsämter bedarfsgerecht auszustatten und Mittel an freie Träger für
2583 Präventions- und Hilfsangebote (z.B. therapeutische Angebote, Gewaltprävention,
2584 aufsuchende Hilfen) vergeben und Kinderschutznetzwerke einrichten zu können. Ein
2585 standardisiertes Kinderbesuchsprogramm kann dabei ein guter Ansatz sein und auch
2586 die Nutzung der Vorsorgeuntersuchungen unterstützen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2587 schlagen dazu ein Bonusprogramm vor, das mit den Krankenkassen gemeinsam
2588 gestartet wird. Außerdem soll das Landesprojekt „Familienhebammen Sachsen-
2589 Anhalt“ gestärkt werden.

2590 **Kinderrechte stärken**

2591 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Kinderrechte in der Landesverfassung verankern.*

2592 Kinder haben eigene Rechte: Rechte auf Schutz, Förderung ihrer Entwicklung sowie
2593 Beteiligung. Diese Rechte sind in der UN-Kinderrechtskonvention festgehalten und
2594 von Deutschland unterschrieben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die konsequente
2595 Umsetzung und Einhaltung dieser Rechte. Kinder und Jugendliche ernst zu nehmen
2596 bedeutet, sie frühzeitig an der Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft zu
2597 beteiligen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen deshalb die Beteiligungsstrukturen für
2598 Kinder und Jugendliche auf Kommunal- und Landesebene ausbauen. Dazu gehört für
2599 uns auch die Absenkung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre bei allen Wahlen.
2600 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen im Bundesrat eine Initiative einbringen, um
2601 Kinderrechte auch im Grundgesetz zu verankern. Die Rechtstellung von Kindern
2602 muss klargestellt und ihre Rechte auf Förderung und Bildung gestärkt werden.
2603 Kinderrechte sind Menschenrechte, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention
2604 beschrieben werden.

2605 **Eltern stärken - Familien unterstützen**

2606 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen junge Menschen ermutigen, sich für eine
2607 Familiengründung zu entscheiden.*

2608 Die Bedingungen zur Familiengründung sind in Sachsen-Anhalt zu verbessern. Wir
2609 zählen dazu: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Änderung von
2610 Rahmenbedingen in Schule und Ausbildung, Förderung der Familie und Stärkung von
2611 jungen Müttern und Vätern in ihrer doppelten Verantwortung.
2612 Generationsübergreifende neue Wohnformen sollen gefördert werden.

2613 Familien brauchen ganztägige Betreuungsangebote, Unterstützung bei der Erziehung
2614 und Erleichterungen bei der Bewältigung alltäglicher Aufgaben. BÜNDNIS 90/DIE
2615 GRÜNEN setzen sich für eine Verbesserung der Kinderbetreuungszeiten und somit
2616 Änderung des umstrittenen und bildungsfeindlichen Landesgesetzes KiFöGs ein. Die
2617 Förderung von Kindern, insbesondere aus Familien mit schwierigem sozialem
2618 Hintergrund, kann nicht im eingeschränkten Halbtagesanspruch erfolgen. Gerade
2619 Kinder im Hartz IV-Bezug, aus Haushalten von Geringverdienern oder
2620 Alleinerziehenden sollten gefördert werden. Ohne Zeit für ihre Umsetzung und
2621 ausreichendes Personal, können die besten Bildungsprogramme für Kinder keinen
2622 Erfolg haben.

2623 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein sicher finanziertes und engmaschiges Netz

2624 von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Eltern ein. Sie sollen die
2625 Fähigkeiten junger Eltern stärken und ihnen helfen, den Alltag mit Kindern sowie
2626 Krisensituationen zu bewältigen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen
2627 familienentlastende Angebote wie Schwangerschaftsberatungsstellen, Familien- und
2628 Erziehungsberatungsstellen sowie Familienzentren erhalten und fördern. Sie sollen
2629 Frauen und Männer in die Elternschaft begleiten und den Weg für weitere
2630 Unterstützungsangebote aufzeigen. Angebote der Elternbildung, Selbsthilfe, Sprach-
2631 und der Gesundheitsförderung müssen besser vernetzt werden BÜNDNIS 90/DIE
2632 GRÜNEN begrüßen die Förderung von Familienurlauben und möchten damit noch
2633 mehr Familien und vor allem auch Väter erreichen.

2634 Unterschiedlichen Formen von Familie müssen bei allen familienpolitischen
2635 Maßnahmen berücksichtigt werden. Wir wollen alle Lebensformen stärken, in denen
2636 Kinder gewünscht und willkommen sind. Dazu gehört, allen Familien, ganz gleich ob
2637 verheiratet oder nicht verheiratet oder Regenbogenfamilien, die gleichen Rechte und
2638 Pflichten zu gewähren. Auf Bundesebene setzen wir uns für ein uneingeschränktes
2639 Adoptionsrecht homosexueller Paare ein.

2640 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf
2641 und Familie ein. Eine moderne Unternehmenskultur bedeutet für Eltern neben
2642 familienfreundlichen Arbeitszeiten eine betriebsnahe flexible Kinderbetreuung.
2643 Besonders für kleine und mittelständische Unternehmen muss der Absicherungsfond
2644 der Versorgungsämter entbürokratisiert und verbessert werden, um den Ausfall von
2645 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Schwangerschaft, Mutterschutz oder
2646 Erkrankung des Kindes abzufedern.

2647
2648 Bei der öffentlichen Fördermittelvergabe in Sachsen-Anhalt soll der
2649 Familienfreundlichkeit besonders Rechnung getragen werden.

2650 **Mehr Raum für Kinder und Jugendliche schaffen**

2651 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr öffentliche Freiräume für Kinder und*
2652 *Jugendliche schaffen.*

2653 Kinder und Jugendliche brauchen Freiräume, dazu gehört auch selbstständige
2654 Mobilität. Gerade in ländlichen Regionen sind Sportplätze oder Jugendzentren oft nur
2655 schwer zu erreichen. Eltern müssen immer mehr den Alltag ihrer Kinder organisieren
2656 und verwalten. Freiräume, die für eine Entwicklung zur Selbständigkeit notwendig
2657 sind, verschwinden oder werden von Erwachsenen kontrolliert. BÜNDNIS 90/DIE
2658 GRÜNEN wollen deshalb im öffentlichen Raum mehr Freiräume für Kinder und
2659 Jugendliche schaffen. Auch sollen Schulsportanlagen Kindern und Jugendlichen auch
2660 außerhalb des Unterrichts offen stehen. Wir wollen in den Kommunen Wohnen,
2661 Arbeiten und Freizeit wieder enger zusammenführen sowie Stadtteile und
2662 Innenstädte beleben und begrünen. Davon profitieren alle. Zu diesem Zweck
2663 erwarten wir in den Kommunen eine bessere Abstimmung der Schulentwicklungs-,
2664 der Stadt- und der Jugendhilfeplanung.

2665 **Kinder- und Jugendhilfe geschlechtergerecht gestalten**

2666 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen geschlechtergerechte Arbeit der Jugendhilfe*
2667 *fördern.*

2668 Mädchen und junge Frauen wollen in vielen Lebensbereichen anders angesprochen,
2669 erreicht und motiviert werden als Jungen und junge Männer. Das belegen
2670 umfangreichen Erkenntnisse und Erfahrungen aus Forschung und Praxis. BÜNDNIS
2671 90/DIE GRÜNEN wollen entsprechende Einsichten in die Arbeit der Jugendhilfe
2672 integrieren. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen sich für diese Tätigkeit
2673 qualifizieren. Ein jährlich stattfindender, verbindlicher „Zukunftstag für Jungen und
2674 Mädchen“ bietet für geschlechtergerechte Orientierung gute Möglichkeiten. Er muss
2675 besser koordiniert und auch von Unternehmen überlegter genutzt werden. Die
2676 Schulen werden verpflichtet, Angebote für Jungen in frauentypischen Berufen und
2677 Angebote für Mädchen in männertypischen Berufen zu entwickeln. Und den
2678 Zukunftstag vor- und nachzubereiten. Dafür machen wir uns stark.

2679 **Kulturräume für Kinder und Jugendliche erschließen**

2680 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche zu*
2681 *einer Pflichtaufgabe in Land und Kommune machen.*

2682 Kinder und Jugendliche entfalten eigene Kreativität, die für ihre
2683 Persönlichkeitsbildung entscheidend ist. Neue Welten können sie an Musikschulen, in
2684 Jugendzentren, in freien Theater- oder Tanzprojekten usw. entdecken. Hier werden
2685 Teamgeist und Solidarität, Respekt für andere, Weltoffenheit und Toleranz praktisch
2686 erlebt und gelernt. Solange aber solche Einrichtungen als sogenannte „freiwilligen
2687 Aufgaben“ eingestuft werden, sind sie in ihrer Existenz bedroht. Zugänge zu den
2688 Einrichtungen müssen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ermöglicht werden. Ein
2689 „Freizeit-Gutschein“ kann den regelmäßigen Besuch von Musik- und Malschulen oder
2690 kulturellen Veranstaltungen erleichtern.

2691 **Jugendliches Engagement fördern**

2692 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Jugendliche zu freiwilligem Engagement ermutigen.*

2693
2694 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich für ein gesellschaftliches und politisches
2695 Klima stark, das Jugendliche zu freiwilligem Engagement ermutigt und diese in ihrer
2696 Arbeit unterstützt. Wir treten darum auch für notwendige Freistellungen ein, die
2697 durch Landesgesetze abgesichert sein müssen. Kinder- und Jugendarbeit muss ihrem
2698 Bildungsauftrag für alle Jugendlichen gerecht werden und nicht nur einseitig an
2699 Randgruppen und an Kriminalprävention orientiert sein. Hierfür braucht sie eine
2700 angemessene materielle und finanzielle Ausstattung, die Unterstützung der
2701 Ehrenamtlichen und genügend Fachkräfte mit entsprechender Qualifizierung. Um das
2702 zu gewährleisten, werden wir die Jugendpauschale und das Fachkräfteprogramm
2703 erhalten und weiterentwickeln.

2704 Jugendliche sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. BÜNDNIS 90/DIE
2705 GRÜNEN wollen junge Menschen mehr direkt beteiligen und ihnen die dafür nötigen
2706 Bedingungen schaffen. Viele Jugendliche sind ziel- und perspektivlos, fühlen sich
2707 teilweise nicht ausgelastet oder wissen mit sich selbst nichts anzufangen. Dabei sind
2708 nur wenige Anregungen und Angebote nötig, sie zu aktivieren. Dazu gehören die
2709 Sicherung und der Ausbau von Jugendtreffs, Clubs und Vereinen ebenso wie
2710 fachgerechte Beratung durch Streetworkerinnen und -worker und Sozialarbeiterinnen
2711 und -arbeiter. Wir machen uns daher für Kontinuität in der Jugendsozialarbeit stark.

2712 Eine zeitliche Kürzung des Zivildienstes führt zu einem Dilemma in vielen Bereichen
2713 der Kinder- und Jugendarbeit. Denn viele Aktivitäten und Einrichtungen der Kinder-
2714 und Jugendarbeit sind auf den Einsatz von Zivildienstleistenden angewiesen.
2715 Zwingend erforderlich ist darum ein Ausbau der Freiwilligendienste wie Freiwilliges
2716 Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr, Freiwilliges Europäisches Jahr oder
2717 Freiwilliges Kulturelles Jahr. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Zugänge für solche
2718 Freiwilligendienste erleichtern und verbessern, weil wir darin Vorteile für die
2719 persönliche Entwicklung junger Menschen und einen gesamtgesellschaftlichen
2720 Kompetenzgewinn erkennen. Auf der Bundesebene erwarten wir eine
2721 „Gesamtstrategie für Freiwilligendienste“.

2722 **Jugendstrafrecht – helfen statt bestrafen**

2723 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf Prävention statt Strafe.*

2724 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind entschieden gegen eine Verschärfung des
2725 Jugendstrafrechts. Finanzmittel sind in verbesserte Bildung und Ausbildung sowie in
2726 soziale Integration zu investieren. Im Umgang mit jugendlichen Straftäterinnen und
2727 Straftäter muss grundsätzlich Hilfe und Unterstützung Vorrang vor Bestrafung haben.

2728 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen gegen Jugendkriminalität mit der Bekämpfung
2729 ihrer Ursachen vorgehen. Dazu gehören für uns: Verbesserung der sozialen und
2730 kulturellen Lebensbedingungen, gerechte Bildungschancen, lebenswerte
2731 Wohnquartiere und der Kampf gegen das Abkoppeln ganzer Stadtteile und
2732 Personengruppen von Präventionsmaßnahmen. Die Zusammenarbeit der Polizei mit
2733 Einrichtungen der Jugendhilfe, den Schulen, Ausbildungsstätten sowie Vereinen und
2734 Verbänden muss erweitert und verbessert werden. Bestehende Projekte wie
2735 „Täter-Opfer-Ausgleich“, „Anti Gewalt Training“ und das Projekt „Schülergremien“,
2736 die zu einer Vielzahl von zielgenauen Maßnahmen im Jugendstrafrecht beitragen,
2737 sollen verstetigt und ausgebaut werden.

2738 In Jugendstrafverfahren dringen wir darauf, dass die Gerichte und Behörden bei aller
2739 Sorgfalt die Dauer von Prozessen auf ein Mindestmaß verkürzen und die Wartezeit
2740 bis zum Verfahrensbeginn auf das möglichste verkürzt wird.

2741 **Kinder und Jugendliche in Medien schützen**

2742 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für einen befähigenden Jugendschutz ein.*

2743 Kinder und Jugendliche nutzen intensiv die Freiheiten besonders bei der Nutzung

2744 technischer Medien. Aber die fast grenzenlosen Möglichkeiten dürfen nicht zu Lasten
2745 des Jugendmedienschutzes gehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für einen
2746 umfassenden Schutz von Kindern und Jugendlichen ein, ohne insbesondere die
2747 Freiheit des Internets zu gefährden. Netzsperrern lehnen wir ab. Den durch die
2748 Ministerpräsidenten der Länder im Jahr 2010 überarbeiteten Jugendmedienschutz-
2749 Staatsvertrag sehen wir kritisch. Neben dem Elternhaus und der Schule besteht eine
2750 öffentliche Verantwortung für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Kinder
2751 und Jugendliche müssen vor Gefährdungen aktiv geschützt und andererseits befähigt
2752 werden, Gefährdungen bewusst und kritisch zu bewältigen.

2753 **Wer Grün wählt, ...**

2754 ... will mehr Rechte für Kinder und Jugendliche;
2755 ... will Kita-Ganztagesanspruch für alle Kinder;
2756 stellt Kindern und Jugendlichen mehr öffentlichen Raum zur Verfügung;
2757 ... will den Kinder- und Jugendschutz in den neuen Medien durchsetzen.

2758

2759

2760

2761

2762

2763

2764 **9. FÜR EIN GESUNDES SACHSEN-ANHALT**

2765 *Gesundheit ist ein hohes Gut. Für ihre Förderung, ihren Erhalt und ihre (Wieder)-*
2766 *Herstellung sind eine wirksame Vorsorge und eine qualitativ hochwertige und gut*
2767 *erreichbare medizinische Versorgung für alle Menschen erforderlich. Suchtprävention*
2768 *und Suchtberatung gehören dazu.*

2769 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen eine Zweiklassenmedizin ab, bei der privat*
2770 *Versicherte besser behandelt werden als gesetzlich Versicherte. Eine Kopfpauschale*
2771 *und die damit verbundene Abkehr von der solidarischen Finanzierung der*
2772 *Krankenversicherung darf es nicht geben.*

2773 *Wir wollen die Eigenverantwortung und gesundheitliche Kompetenz der Menschen*
2774 *stärken. Da die Ernährung ein entscheidender Gesundheitsfaktor ist, müssen*
2775 *Lebensmittel und das Wissen über ihre Wirkungen verbessert werden. Für uns spielt*
2776 *deshalb der Verbraucherschutz eine zentrale Rolle. Auch Sport und Bewegung tragen*
2777 *entscheidend zur Gesunderhaltung und zur Prävention von Krankheiten bei.*
2778 *Angesichts der Alterung unserer Gesellschaft und der Bewegungsarmut bei Kindern*
2779 *wie Erwachsenen kommt einer breit angelegten und gezielten Sportförderung*

2780 *besondere Bedeutung zu.*

2781 **Gesundheitspolitik für alle Bürgerinnen und Bürger gestalten**

2782 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass die Patientinnen und Patienten den Takt im
2783 Gesundheitssystem angeben: mehr Prävention, mehr Qualitätstransparenz und die
2784 Stärkung der Patientinnen- und Patientenrechte. Das bedeutet auch, dass die Abläufe
2785 und Strukturen in Krankenhäusern, Arztpraxen und anderen
2786 Gesundheitseinrichtungen patientenorientiert organisiert werden müssen.

2787 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Bürgerversicherung ein, in die alle
2788 Erwerbstätigen (auch Selbstständige sowie Beamtinnen und Beamte) einzahlen und
2789 alle Einkommensarten (auch Kapitalerträge) einbezogen werden sollen. Die heutige
2790 Trennung von gesetzlicher und privater Krankenversicherung führt dazu, dass sich
2791 ausgerechnet die wirtschaftlich leistungsstärkeren und im Regelfall gesündesten
2792 Bevölkerungsgruppen nicht am Solidarausgleich beteiligen müssen.

2793 Besondere Aufmerksamkeit wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt der
2794 flächendeckenden medizinischen Versorgung widmen. In einigen Regionen in
2795 Sachsen-Anhalt gibt es längst Engpässe in der hausärztlichen Versorgung und auch
2796 in einigen Facharztbereichen, die sich in den kommenden Jahren verstärken werden.
2797 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennen an, dass mit der Förderung der
2798 Niederlassungsbereitschaft und der Einrichtung der Koordinierungsstelle für die
2799 Weiterbildung zur Fachärztin und zum Facharzt für Allgemeinmedizin bereits wichtige
2800 Maßnahmen eingeleitet wurden, um dem Mangel an Hausärztinnen und -ärzten
2801 besonders im ländlichen Raum zu begegnen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen im
2802 Konzept der mobilen Praxisassistentinnen und -assistenten ein Erfolgsmodell. Es
2803 entlastet Ärztinnen und Ärzte ebenso wie Patientinnen und Patienten. Wir setzen uns
2804 dafür ein, dass sich alle Krankenkassen am Vertrag mit dem Hausärzterverband
2805 beteiligen und so zur Finanzierung der medizinischen Versorgung in der Fläche
2806 beitragen.

2807 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Versorgungsstrukturen so weiterentwickeln,
2808 dass ambulante und stationäre Einrichtungen des Gesundheits- und des
2809 Pflegebereichs besser zusammenarbeiten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die
2810 enge Zusammenarbeit von Ärztinnen und Ärzten, Pflegediensten und anderen
2811 Gesundheitsberufen in Gesundheitszentren und Versorgungsnetzen und eine
2812 innovative Planung der Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, die auf die
2813 Bedarfslagen der in der Region lebenden Bevölkerung ausgerichtet ist

2814 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die weitere Privatisierung von Krankenhäusern ab,
2815 denn in deren Folge verbleiben die finanziell wenig attraktiven Versorgungsleistungen
2816 bei den öffentlichen Krankenhäusern.

2817 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass sich Krankenhäuser als
2818 regionale bzw. fachliche Gesundheitszentren profilieren.

2819 Die Gefahren durch MRSA-Infektionen müssen endlich ernst genommen werden und

2820 ein MRSA-Screening in den Kliniken Sachsen-Anhalts eingeführt werden – nach dem
2821 Vorbild niederländischer Kliniken. Hier könnte Sachsen-Anhalt eine Vorreiterrolle in
2822 der Bundesrepublik einnehmen, da die Folgen von MRSA-Infektionen jährlich enorme
2823 finanzielle, wirtschaftliche und individuelle Risiken bergen.

2824 Die Auswirkungen von Umweltfaktoren auf die Gesundheit des Menschen sind bislang
2825 noch zu wenig erforscht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten daher für die Stärkung
2826 der Umweltmedizin in Sachsen-Anhalt ein.

2827 Es ist erwiesen, dass soziale Benachteiligung krank macht und die Lebenserwartung
2828 verkürzt. Wir wollen uns deshalb dafür einsetzen, dass gesundheitsfördernde
2829 Angebote für Menschen in schwierigen und belastenden Lebenssituationen gemacht
2830 werden.

2831 AIDS muss wieder mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit zukommen. Die
2832 Präventionsarbeit muss gestärkt werden. Konkret werden wir uns dafür einsetzen,
2833 dass Informationsmaterial mehrsprachig zur Verfügung gestellt wird.

2834 **Drogenprävention stärken**

2835 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Präventionsarbeit stärken.*

2836 Eine drogenfreie Gesellschaft gibt es nicht. Problem Nummer Eins unter den
2837 Suchtmittelabhängigkeiten ist der Alkoholismus. Etwa die Hälfte aller
2838 Gewaltstraftaten wird in Sachsen-Anhalt unter Alkoholeinfluss begangen.
2839 Medikamente sind gerade für Frauen und ältere Menschen bevorzugte Suchtstoffe.
2840 Alkohol und Nikotin sind die maßgeblichen Einstiegsdrogen und die Hauptgefahren
2841 für immer jüngere Kinder und Jugendliche, in Abhängigkeit und Sucht zu geraten.
2842 Beratungsarbeit muss das Abgleiten in die Sucht verhindern.

2843 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Aufklärungsarbeit stärken und das
2844 Therapieangebot für suchtkranke Menschen ausbauen. Wir setzen uns für einen
2845 Ausbau der Suchtprävention und Suchtberatung an Schulen ein. Die Legalisierung
2846 sogenannter weicher Drogen darf nicht über ihre Gefahren hinwegtäuschen. Bei
2847 harten Drogen wollen wir neben Prävention und Therapie die Überlebenshilfe als
2848 wichtigen Pfeiler der Suchtpolitik ausbauen. Gleichzeitig ist der Vertrieb harter
2849 Drogen mit allen rechtstaatlichen Mitteln im Rahmen der Bekämpfung der
2850 organisierten Kriminalität zu verfolgen.

2851 **Verbraucherinnen und Verbraucher informieren und schützen**

2852 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe. Wir
2853 wollen gute, faire Produkte und Dienstleistungen, die den Menschen nützen und nicht
2854 zu Gesundheitsschäden, Umweltzerstörung, Ausbeutung oder finanziellen Verlusten
2855 führen.

2856 Damit ein Konsum ohne Reue möglich wird, brauchen Verbraucherinnen und
2857 Verbraucher verständliche Informationen. Informationen zu verwendeten
2858 Inhaltsstoffe, technischer Sicherheit oder gesundheitlichen Auswirkungen fehlen

2859 häufig. Preise und Tarife sind oft unübersichtlich und verwirrend. Aussagen über den
2860 Energieverbrauch und die Umwelt-, Arbeits- und Lohnbedingungen während der
2861 Herstellung eines Produktes gibt es nicht. Damit fehlt Verbraucherinnen und
2862 Verbraucher die Grundlage, um durch kluge Kaufentscheidungen zu mehr
2863 Gesundheits-, Ressourcen- und Klimaschutz sowie zur Lösung von Problemen wie
2864 Kinderarbeit und mangelnde globale Gerechtigkeit beizutragen. BÜNDNIS 90/DIE
2865 GRÜNEN wollen auf allen Ebenen für mehr Transparenz sorgen und die
2866 Verbraucherinnen- und Verbraucherkompetenz stärken.

2867 Gerade Lebensmittel wirken sich stark auf die Gesundheit aus. Um die Gesundheits-
2868 und Ernährungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger zu steigern, setzen sich
2869 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deshalb für eine klare und leicht verständliche
2870 Lebensmittelkennzeichnung ein. Wir befürworten ausdrücklich die
2871 Ampelkennzeichnung. Außerdem soll die Kennzeichnung so aufschlussreich sein, dass
2872 es den Verbraucherinnen und Verbrauchern möglich wird, sich für qualitativ
2873 hochwertige, gentechnikfreie, schadstoffarme, tierschutzgerechte und regionale
2874 Produkte zu entscheiden.

2875 Die an Kinder gerichtete Werbung für Lebensmittel, die bevorzugt von ihnen
2876 konsumiert werden, wie Schokoriegel und Chips ist dort einzuschränken, wo sie mit
2877 irreführenden Aussagen zu gesundheitsgefährdenden Verhaltensweisen verlockt. Wir
2878 treten für ein Werbeverbot an Schulen ein.

2879 Gesetzlich vorgeschriebene, unabhängige Kontrollen auf allen Stufen der Erzeugung,
2880 Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln sind notwendig, um schwarze
2881 Schafe zu entdecken. Damit diese Kontrollen in dem erforderlichen Umfang auch
2882 stattfinden, müssen die überwachenden Behörden personell dazu in die Lage versetzt
2883 werden.

2884 Die Einschränkung des Fleischkonsums oder der Verzicht auf den Verzehr tierischer
2885 Produkte stehen für Tier- und Klimaschutz. Fleisch sollte aus regionaler Erzeugung
2886 stammen, damit Langzeittransporte verhindert werden. An Schulen, in
2887 Seniorenheimen und in öffentlichen Einrichtungen muss es möglich sein, sich
2888 vegetarisch oder vegan zu ernähren.

2889 Zuständige Behörde für den Verbraucherschutz in Sachsen-Anhalt ist das Landesamt
2890 für Verbraucherschutz. Es kümmert sich vor allem um den gesundheitlichen
2891 Verbraucherschutz, den Arbeitsschutz und die Marktüberwachung. Jedoch bergen die
2892 Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen, die Anwendung von Nanomaterialien
2893 z.B. in Kosmetika sowie Nahrungsergänzungstoffe in zahlreichen Lebensmittel
2894 Gesundheitsgefahren, auf die schnell und umfassend reagiert werden muss. Das
2895 Landesamt für Verbraucherschutz muss hierfür Verantwortung übernehmen.

2896 Die Umsetzung bestehender Vorschriften – zum Beispiel beim Nichtraucherschutz –
2897 muss besser kontrolliert werden. Schutzstandards dürfen nicht weiter gesenkt
2898 werden wie das beispielsweise bei der Trinkwasseraufbereitung oder den Planungen
2899 für neue Müllöfen vorgesehen ist. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen
2900 ausreichend über den Nutzen der so genannten Individuellen Gesundheitsleistungen

2901 (IGEL), die Ärztinnen und Ärzte gegen Entgelt außerhalb der Leistungen der
2902 Krankenkassen anbieten können, informiert werden.

2903 Die Unabhängigkeit der Verbraucherzentrale von Wirtschaft und Politik ist
2904 Voraussetzung für ihre Arbeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die
2905 Verbraucherzentrale finanziell besser ausstatten, damit sie ihr Beratungsangebot
2906 erweitern und alle Verbraucherinnen und Verbraucher erreichen kann. Wir wollen die
2907 Kofinanzierung von Bundesprojekten in den Bereichen Energie, Klima und
2908 wirtschaftlicher Verbraucherschutz durch das Land sichern.

2909 120.000 Hilfesuchende konsultierten im Jahr 2009 die Verbraucherzentrale Sachsen-
2910 Anhalt und zeigen, dass der Bedarf an Information und Beratung groß ist. BÜNDNIS
2911 90/DIE GRÜNEN halten die Umwandlung einiger Stützpunkte der Verbraucherzentrale
2912 Sachsen-Anhalt in reguläre Beratungsstellen für notwendig, damit umfassende
2913 Beratung für Verbraucherinnen und Verbraucher auch im ländlichen Raum
2914 gewährleistet ist.

2915 Die Beratung für Verbraucherinnen und Verbraucher darf nicht an sprachlichen,
2916 kulturellen oder gesundheitlichen Barrieren scheitern. Migrantinnen und Migranten,
2917 Menschen mit geringerer Bildung und Sinnesbehinderte brauchen spezifische
2918 Angebote, damit auch sie sich informieren können.

2919 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Institutionen des Landes Sachsen-Anhalt zu
2920 einem Vorbild des nachhaltigen Konsums machen. Wir setzen uns für eine
2921 nachhaltige Beschaffung von Produkten und Leistungen wie zum Beispiel Ökostrom
2922 und Recyclingprodukte sowie Biolebensmittel in den Kantinen ein.

2923 **Das sportliche Sachsen-Anhalt fördern**

2924 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen zu Bewegung und Sport ermutigen. Das fängt beim
2925 Treppensteigen an und muss nicht bei der Fahrt zur Arbeit mit dem Fahrrad
2926 aufhören. Dazu gehört eine Gestaltung von Städten und Gebäuden, die dazu einlädt,
2927 sich zu bewegen.

2928 Sport in der Gruppe und im Verein hat weitere Funktionen. Miteinander gewinnen
2929 und verlieren können und in der Gemeinschaft Sport treiben, sind neben der
2930 Gesundheitsförderung wichtige Erfahrungen in allen Altersgruppen, die Aktivität,
2931 soziale Beziehungen und Integration stärken. Sportentwicklung muss so ausgerichtet
2932 sein, dass Alter, Behinderung oder sexuelle Identität den Zugang zum Sport nicht
2933 einschränken. Fanprojekte, die Toleranz im Sport einfordern und selber üben,
2934 genießen unsere volle Unterstützung. Wir wollen das ehrenamtliche Engagement im
2935 Sport fördern.

2936 In Sachsen-Anhalt gibt es unterschiedliche Sportvereine, die es zu fördern gilt. Das
2937 gilt für die Unterstützung insbesondere des Breitensports, aber auch des
2938 Spitzensports. Gezielte Maßnahmen sollen dafür sorgen, dass der Sport die Freizeit
2939 bereichert und die Gesundheit gefördert wird. Dazu gehört auch, dass Sportstätten,
2940 Spielplätze und Strukturen erhalten werden. Wir sehen besonders die Sportvereine

2941 als förderungswürdig an, die durchgängig Angebote für Kinder- und Jugendliche - vor
2942 allem für Mädchen - in allen Altersklassen haben.

2943 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für sozial gestaffelte Eintrittsgelder bei
2944 Schwimmbädern und anderen sportlichen Einrichtungen ein.

2945 Die Sportförderung in Sachsen-Anhalt muss gerade in finanziell schwierigen Zeiten
2946 eine verlässliche Größe sein. Mit einem Runden Tisch sollen die Erfahrungen der
2947 derzeitigen Förderpraxis ausgewertet und neue Vorschläge erarbeitet werden. Neben
2948 dem Ministerium, den Kommunen und dem Landessportbund müssen dabei auch die
2949 Vereine die Möglichkeit haben ihre praktischen Erfahrungen einzubringen. Da immer
2950 mehr Vereine in Sachsen-Anhalt die Verantwortung für den Erhalt kommunaler
2951 Sportanlagen übertragen bekommen, muss dies in der Förderpraxis berücksichtigt
2952 werden.

2953

2954 **Wer GRÜN wählt, ...**

2955 ... stimmt gegen die Zweiklassenmedizin und für eine bessere Versorgung durch
2956 die gesetzlichen Krankenkassen;

2957 ... stärkt die Verbraucherzentrale;

2958 ... möchte die Selbstverwaltung des Sports durch mehr Transparenz in den
2959 Gremien erhalten.

2960 **10. FÜR EIN KULTURELL VIELFÄLTIGES SACHSEN-ANHALT**

2961
2962 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die vielfältige Kulturlandschaft Sachsen-Anhalts*
2963 *erhalten und weiterentwickeln. Zu ihr gehören vier Weltkulturerbestätten,*
2964 *traditionsreiche Festspiele, eine beachtlichen Theaterlandschaft, zahlreichen Museen,*
2965 *bedeutsame Sammlungen, eine reiche Bibliothekenlandschaft und eine engagierte*
2966 *Arbeit vieler Vereine und Förderkreise.*

2967 *Kunst und Kultur sind für uns Daseinsvorsorge, denn sie tragen entscheidend dazu*
2968 *bei, das Wertefundament unserer Gesellschaft zu sichern. Sie setzen Kreativität und*
2969 *Fantasie frei, sie konfrontieren uns mit Geschichte und Gegenwart, mit Tradition und*
2970 *ungewohntem Neuen. Sie regen zur Auseinandersetzung an, bringen unterschiedliche*
2971 *Menschen in den Dialog und fördern so Toleranz und gesellschaftliches Engagement.*

2972 **Kulturelle Infrastruktur sichern**

2973 Im Zentrum der Kulturpolitik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt steht
2974 die Erhaltung kultureller Räume und ihrer kulturellen Infrastruktur. Jugendzentren,
2975 Ateliers, Proberäume, Theater, Bibliotheken, Museen, Aufführungs- und
2976 Ausstellungsorte und soziokulturelle Zentren ermöglichen ein vielfältiges Angebot,

2977 Kultur zu erleben und aktiv mitzugestalten. Unser Ziel ist es, dass jede und jeder in
2978 angemessener Entfernung vom Wohnort die für sie oder ihn passenden kulturellen
2979 Angebote nutzen kann.

2980 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für ein Kulturraumgesetz nach sächsischem Vorbild
2981 ein, um gemeinsam die kulturelle Infrastruktur zu finanzieren und zu erhalten. Die
2982 gemeinsame Wahrnehmung der Verantwortung für die kulturelle Infrastruktur
2983 ermöglicht eine langfristige und solide Planung für Kultureinrichtungen.

2984 **Soziale Lage der Kulturschaffenden stärker in den Blick nehmen**

2985 Kulturschaffende brauchen existenzsichernde Rahmenbedingungen, die die
2986 künstlerische Auseinandersetzung erst ermöglichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2987 setzen sich daher für eine stabile soziale Absicherung für Künstlerinnen und Künstler
2988 und der in der Kultur Beschäftigten ein – ob im Kulturbetrieb, in der
2989 Kreativwirtschaft, für Selbstständige oder abhängig Beschäftigte, ob in freier oder
2990 unselbstständiger Mitarbeit oder im Praktikum. Wir setzen uns daher im Bundesrat
2991 für den Erhalt und die Stärkung der Künstlersozialversicherung ein.

2992 Zur Kulturförderung gehören auch bezahlbare Atelier- und Arbeitsräume, innovative
2993 Modellprojekte und arbeitsfähige Netzwerke. Das Land muss neue Instrumente der
2994 wirtschaftlichen Künstlerförderung – Beratungsangebote, Förderung neuer
2995 Tätigkeitsfelder usw. – entwickeln.

2996 **Niemanden von Kultur ausschließen**

2997 Kultur lebt heute wie zu allen Zeiten auch von der Bereitschaft der Menschen, für sie
2998 Verantwortung zu übernehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher eine
2999 lebendige Bürgerkultur ermöglichen, die die institutionalisierte Kultur ergänzt und die
3000 alle einbezieht – Junge und Alte, Frauen und Männer, Einheimische, Migrantinnen
3001 und Migranten, Menschen mit und ohne Behinderung, Menschen mit großem oder
3002 kleinem Geldbeutel. Kultur muss für alle Menschen zugänglich sein, auch für jene,
3003 die im ländlichen Raum leben.

3004 Für uns ist aber auch wichtig: Bürgerschaftliches Engagement darf nicht als Ersatz
3005 für staatliches Handeln angesehen werden. Das Ehrenamt darf nicht dazu
3006 missbraucht werden, hauptamtliche Strukturen abzubauen. BÜNDNIS 90/DIE
3007 GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass das bürgerschaftliche Engagement – in allen
3008 Kultursparten – mehr Anerkennung und Unterstützung erhält

3009 Soziale Stellung oder kulturelle Herkunft dürfen keine Barrieren für den Zugang zur
3010 Kultur sein. Eintrittsgelder oder Benutzungsgebühren dürfen keine unüberwindlichen
3011 Schwellen darstellen. Mit kontrastreicher Beschriftung, eingebauten Hörschleifen und
3012 leicht verständlicher Sprache wird Kultur auch für Menschen mit Behinderungen ein
3013 Genuss. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden entsprechende Initiativen unterstützen
3014 und fördern.

3015 Jede Altersgruppe hat spezifische kulturelle Bedürfnisse und das Recht, dass auf
3016 diese eingegangen wird. Vor allem Kinder und Jugendliche brauchen öffentliche
3017 Räume, in denen sie ihre Kreativität entfalten können. Ihr Zugang zu Musikschulen,
3018 Bibliotheken, Theater- oder Tanzprojekten darf nicht am Geldbeutel der Eltern
3019 scheitern. Ein Kultur-Gutschein ist eine gute Möglichkeit, diese Barriere zu
3020 beseitigen. Öffentlich geförderte Kultureinrichtungen wollen wir verpflichten,
3021 kulturelle Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche zu entwickeln und
3022 nachzuweisen.

3023 **Kultur an allen Orten fördern**

3024 Kulturpolitik muss sich angesichts des demographischen Wandels und der geringen
3025 Besiedlungsdichte in Sachsen-Anhalt den Anforderungen der ländlichen Regionen
3026 stellen. Öffentliche Kultureinrichtungen sind aller Orten bedroht. Theater, Kinos,
3027 Bibliotheken und Kulturvereine wurden geschlossen oder stehen vor dem Aus.

3028 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass keine Region kulturell
3029 abgehängt wird. Der ländliche Raum darf nicht zur kulturfreien Zone werden.
3030 Deshalb müssen dort zum Beispiel Fahrbibliotheken erhalten bleiben. Spielstätten
3031 müssen zumindest für sog. „Abstecher“-Theateraufführungen erhalten bleiben.
3032 Begegnungsstätten junger Menschen dürfen nicht geschlossen werden. Die Zukunft
3033 unserer Kommunen hängt auch davon ab, ob es uns gelingt, Kreativitätspotenziale
3034 vor Ort zu entwickeln und zu erhalten.

3035 Für die Entwicklung der Städte ist die Förderung der kulturellen Strukturen ein
3036 wichtiger Motor. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN engagieren sich gegen die zunehmende
3037 Verödung der Innenstädte. Wir wollen eine Stadt, in der innerstädtisches Wohnen,
3038 phantasievolle Umnutzungen im Gebäudebestand, Denkmalschutz, die
3039 Rückeroberung von Industriebrachen und die Gestaltung öffentlicher Räume im
3040 Vordergrund stehen. In diesem Sinne werden wir kreative Initiativen fördern.

3041 **Denkmalschutz stärken**

3042 Die berechtigten Interessen des Denkmalschutzes dürfen jedoch nicht dazu führen,
3043 dass bedeutsame Denkmäler gänzlich verfallen. Wo Denkmalschutz von Nutzern oder
3044 Eigentümern nicht wirtschaftlich realisiert werden kann ist politisches Handeln
3045 erforderlich. Eine nachhaltige wirtschaftliche Nutzung muss möglich sein, wenn
3046 Investitionen nicht ausbleiben sollen. Ziel aller Maßnahmen sollte es sein, das
3047 Denkmal zu erhalten und einer nachhaltigen wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen.
3048 Entbürokratisierung darf aber nicht dazu führen, dass wirkungsvolle Möglichkeiten
3049 des Denkmalschutzes verloren gehen. In Flächennutzungs- und Bebauungsplänen
3050 dürfen daher notwendige Standards des Kulturdenkmalschutzes nicht unterschritten
3051 werden. Der fehlende denkmalrechtliche Umgebungsschutz (Pufferzonen) stellt
3052 zunehmend ein Problem dar.

3053 Die Gruppe der technischen Denkmale, aber auch viele Schlösser, Dorfkirchen und
3054 ländliche Bauten befinden sich in einem besorgniserregenden Zustand. BÜNDNIS
3055 90/DIE GRÜNEN sind sich der Bedeutung des Baukulturerbes bewusst und setzen

3056 sich für eine entsprechende finanzielle Förderung ein. Denkmaleigentümer,
3057 ehrenamtliche Denkmalpfleger, Stiftungen aber auch die vielfältigen Bürgerinitiativen
3058 wollen wir unterstützen und einbeziehen. Ihr Engagement für einen achtsamen
3059 Umgang mit Baudenkmalern verdient kompetente Beratung und Förderung durch das
3060 Land.

3061 Nicht nur denkmalgeschützte Häuser stehen jedoch in Sachsen-Anhalt leer. Oft ist
3062 dafür fehlendes Interesse oder mangelndes Eigenkapital für die notwendige
3063 Sanierung bei den Eigentümern der Grund. Die Folgen sind verwahrloste Ruinen in
3064 Dörfern und Städten und oft auch Abriss. Das ist nicht nur ein Verlust an Wohnraum
3065 und urbaner Verdichtung, auch geht mit jedem historischen Haus ein Stück kulturelle
3066 Identität verloren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Verfahren prüfen, wie über
3067 einen längeren Zeitraum ungenutzte Immobilien wieder der Allgemeinheit zugänglich
3068 gemacht und erhalten werden können. Dazu gehört auch, über Formen der
3069 Enteignung nachzudenken, wenn Immobilienbesitzerin und -besitzer ihrer
3070 Verantwortung für ein Gebäude über Jahre nicht nachkommen. Wir werden zudem
3071 prüfen, welche Möglichkeiten zur Legalisierung so genannter Instandbesetzungen
3072 praktikabel und möglich sind.

3073 **Kultur- und Kreativwirtschaft eine Perspektive geben**

3074 Kultur- und Kreativwirtschaft sind schon heute ein wichtiger Wirtschafts- und
3075 Standortfaktor in Sachsen-Anhalt. Die gewachsenen Strukturen und Potenziale
3076 wollen wir unter Einbeziehung der Kulturschaffenden gezielt fördern. Hier sehen wir
3077 die Möglichkeit, die Entstehung zahlreicher neuer Arbeitsplätze zu unterstützen.

3078 Kultur ist heute ein beachtlicher so genannter weicher Standortfaktor im Ringen um
3079 die Neuansiedlung von Unternehmen. Ein vielfältiges kulturelles Angebot ist für das
3080 Management und die Beschäftigten sowie deren Familien ein wichtiges Argument.

3081 Der Förderung des Kulturtourismus in Sachsen-Anhalt wollen wir einen höheren
3082 Stellenwert einräumen und dabei neben den Großstädten Magdeburg und Halle
3083 (Saale) auch die Potenziale der ländlichen Regionen stärker aktivieren. Hier sind
3084 insbesondere die Straße der Romanik, die Tourismusroute „Himmelswege“ mit dem
3085 multimedialen Besucherzentrum Arche Nebra, das Kloster Memleben, das Bauhaus
3086 Dessau, das Gartenreich Dessau/Wörlitz und die Luthergedenkstätten zu nennen.

3087 3088 **Alternative Jugendkultur unterstützen**

3089 Jugendkultur ist ein sich stetig wandelndes Phänomen. Kommunale Infrastruktur
3090 muss sich dem anpassen, indem Raum zur Verfügung gestellt wird, in dem sich
3091 angehende Künstlerinnen und Künstler ausprobieren können. Dies kann geschehen,
3092 indem Wandflächen für Graffitis frei gegeben werden, um zu verhindern, dass
3093 wichtige Teile der Kultur kriminalisiert werden. Oder indem Jugend- und
3094 Begegnungsstätten mit Proberäumen ausgestattet werden. Dies kann eine
3095 Steigerung der Wohn- und Lebensqualität bewirken. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

3096 unterstützen selbst organisierte Initiativen junger Kreativer und beharren nicht auf
3097 starren Strukturen und stehen für eine offene Kommunikation zwischen den
3098 unterschiedlichen kulturellen Bedürfnissen der Generationen.

3099 **Kultur finanziell absichern**

3100 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen Initiativen, die auf eine kommunale
3101 Kulturförderabgabe drängen. Diese Mittel müssen zweckgebunden eingesetzt
3102 werden.

3103 Die Ausgaben für kommunale Kultureinrichtungen zählen zu den sogenannten
3104 freiwilligen Leistungen. Bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt ist eine Kommune
3105 auf Grund geltenden Rechts gezwungen, die öffentliche Bibliothek zu schließen, kann
3106 aber eine neue Gemeindestraße bauen. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist das die
3107 falsche Priorität, denn zu einer funktionsfähigen Infrastruktur gehören zwingend
3108 Kultur- und Bildungseinrichtungen.

3109 **Wer Grün wählt, ...**

3110 ... fördert die kulturelle Identität der Städte und ländlichen Regionen;
3111 ... stärkt den Denkmalschutz
3112 ... ist für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kulturschaffende;
3113 ... stärkt den Wirtschaftsfaktor „Kultur“;
3114 ... will Kultur für alle zugänglich machen.

3115

3116

3117

3118

3119

3120

3121

3122

3123

3124

3125

3126

3127

3128

3129

3130

3131

3132

3133 **11. FÜR EIN DIGITALES SACHSEN-ANHALT**

3134 *Information und Kommunikation, Datenaustausch und Vernetzung sind Kennzeichen*
3135 *einer modernen Informationsgesellschaft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine*
3136 *digitale Zukunft, die nicht nur ökonomische Verwertung oder staatliche*
3137 *Kontrollinteressen im Auge hat, sondern die Freiheit und Rechte der Nutzerinnen und*
3138 *Nutzer ins Zentrum stellt: Deine Daten gehören dir und nicht einem Schnüffelstaat*
3139 *oder einer Schnüffelwirtschaft!" Der Zugang zu neuen wie alten Medien ist in jeder*
3140 *Hinsicht (barriere-)frei zu gewährleisten. Medienkompetenz, informationelle*
3141 *Selbstbestimmung, umfassender Daten- und Verbraucherschutz, Urheberrechte und*
3142 *Freiheit im Internet sind die Grundlagen für eine demokratische digitale Zukunft. Wir*
3143 *wollen die Chancen des Internets nutzen und nicht nur die möglichen Gefahren*
3144 *bekämpfen.*

3145 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen dabei nicht nur die vielen kleinen Stellschrauben*
3146 *drehen, sondern eine neue Politik für Datenschutz, Datensicherheit und*
3147 *selbstbestimmte Bürgerinnen und Bürger, im Internet wie in der realen Welt.*

3148 **Die Menschen digital an der Demokratie beteiligen**

3149 Das digitale Zeitalter hat das Potenzial, politische und staatliche Entscheidungen
3150 transparenter zu machen und mehr Menschen zu beteiligen. Dies hat auch zur Folge,
3151 dass die Menschen im Land gegenüber staatlichen Institutionen gestärkt werden.
3152 Mitwirkungs- und Kontrollrechte können ausgebaut werden. Daher wollen wir die
3153 verfügbaren Informationen auf den Internetseiten öffentlicher Stellen drastisch
3154 erhöhen und für Nutzerinnen und Nutzer freundlicher gestalten. Sie sollen auch die
3155 Möglichkeit bekommen, Vorhaben zu kommentieren und im Netz zu diskutieren. Eine
3156 Voraussetzung ist, dass Informationen in einem freien Standard, also nicht in einem
3157 kommerziell geschützten Format bereitgestellt werden. Darüber hinaus wollen wir
3158 elektronische Petitionen auch in Sachsen-Anhalt möglich machen.

3159 **Freien Zugang zum Internet schaffen**

3160 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen freien Internetzugang für alle
3161 Einwohnerinnen und Einwohner Sachsen-Anhalts und die Netzneutralität
3162 gewährleisten. Frei bedeutet für uns nicht ohne Regeln, aber Netzsperrungen wie Sperr-
3163 und Stoppschildlösungen lehnen wir ab, weil sie leicht zu umgehen sind. Außerdem
3164 sind entsprechende Sperrungen bereits der Einstieg in eine Zensur des Internets. Dem
3165 Missbrauch des Internets durch kriminelle Handlungen (z.B. Kindesmissbrauch) kann
3166 nur durch Löschung der Daten begegnet werden – auch bei Betreibern ausländischer
3167 Server.

3168 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für rechtliche Rahmenbedingungen ein, durch
3169 die Internetnutzerinnen und -nutzer anderen die Nutzung gewähren können, ohne
3170 Angst vor Kündigung durch den Provider, vor Schadenersatzforderungen oder vor
3171 Haftungsproblemen haben zu müssen.

3172 In allen Städten und Dörfern Sachsen-Anhalts muss es endlich möglich sein, einen
3173 schnellen Zugang zum Internet zu erhalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich
3174 konsequent für den Ausbau des Breitbandnetzes ein. Für uns ist die
3175 Breitbandversorgung Teil der Daseinsvorsorge.

3176 Für Menschen mit Behinderungen ist die gleichberechtigte Teilhabe an Informationen
3177 zu sichern. Sachsen-Anhalt muss endlich die auf Bundesebene geltende „Barrierefreie
3178 Informationstechnik-Verordnung“ in Landesrecht übernehmen.

3179 **Über persönliche Daten selber bestimmen**

3180 In allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens wachsen die Möglichkeiten
3181 der Informations- und Datenverarbeitung (IT-Technik). Vom PC zu Hause bis zur
3182 Datenerfassung auf Autobahnen (Maut-System), von der Online-Durchsuchung bis
3183 zum Ganzkörper-Scannen von Flugpassagieren, vom Handy bis zur
3184 Überwachungskamera gibt es kaum eine Alltagssituation, in der es nicht möglich ist,
3185 Menschen auszuspähen.

3186 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten darum dafür ein, das Recht auf informationelle
3187 Selbstbestimmung, nämlich grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung
3188 seiner personenbezogenen Daten zu bestimmen, als Grundrecht in Verfassung und
3189 Grundgesetz einzufügen. Jede Datenschnüffelei lehnen wir ab. Das
3190 Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 2010 die Vorratsdatenspeicherung gekippt und
3191 das Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität
3192 informationstechnischer Systeme (Grundrecht auf digitale Intimsphäre) begründet.
3193 Wir werden uns gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung zur Wehr setzen und
3194 streiten auch auf europäischer Ebene gegen neue Möglichkeiten der Überwachung.

3195 Datensicherheit ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für den Datenschutz der
3196 Zukunft. Die Datenskandale der vergangenen Jahre haben wiederholt gezeigt, dass
3197 vor allem Unternehmen wenig Interesse an der Sicherheit und dem Schutz unserer
3198 persönlichen Daten haben. So werden Daten schamlos weitergegeben oder gar
3199 verkauft. Auch wenn Milliarden-Umsätze mit unseren persönlichen Daten erzielt

3200 werden, wird den einzelnen Daten kein angemessener Wert zugesprochen. Daten
3201 werden immer noch wie freie und besitzerlose Güter gehandelt.

3202 Doch sowohl für den Staat als auch für die Unternehmen ist es von Interesse, wenn
3203 Bürgerinnen und Bürger frei von Angst vor Missbrauch oder Datendiebstahl neue
3204 Technologien nutzen können. Sie brauchen die Sicherheit, dass nicht jede
3205 Information, die sie einmal von sich preisgeben, sofort verwertet, verkauft und
3206 gegen sie verwendet werden kann. Darum wollen wir nicht nur die Strafzahlungen für
3207 Vergehen gegen den Datenschutz erhöhen, sondern künftig auch konkrete
3208 Entschädigungen und Strafzahlungen an Betroffene von Datenschutzverstößen, auch
3209 bei immateriellen Schäden, prüfen.

3210 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN reichen die einfachen Widerspruchsmöglichkeiten des
3211 derzeitigen Melderegistergesetzes nicht aus. Wir halten es für dringend erforderlich
3212 die Meldedaten, zu deren Abgabe die Bürgerinnen und Bürger verpflichtet sind,
3213 besser zu schützen. Mit einer Änderung des Landesmeldegesetzes wollen wir
3214 sicherstellen, dass die Weitergabe von Meldedaten an kommerzielle Private und
3215 Parteien generell von der vorherigen Einwilligung jeder und jedes Einzelnen abhängig
3216 gemacht wird (Einwilligungsvorbehalt).

3217
3218 Um Verstöße schneller und angemessener ahnden zu können, bedarf es einer starken
3219 und unabhängigen Datenschutzaufsicht. In Sachsen-Anhalt ist der Datenschutz im
3220 öffentlichen und privaten Bereich immer noch getrennt der Aufsicht des
3221 Landesbeauftragten und dem Landesverwaltungsamt zugeordnet. BÜNDNIS 90/DIE
3222 GRÜNEN wollen diese Aufgaben allein beim Landesbeauftragten für Datenschutz
3223 zusammenführen. Außerdem streben wir ein Datenschutz-Audit-Gesetz an, um das
3224 Einhalten von Vorschriften beim Umgang mit Daten bei Behörden und Unternehmen
3225 bewerten zu können. Die Herkunft von Daten muss lückenlos nachgewiesen und eine
3226 vollständige Selbstauskunft über gespeicherte Daten ermöglicht werden.

3227 **Datenschutz bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stärken**

3228 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Datenschutz für Arbeitnehmerinnen und
3229 Arbeitnehmer stärken.

3230 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich auf Bundesebene für ein eigenständiges
3231 ArbeitnehmerInnen-Datenschutzgesetz stark machen. Die Datenkrake ELENA, bei der
3232 standardmäßig die Daten von Millionen Beschäftigten inklusive beispielsweise
3233 Informationen zu Krankheiten zentral gespeichert werden, lehnen wir ab. Mit der
3234 Umsetzung von ELENA wird massiv in die Persönlichkeitsrechte von Millionen
3235 Menschen eingegriffen. Dies hat nichts mit unseren Zielen von Entbürokratisierung
3236 und Datenschutz zu tun.

3237 **Transparenz behördlichen Handelns erhöhen**

3238 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Informationsrechte von Bürgerinnen und
3239 Bürgern weiter ausbauen. Auch mehr als zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des

3240 Informationszugangsgesetzes in Sachsen-Anhalt gibt es Probleme bei der
3241 Umsetzung. Nach wie vor ist der Schutz behördlicher Informantinnen und
3242 Informanten nicht gesetzlich geregelt und der Zugang zu Informationen für
3243 Bürgerinnen und Bürger nicht einfach genug. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen vor
3244 allem die Hürden, die durch entstehende Kosten verursacht werden, abbauen.
3245 Elektronische Akten bei den Behörden sollen so eingerichtet sein, dass Daten und
3246 Dokumente ohne Verletzung des Datenschutzes auch (elektronisch) einsehbar sind.
3247 Das so genannte Amtsgeheimnis muss zunehmend der Vergangenheit angehören.
3248 Denn offenes und transparentes Verwaltungshandeln bedeutet nicht nur direkte
3249 Kontrolle staatlicher Aktivitäten, sondern fördert zugleich aktives demokratisches
3250 Handeln engagierter Bürgerinnen und Bürger.

3251 **Freie Software nutzen**

3252 Durch Behörden sowie in der Wissenschaft mit Steuermitteln erstellte
3253 Wissenssammlungen wie Dokumente, Karten, Broschüren usw. müssen für die
3254 Allgemeinheit im nicht-kommerziellen Rahmen nutzbar sein. Dies setzt voraus, dass
3255 sie durch den Einsatz von offener und freier Software allen Bürgerinnen und Bürgern
3256 uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Hier bestehen in Sachsen-Anhalt noch große
3257 Defizite. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Einsatz von free/libre und Open
3258 Source Software (FLOSS) in öffentlichen Institutionen fördern und ihre Akzeptanz in
3259 der Öffentlichkeit steigern. Damit lassen sich zugleich Lizenzgebühren senken und
3260 langfristig staatliche Ausgaben einsparen. Außerdem wird das zivilgesellschaftliche
3261 Engagement der Bürgerinnen und Bürger bei der Bewältigung von Aufgaben und
3262 Vorhaben durch Wissenszuwachs gestärkt.

3263 **Informationstechnologie nachhaltig gestalten**

3264 In der Informationstechnologie sind gegenwärtig noch Produkte notwendig, deren
3265 Materialverbrauch an wertvollen Metallen und giftigen Schwermetallen sehr hoch ist.
3266 Auch führen immer höhere Rechnerleistungen und die Konzentration von
3267 Rechnerdienstleistungen zu immer höherem Energieverbrauch.

3268 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass auch die Informationstechnologie, sowohl in
3269 der Herstellung ihrer Produkte als auch in deren Anwendung ein auf Nachhaltigkeit
3270 ausgerichteter Wirtschaftszweig wird. Auf diesem Gebiet wollen wir die Forschung in
3271 Sachsen-Anhalt vorantreiben, um mehr neue Jobs durch nachhaltiges Wirtschaften
3272 zu schaffen.

3273 **Wirtschaftliche Chancen nutzen**

3274 Im IT-Markt gibt es Chancen für das Land auf Einsparungen und zusätzliche
3275 Einnahmen, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nutzen wollen. Die Landesregierung gibt
3276 als Großkunde viel Geld für spezielle Software bei Fachverfahren aus. Wir wollen hier
3277 durch frühzeitige Bekanntgabe der jeweiligen Anforderungen den Wettbewerb unter
3278 den Anbietern verstärken, um auch nicht etablierten Anbietern Chancen zu einem

3279 Angebot zu geben. Zudem wollen wir die Kosten der Verwaltung senken. Den
3280 elektronischen Briefkasten zum Beispiel, den die EU-Dienstleistungsrichtlinie
3281 verlangt, sehen wir als Chance, mehr Kommunikation papierlos und unkomplizierter
3282 abzuwickeln.

3283 **Medienvielfalt entwickeln**

3284 Die klassischen Medien wie Presse, Funk und Fernsehen sind in Sachsen-Anhalt
3285 relativ gut vertreten. Mit Sorge sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN allerdings die
3286 Verdichtung zu Medienkartellen. Es entsteht eine Gefahr für die freie, vielfältige,
3287 unabhängige und umfängliche Meinungsbildung, die der Demokratie im Lande
3288 schaden kann. Während es beim Rundfunk noch mehrere Anbieter gibt, ist die
3289 Abhängigkeit beim Fernsehen von einem öffentlich-rechtlichen Sender bereits
3290 gegeben. Die beiden großen Landeszeitungen haben ihr Verbreitungsgebiet klar
3291 abgegrenzt, so dass Informationen aus dem jeweils anderen Gebiet nur in
3292 begrenztem Maß zugänglich sind. Eine vielfältige Medienlandschaft garantiert
3293 Meinungsvielfalt und verhindert unkritische Einheitsmeinungen.

3294 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten konsequent für die Stärkung der Unabhängigkeit
3295 der Medienanstalt Sachsen-Anhalt ein. Eine politische Einflussnahme auf die Medien
3296 darf es nicht geben.

3297 Freie Medien schreiben in Sachsen-Anhalt Erfolgsgeschichten. Wir setzen uns für
3298 vielfältige freie Bürgermedienangebote nicht nur in Schulen und Volkshochschulen
3299 ein und werden diese weiter auch finanziell fördern. Bürgermedienkompetenz wird
3300 vor allem dadurch gestärkt, dass Bürgerinnen und Bürger selbst Hörfunk-, Fernseh-
3301 und Internetangebote gestalten und sich direkt und aktiv am medialen
3302 Meinungsbildungsprozess beteiligen.

3303 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch mit dem Hörfunk ins digitale Zeitalter.
3304 Künftige Ausschreibungen und Verlängerungen von UKW-Frequenzen wollen wir an
3305 die Nutzung einer digitalen terrestrischen Übertragung binden. Dabei soll eine
3306 analoge Grundversorgung in einem sozial und ökologisch verträglichen
3307 Übergangszeitraum gewährleistet bleiben.

3308 Besondere Verantwortung bei der Vermittlung von Medienkompetenz haben Schule
3309 und andere Bildungseinrichtungen sowie Unternehmen, Kultur- und
3310 Jugendeinrichtungen. Vor allem Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene
3311 benötigen Unterstützung beim Umgang mit den neuen Kommunikationsmöglichkeiten
3312 des digitalen Zeitalters. Gefahren müssen erklärt, über Datenschutz muss aufgeklärt
3313 und das sachdienliche Nutzen der Medien gelehrt werden.

3314 **Wer Grün wählt, ...**

3315 ... setzt sich für ein freies unzensuriertes Internet ein, in dem geltendes Recht
3316 angewendet wird;

3317 ... will ein vielfältiges unabhängiges Medienangebot in Sachsen-Anhalt, in dem
3318 Bürgermedien gefördert werden;

3319 ... will uneingeschränkten Zugang zu Informationen staatlicher Behörden und
3320 Einrichtungen;

3321 ... lehnt jede Datenschnüffelei ab und will über personenbezogene Daten selbst
3322 bestimmen.

3323

3324

3325

3326

3327

3328 **12. FÜR EIN WELTOFFENES SACHSEN-ANHALT**

3329 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind – in Ost und West – aus vielen und unterschiedlichen*
3330 *Bürgerrechtsbewegungen entstanden, die im offenen und streitbaren Dialog eine*
3331 *demokratische Gesellschaft gestalten wollen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für*
3332 *ein weltoffenes Sachsen-Anhalt ein, das attraktiv für Zuwanderung ist. Wer nach*
3333 *Sachsen-Anhalt kommt, findet große Freiräume vor. Wir werben bei Deutschen und*
3334 *Nichtdeutschen, diese zu nutzen. Sachsen-Anhalt muss jedoch mehr für die*
3335 *Integration tun. Gerade für Flüchtlinge, die schutzsuchend zu uns kommen, wollen*
3336 *wir bessere Lebensbedingungen und Perspektiven.*

3337 *Deshalb streiten wir für starke Bürgerrechte und setzen uns dafür ein, dass alle*
3338 *Menschen in Sachsen-Anhalt mitbestimmen können und engagieren uns gegen*
3339 *Neonazis.*

3340 *Es reicht nicht aus, wenn das Land ein „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“*
3341 *gründet und an Vereine, Kirchen und andere Akteurinnen und Akteure der*
3342 *Zivilgesellschaft appelliert, dieses mit Leben zu erfüllen. Den Sonntagsreden müssen*
3343 *im Regierungsalltag auch Taten folgen. Weltoffenheit, Demokratie und Toleranz sind*
3344 *nur so gut, wie sie jede Einzelne und jeder Einzelne vor Ort erlebt.*

3345 **Bürgerrechte schützen**

3346 Bürgerrechte, wie das Recht auf Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit, das
3347 Gleichheitsgebot und das Wahlrecht, sind Schutz- und Leistungsrechte, durch die
3348 Menschen frei leben können. Bürgerrechte werden dort eingeschränkt, wo – egal ob
3349 durch Behörden oder die Privatwirtschaft – ein Überwachungsnetz geschaffen wird.
3350 Wer Bürgerrechte beschränkt, will Freiheit beeinträchtigen. Dies gilt auch in Sachsen-
3351 Anhalt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen nicht mehr als ein Minimum an derartigen
3352 Eingriffen zulassen. Wir verlangen daher stets eine an der Freiheit orientierte
3353 Abwägung dort, wo sich Eingriffe nicht vermeiden lassen.

3354 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Bürgerrechte für alle Einwohnerinnen und
3355 Einwohner Sachsen-Anhalts gelten. Wir wollen in unserem Lande keine Menschen

3356 erster Klasse (Deutsche) und Menschen zweiter Klasse (Nichtdeutsche). Dazu gehört,
3357 dass alle Menschen über weitgehende Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte in allen
3358 Fragen verfügen, die ihr Leben betreffen. Diskriminierung und Ausgrenzung dürfen
3359 keinen Platz haben.

3360 Die Versammlungsfreiheit ist ein elementares Grundrecht. Mit Versammlungen üben
3361 Menschen ihr Recht auf freie Meinungsäußerung aus. Das soll erleichtert und nicht
3362 erschwert werden. Das Versammlungsrecht muss durch die Versammlungsbehörden
3363 und die Polizei grundrechtsfreundlich ausgelegt und angewandt werden. Wir setzen
3364 uns dafür ein, dass zwischen den Bundesländern Einvernehmen über die
3365 Ausgestaltung der Versammlungsgesetze in den jeweiligen Ländern erzielt wird, um
3366 Rechtsunterschiede zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger zu vermeiden und die
3367 Polizei bei den häufig länderübergreifenden Einsätzen bei Versammlungen zu
3368 unterstützen.

3369 **Mit Zuwanderung Sachsen-Anhalts Zukunft sichern**

3370 Die Abwanderung aus Sachsen-Anhalt gilt vielen als zentrales Problem des Landes,
3371 blendet aber eine zweite Seite aus: Während jedes Jahr etwa 50.000 Menschen
3372 Sachsen-Anhalt verlassen, wandern gleichzeitig etwa 30.000 zu. Die meisten davon
3373 kommen aus anderen Bundesländern, sehr wenige aus dem Ausland. Nicht der
3374 Umstand, dass junge Menschen aus Sachsen-Anhalt auf der Suche nach Arbeit und
3375 Ausbildung das Bundesland verlassen, ist das Problem, sondern dass zu wenige von
3376 ihnen zurückkommen und zu wenige andere sich im Land neu niederlassen.

3377 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Sachsen-Anhalt für Zuwanderung aus dem In- und
3378 Ausland attraktiv machen. Diese innerdeutschen Zuwandererinnen und Zuwanderer
3379 sollen sich ebenso wie jene aus dem Ausland eingeladen fühlen, die bestehenden
3380 Freiräume in Sachsen-Anhalt auszufüllen.

3381 Damit wollen wir den zurückgehenden Bevölkerungszahlen entgegenwirken. Ziel
3382 muss es sein, dass so viele Menschen zuwandern wie abwandern. Junge
3383 Zuwandererinnen und Zuwanderer gründen hier ihre Familien. Zudem stehen sie für
3384 den Ausbildungsmarkt zur Verfügung und haben das Potenzial, spätere Fachkräfte zu
3385 werden. Kehren sie in ihre Herkunftsregionen zurück, nehmen sie persönliche und
3386 wirtschaftliche Kontakte mit – mit allen Chancen für weitere kulturelle und
3387 wirtschaftliche Beziehungen.

3388 Der Fachkräftemangel wird mehr und mehr zur Wachstumsbremse für sachsen-
3389 anhaltische Unternehmen. Die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte bietet daher
3390 über den bloßen Bevölkerungszuwachs hinaus die Chance, für Beschäftigung zu
3391 sorgen. Um Sachsen-Anhalt für sie attraktiv zu machen, müssen die Hürden für
3392 Zuwanderung gesenkt werden. So wollen wir die Einkommensgrenze für
3393 Arbeitskräfte aus dem Ausland senken und den Verbleib internationaler Studierender
3394 vereinfachen. Bildungsabschlüsse aus anderen Ländern wollen wir leichter
3395 anerkennen und Angebote machen, sie mit Hilfe von Fortbildungen deutschen
3396 Abschlüssen vergleichbar zu machen.

3397 Doch Sachsen-Anhalt wird für viele deutsche und nichtdeutsche Zuwanderinnen und
3398 Zuwanderer nur dort attraktiv sein, wenn es sich als weltoffen und tolerant
3399 präsentiert. Dazu ist die erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten
3400 sowie die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ein Schlüssel.

3401 **Migrantinnen und Migranten integrieren**

3402 In Sachsen-Anhalt leben rund 40.000 Nichtdeutsche. Sie stammen aus etwa 160
3403 verschiedenen Ländern. Verglichen mit anderen Bundesländern ist ein
3404 Migrationsanteil unter 2 Prozent sehr gering.

3405 Deshalb fehlt es an Begegnung mit Migrantinnen und Migranten im Alltag;
3406 Fremdenfeindlichkeit und Vorurteile dagegen entwickeln sich stärker und werden oft
3407 länger beibehalten. Die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und
3408 Mitbürgern ist eine Notwendigkeit in einer zunehmend globalisierten Welt. Sie ist
3409 nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch eine wichtige Hilfe für die
3410 Mehrheitsgesellschaft. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heißt Integration, sich mit- und
3411 untereinander auszutauschen, einen Dialog der Kulturen zu führen und voneinander
3412 zu lernen. Rechte von Minderheiten, gerade auch von Menschen, die zu uns
3413 geflüchtet sind, gilt es zu sichern.

3414 Integration verlangt Anstrengungen von allen Seiten. Aber sie birgt auch enorme
3415 Möglichkeiten, die von unserer Mehrheitsgesellschaft bisher viel zu wenig genutzt
3416 werden. Kulturelle Vielfalt wird heute schon in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und
3417 Sport als Selbstverständlichkeit und Bereicherung empfunden.

3418 Keine demokratische Gesellschaft kann es sich auf Dauer leisten, Teile ihrer
3419 Bevölkerung von rechtlicher oder politischer Teilhabe auszuschließen. Wir wollen
3420 deshalb unnötige Hürden zur Einbürgerung abbauen. Wer seinen Lebensmittelpunkt
3421 in einer Kommune in Sachsen-Anhalt hat, muss hier auch politisch mitentscheiden
3422 können.

3423 Der in Sachsen-Anhalt begonnene Dialog-Prozess, den Nationalen Integrationsplan
3424 im Land umzusetzen, steckt immer noch in den Kinderschuhen. Viele Initiativen und
3425 Vereine, Migranten-Selbstorganisationen und zivilgesellschaftliche Gruppen mühen
3426 sich, die Bedingungen in unserem Land für Migrantinnen und Migranten zu
3427 verbessern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen deshalb Aktivitäten und
3428 Projekte, die Wissen über andere Kulturen vermitteln und sich für die Achtung der
3429 Würde aller Menschen einsetzen.

3430 Integration gelingt nur von beiden Seiten. Migrantinnen und Migranten müssen
3431 unsere verfassungsmäßige Ordnung respektieren und sich auf ein Zusammenleben
3432 einlassen. Die Mehrheitsgesellschaft muss sich öffnen und lernen, mit anderen
3433 (Alltags-)Kulturen und Religionen umzugehen.

3434 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein selbstbestimmtes Leben und die soziale
3435 und kulturelle Teilhabe aller Menschen ein. Zur Förderung der Teilhabe von
3436 Migrantinnen und Migranten wollen wir verbesserte Möglichkeiten einer Anstellung im
3437 öffentlichen Dienst schaffen – an Schulen, in der Verwaltung, bei der Polizei oder den

3438 sozialen Diensten. Denn auch hier muss sich die zunehmende kulturelle Vielfalt
3439 unserer Gesellschaft widerspiegeln.

3440 Integration muss auch über Bildung ermöglicht und gefördert werden. BÜNDNIS
3441 90/DIE GRÜNEN wollen, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner gleichen Zugang zu
3442 Bildung und zum Arbeitsmarkt erhalten – auch Migrantinnen und Migranten.
3443 Vordringliche Aufgaben sind hier: die erleichterte Anerkennung von im Ausland
3444 erworbenen Berufsabschlüssen, die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen mit
3445 einem Aufenthaltsstatus und der ungehinderte Zugang von Kindern und Jugendlichen
3446 zu Kindertagesstätten, Schulen und Ausbildungen.

3447 Schüleraustausche, internationale Praktika für Schülerinnen und Schüler,
3448 Auszubildende und Studierende dienen der Integration und werden von uns
3449 gefördert. Wir setzen auch auf den internationalen Austausch und die
3450 Zusammenarbeit auf kultureller, wirtschaftlicher und politischer Ebene in den
3451 Kommunen. Städtepartnerschaften wollen wir ausweiten und attraktiver gestalten.

3452 **Asylbewerberinnen und Asylbewerbern menschenwürdig begegnen**

3453 Krieg und Terror, Hunger und Not zwingen Menschen, ihre Heimat zu verlassen oder
3454 zu flüchten. Alle Asylsuchenden, die nach Sachsen-Anhalt kommen, werden in der
3455 „Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber–“(ZAST) bis zu drei Monaten in einer
3456 ehemaligen Kaserne vor den Toren Halberstadts und im ungünstigsten Fall bis zu
3457 zwölf Monaten in einer Gemeinschaftsunterkunft am gleichen Ort untergebracht.
3458 Danach werden sie auf teilweise menschenunwürdige Gemeinschaftsunterkünfte in
3459 den Landkreisen verteilt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen dieses Verfahren ab und
3460 setzen sich sowohl für die Abschaffung der Aufenthaltspflicht in einem bestimmten
3461 Landkreis (Residenzpflicht) als auch für die Unterbringung von Asylbewerberinnen
3462 und Asylbewerbern in Wohnungen – wie es gesetzlich möglich ist – ein. Insbesondere
3463 sind die Gemeinschaftsunterkünfte in Möhlau (Landkreis Wittenberg) und Harbke
3464 (Bördekreis) zu schließen.

3465 In Sachsen-Anhalt leben viele ausländische Familien in ständiger Angst, weil ihnen
3466 eine kurzfristig die Abschiebung droht. Oft leben diese so genannten Geduldeten
3467 jahrelang in unserem Land und sind bestens integriert. Sie in ein Land abzuschicken,
3468 das ihre Kinder oft nur aus Erzählungen kennen und dessen Sprache sie nicht
3469 sprechen, ist nicht vertretbar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ihnen einen
3470 gesicherten Aufenthalt ermöglichen. Auch so genannte Illegale – also Menschen ohne
3471 legales Aufenthaltsrecht in Sachsen-Anhalt – müssen medizinische Versorgung in
3472 Anspruch nehmen können, ohne Angst vor Entdeckung haben zu müssen. Ihren
3473 Kindern wollen wir den Schulbesuch ermöglichen.

3474 Viele Flüchtlinge bekommen heute kein Bargeld, sondern müssen Gutscheine nutzen,
3475 mit denen sie ihren gesamten Einkauf für zwei bis vier Wochen auf einmal tätigen
3476 müssen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich auch auf Bundesebene für die
3477 Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes stark. Auf die Landkreise und Städte
3478 wollen wir einwirken, Bargeld zu zahlen statt Gutscheine auszugeben.

3479 **Menschen- und Demokratiefeindlichkeit entgegnetreten**

3480 Der Sachsen-Anhalt-Monitor von 2009 weist trotz leichten Rückgangs viele
3481 rassistische Einstellungen und Vorurteile nach – z.B. sagen 10 Prozent der Befragten,
3482 man solle Ausländerinnen und Ausländern jede politische Betätigung untersagen und
3483 40 Prozent erwarten eine Anpassung des Lebensstils an den der Deutschen. Seit
3484 Jahren führt Sachsen-Anhalt zudem die Statistik rechter Gewalt an. Jedes Jahr
3485 werden mehrere Hundert Menschen in Sachsen-Anhalt Opfer rechter Gewalttaten.
3486 Neonazis schlugen in den vergangenen Jahren mindestens 9 Menschen in unserem
3487 Bundesland tot.

3488 Der Rechtsextremismus in allen seinen Erscheinungsformen bedroht unsere
3489 Demokratie, die Menschenwürde und eine weltoffene Gesellschaft. BÜNDNIS 90/DIE
3490 GRÜNEN nehmen diese Gefahr ernst. Eine Relativierung des Rechtsextremismus mit
3491 Hinweis auf andere Formen des Extremismus oder des Islamismus verharmlost die
3492 Gefahr. Das ist leichtsinnig und inakzeptabel. Die Kriminalisierung von Protest und
3493 Engagement gegen Neonazis als Linksextremismus weisen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3494 entschieden zurück.

3495 Die Wachsamkeit gegenüber allen menschen- und demokratiefeindlichen Tendenzen
3496 und Aktivitäten in unserem Land muss verstärkt werden. Seit langem ist die
3497 Zusammenarbeit zwischen Freien Kameradschaften und den Parteien der extremen
3498 Rechten bekannt. Dieses Zusammenspiel ist mit aller Konsequenz aufzudecken und
3499 zu bekämpfen.

3500 Ebenso schwer wie rechtsextreme Parteien und Gruppierungen bedroht eine um sich
3501 greifende neonazistische Jugend- und Alltagskultur das demokratische Gemeinwesen.
3502 Rechte Musik und Kleidung sind in der Alltagskultur insbesondere von Jugendlichen
3503 heute weit verbreitet. Neonazis schaffen sich zudem mit ihren Familien
3504 Rückzugsräume im Privaten und drängen von dort beispielsweise in Elternräte,
3505 soziale Gruppen und Bürgerinitiativen. Notwendig ist eine stabile Jugendarbeit in den
3506 Kommunen und professionelle Unterstützung für alle, die sich gegen Neonazis und
3507 für die Demokratie engagieren.

3508 Staatliches und insbesondere polizeiliches Handeln gegen Neonazis muss schnell,
3509 konsequent und mit dem Blick für (potenzielle) Opfer rechter Gewalt erfolgen.
3510 Entsprechende Strukturen müssen flexibel sein. Wir wollen daher mobile
3511 Polizeieinheiten gegen Rechtsextremismus schaffen, die bei den Polizeidirektionen
3512 angesiedelt sind.

3513 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine umfassende und gerichtsverwertbare
3514 Untersuchung hinsichtlich der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates durch
3515 verfassungswidriges Verhalten der NPD ein. Wir wollen im Bundesrat auf eine
3516 entsprechende Initiative hinwirken.

3517 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen lokale Bürgerbündnisse und Initiativen
3518 gegen Rechts und arbeiten in ihnen aktiv mit. Dringend erforderlich ist ein
3519 Landesprogramm für Demokratieentwicklung.

3520 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die erfolgreichen Förderprogramme gegen
3521 Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz in geteilter Verantwortung von
3522 Bund und Land fortführen. Sie sind als kontinuierliche Programme auszugestalten.
3523 Zivilgesellschaftliche Träger von Projekten müssen Förderanträge wieder direkt
3524 stellen können, nicht nur Kommunen. Die Antragsbürokratie wollen wir vereinfachen
3525 und unvertretbare Hürden aus der Pflicht, weitere Geldgeber nachzuweisen
3526 (Kofinanzierung), beseitigen.

3527 Für die durch das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ geförderten Lokalen
3528 Aktionspläne (LAP) sind durch die Bundesregierung bislang keine Perspektiven zur
3529 Fortführung der lokalen Präventionsarbeit aufgezeigt worden. Für diejenigen
3530 Kommunen, die die Arbeit auf hohem Niveau fortsetzen wollen, sehen wir das Land
3531 bei der Gewährung einer anteiligen Finanzierung für die Koordinierungsstellen in der
3532 Pflicht.

3533 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben an, zivilgesellschaftliche Beratungsprojekte wie in
3534 Nachbarbundesländern zu „Regionalzentren für Demokratie“ zusammenzuschließen.
3535 An diese Einrichtungen können weitere regionale Projekte und Initiativen zur
3536 Demokratieförderung wie „Schule ohne Rassismus“ oder aus dem Bildungsbereich
3537 angesiedelt werden.

3538 Die beste Prävention gegen Rechtsextremismus ist es, demokratische Mitbestimmung
3539 zu stärken. Wer Verantwortung in Schule und Betrieb, in Vereinen und
3540 gesellschaftlichen Initiativen übernimmt, wird weniger anfällig für
3541 demokratiefeindliches Gedankengut.

3542 **Erinnerungskultur entwickeln**

3543 In Sachsen-Anhalt befinden sich zahlreiche Orte des Gedenkens an die beispiellosen
3544 Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur. Außerdem finden sich
3545 Gedenkstätten an die Menschenrechtsverletzungen während der Zeit der
3546 sowjetischen Besatzung sowie der SED-Diktatur in der DDR. Nur einige von ihnen
3547 sind in der „Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“ aufgenommen.

3548 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Gedenkstätten Räume lebendiger
3549 Auseinandersetzungen und Orte immer neuer Fragen an die Vergangenheit und des
3550 Handelns in der Gegenwart. Ihre politische Instrumentalisierung weisen wir zurück.
3551 Wir wollen die Erinnerungskultur entwickeln und unterstützen und besonders die
3552 Bildungsarbeit an den Gedenkstätten fördern.

3553 Es darf nicht sein, dass die wenigen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich um
3554 kleine Gedenkorte kümmern, oder die Kommunen allein gelassen werden.
3555 Erforderlich ist eine finanzielle Förderung durch das Land, um die beschämende
3556 Sorge um eine mögliche Vernachlässigung der Gedenkstätten zu mindern.

3557 **Freiwilligendienste stärken**

3558 Bei der Gestaltung eines weltoffenen und demokratischen Sachsen-Anhalts wirken
3559 die vielfältigen Freiwilligendienste vom klassischen Freiwilligen Sozialen Jahr bis zum

3560 Freiwilliges Ökologisches Jahr oder dem Freiwilligen Sozialen Jahr Politik wesentlich
3561 mit.

3562 Dies setzt langfristige und fachlich kompetente sowie verlässliche Strukturen voraus.
3563 Dafür braucht es finanzielle Sicherheit. Wir lehnen darum Kürzungen für die
3564 Freiwilligendienste im Landeshaushalt ab. Einsparungen im Sozial- und
3565 Jugendbereich zahlen sich nicht aus.

3566 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Reform des Zuwendungsrechts für die
3567 Tätigkeit von gemeinnützigen Einrichtungen und Organisationen ein. Dazu gehören
3568 eine Verringerung des Verwaltungsaufwandes für die Zuwendungsgeber und
3569 Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger sowie mehr Rechtssicherheit und
3570 Gestaltungsfreiheit.

3571 **Europäisch denken und handeln**

3572 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für eine stärkere Gewichtung der Europapolitik in
3573 Sachsen-Anhalt, denn wichtige Themen für das Land Sachsen-Anhalt wie
3574 Klimaschutz, Bildungs- und Hochschulpolitik, Chemiepolitik, Struktur- und
3575 Agrarpolitik werden in Brüssel gestaltet; ein Teil des Geldes, das im Land
3576 ausgegeben wird, kommt aus EU-Fonds und es gibt nur noch wenige gesetzliche
3577 Regelungen, die ohne europäischen Einfluss sind. Viele Regelungen, die auf
3578 Landesebene umgesetzt werden müssen, werden in Brüssel formuliert und
3579 beschlossen. Wer heute Politik im Land wirksam gestalten will, muss die bestehenden
3580 Einflussmöglichkeiten auf europäischer Ebene nutzen, sonst tun es andere.

3581 Die derzeitige Landesregierung macht von diesen Möglichkeiten zu wenig Gebrauch.
3582 Daher werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die organisatorischen, finanziellen und
3583 personellen Voraussetzungen schaffen, damit Sachsen-Anhalt im Konzert der
3584 Regionen wahrgenommen wird. Dies erreichen wir durch eine effizientere
3585 Organisation und Ausstattung der Landesvertretung in Brüssel mittels besserer
3586 Kooperationsstrukturen mit den Nachbarbundesländern, der Einführung eines
3587 Poolmodells für eine kontinuierliche personelle Absicherung der Interessenvertretung
3588 in Brüssel, durch die Einführung eines EU-PraktikantInnenprogramms und die
3589 Durchsetzung von Fremdsprachenkenntnissen und EU-Kompetenz als Voraussetzung
3590 für die Erlangung von Führungspositionen in den Obersten Landesbehörden.

3591 Mit der Subsidiaritätsprüfung aus dem Lissabon-Vertrag kann das Land
3592 mitbestimmen, was Europa entscheiden soll und darf. Dies eröffnet auch die
3593 Möglichkeiten, europäischen Themen in der Landesverwaltung und im Landtag von
3594 Sachsen-Anhalt endlich die Bedeutung zu geben, die ihnen zukommt.

3595 Gerade im Umweltbereich werden EU-Richtlinien häufig mit großer Verspätung im
3596 Land umgesetzt.

3597 Eine solche Verwaltungspraxis bringt Sachsen-Anhalt nicht nur einen schlechten Ruf
3598 ein, sondern führt zudem noch zu lähmender Rechtsunsicherheit. Wir Grüne werden
3599 dafür sorgen, dass Europäisches Recht zeitnah umgesetzt wird.

3600 Mit der Europäischen Bürgerinitiative können Bürgerinnen und Bürger Themen in
3601 Brüssel direkt auf die Tagesordnung bringen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden
3602 dafür sorgen, dass hierüber umfangreich informiert wird, damit diese Rechte auch
3603 tatsächlich in Anspruch genommen werden können.

3604 **Wer Grün wählt, ...**

- 3605 ... stärkt die Bürgerrechte für alle in Sachsen-Anhalt lebenden Menschen;
- 3606 ... will Sachsen-Anhalt für mehr Zuwanderung attraktiv machen und dafür z.B.
- 3607 Bildungsabschlüsse von Zugewanderten besser anerkennen;
- 3608 ... stimmt für ein Landesprogramm zur Demokratieentwicklung und gegen den
- 3609 Rechtsextremismus;
- 3610 ... stärkt die Freiwilligendienste.

3611

3612

3613

3614

3615

3616

3617

3618

3619

3620

3621

3622

3623

3624

3625

3626

3627

3628

3629

3630

3631

3632

3633

3634

3635

3636
3637

3638 **13. FÜR EIN DEMOKRATISCHES SACHSEN-ANHALT**

3639 *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für Transparenz in allen politischen*
3640 *Entscheidungsprozessen. Wir wehren uns gegen eine Politik hinter verschlossenen*
3641 *Türen, in der Bürgerinnen und Bürger zu Bittstellern degradiert werden.*

3642 *Wir setzen uns für eine demokratische Gesellschaft ein, an der es Spaß macht sich zu*
3643 *beteiligen. Demokratie ist mehr als das Recht, wählen zu gehen.*

3644 *Die Wurzeln unserer Partei liegen in der Demokratie- und Bürgerbewegung der DDR*
3645 *und den westdeutschen Bürgerbewegungen. Als Freiheits- und Bürgerrechtspartei*
3646 *haben wir einen entscheidenden Beitrag für die Demokratisierung unserer*
3647 *Gesellschaft, die Rechte der Minderheiten und die Selbstbestimmung der Menschen*
3648 *geleistet. Doch das Ziel „mehr Demokratie wagen“ ist keineswegs überholt. Wir leiten*
3649 *aus unseren Ursprüngen einen Auftrag für die Zukunft ab und begreifen Demokratie*
3650 *nicht als Zustand, sondern als Prozess, den wir mit allen in der Gesellschaft gestalten*
3651 *wollen.*

3652 **Mehr Einmischen ermöglichen**

3653 Eine starke Demokratie lebt von der beständigen Einmischung aller Menschen in die
3654 öffentlichen Belange. In Sachsen-Anhalt aber wird eine demokratische Mitwirkung
3655 immer mehr auf Wahlen beschränkt oder in das Ehrenamt von Vereinen und
3656 Bürgergruppen verschoben. Noch ein Jahr vor der Landtagswahl meinte der CDU-
3657 Ministerpräsident, Sachsen-Anhalt käme auch mit einem Teilzeitparlament aus. Nach
3658 diesem Verständnis wird Politik in den Hinterzimmern einer Regierung gemacht. Und
3659 das Volk darf gelegentlich deren Wohltaten beklatschen.

3660 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür ein, dass alle Bürgerinnen und Bürger an der
3661 Demokratie teilhaben – und zwar in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft.
3662 Demokratie darf nicht nur auf dem Papier stehen, sie muss von den Bürgerinnen und
3663 Bürgern auch wahrgenommen werden können. Wir brauchen einen gelebten
3664 demokratischen Rechtsstaat, der ein Garant für Freiheit, Gleichheit und soziale
3665 Gerechtigkeit ist.

3666 Gewaltenteilung ist ein Grundsatz unserer Demokratie. Doch noch immer nehmen
3667 Ministerinnen und Minister gleichzeitig auch ein Landtagsmandat wahr. Faktisch wird
3668 dadurch die Kontrolle der Regierung durch das Parlament untergraben. BÜNDNIS
3669 90/DIE GRÜNEN wollen eine strikte Trennung von Regierung und Parlament und
3670 damit eine Stärkung demokratischer Grundregeln. Wir werden deshalb auch die
3671 Landesbeauftragten direkt beim sachsen-anhaltischen Landtag ansiedeln. Ihre
3672 Arbeitsstruktur ist dabei so auszustatten, dass von ihnen Impulse für den Landtag

3673 und die Landesverwaltung erwachsen können.

3674 **Hürden an demokratischer Teilhabe abbauen**

3675 Eine lebendige Demokratie hängt nicht nur davon ab, wer regiert, sondern auch
3676 davon, wie sie gestaltet ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Bürgerinnen und
3677 Bürger auch zwischen den Wahlen über wichtige politische Fragen abstimmen lassen.
3678 Überflüssige Hürden werden wir abbauen. Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, ist
3679 Pflicht eines Landes und kein Gnadenakt.

3680 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Zahl der notwendigen Stimmen zur
3681 Herbeiführung von Volksinitiativen, Einwohner- oder Bürgerinitiativen ebenso senken
3682 wie bei den entsprechenden Begehren und Entscheiden. Ein Volksentscheid soll dann
3683 erfolgreich sein, wenn mehr gültige Ja- als Nein-Stimmen vorliegen. Die
3684 direktdemokratischen Instrumente sollen so bürgerfreundlich gestaltet sein, dass es
3685 zu einer lebendigen demokratischen Praxis kommt, die die Gesellschaft stärkt.

3686 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen erreichen, dass auch Ausschusssitzungen des
3687 Landtages öffentlich stattfinden und die Protokolle einsehbar sind.

3688 Mitbestimmung setzt Wissen um die demokratischen Prozesse voraus. Die
3689 Landeszentrale für Politische Bildung muss deshalb zu einem echten Motor der
3690 Demokratieentwicklung werden. Dazu werden wir sie neu strukturieren und ihre
3691 inhaltlichen Angebote umgestalten, dass die Prioritäten in den Bereichen gesetzt
3692 werden, in denen demokratisches Handeln lernbar und erfahrbar wird.

3693 **Gesellschaftliche Willensbildung und Mitwirkung stärken**

3694 Eine demokratische Gesellschaft kann nur durch Bürgerinnen und Bürger gestaltet
3695 werden. Deren Möglichkeiten zur Mitwirkung sind zu erweitern. Bürgerschaftlichem
3696 Engagement in Initiativen, Vereinen und Verbänden ist bei Entscheidungen in
3697 zuständigen Gremien größere Bedeutung beizumessen, etwa durch Anhörungen und
3698 Stellungnahmen.

3699 Bei Vorhaben in den Landkreisen und Kommunen sollen betroffene Bürgerinnen und
3700 Bürger das Recht haben, angehört zu werden. Solch ein Anhörungsrecht soll bei der
3701 Gesetzgebung im Landtag auch den Kommunen eingeräumt werden, wenn
3702 kommunale Belange berührt werden.

3703 Um bürgerschaftliches Engagement und Mitwirkung zu stärken, sollen Bürger-
3704 initiativen wieder das Recht erhalten, den kommunalen Parlamenten Vorschläge zu
3705 unterbreiten und über deren Behandlung unterrichtet werden.

3706 **Bürgerfreundliche, transparente und effiziente Verwaltungsstruktur 3707 schaffen**

3708 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine effiziente, transparente und bürgernahe
3709 Verwaltung. Die Zuständigkeiten von unterster, oberer und oberster Instanz sind neu
3710 zu regeln. Es kann nicht sein, dass nach der umstrittenen Kreisgebiets- und

3711 Gemeindegebietsreform die Aufgabenverteilung (Funktionalreform) nach wie vor
3712 unerledigt bleibt. Eine Novellierung der Landkreis- und Gemeindeordnung ist
3713 zwingend erforderlich. Die Entscheidungsbefugnis auf kommunaler Ebene muss
3714 erhöht werden.

3715 Die Aufgaben des Landesverwaltungsamtes gehören auf den Prüfstand. So sie in den
3716 Gemeinden und Landkreisen besser erledigt werden können, sollen sie dort
3717 angesiedelt werden. Zudem können Aufgaben der bestehenden Landesämter in das
3718 Landesverwaltungsamt überführt werden.

3719 Sachsen-Anhalt als kleines Bundesland sollte, wo immer möglich, die
3720 Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern suchen, insbesondere mit Sachsen und
3721 Thüringen. Gerade bei Fachbehörden kann eine Bündelung des Sachverstands in
3722 länderübergreifenden Ämtern die Effizienz verbessern. Hierin kann ein erster Schritt
3723 auf dem Weg zu einem Zusammenschluss von Bundesländern bestehen.

3724 **Für einen demokratischen und verlässlichen Rechtsstaat eintreten**

3725 Der demokratische Rechtsstaat achtet und schützt die Grund- und Freiheitsrechte
3726 seiner Bürgerinnen und Bürger. In einer offenen Gesellschaft leben selbstbewusste
3727 Menschen ohne Angst vor Überwachung. Sie sollen sich frei und in Sicherheit
3728 entfalten können. Terrorismus und Kriminalität wollen wir bekämpfen, ohne
3729 Freiheitsrechte unverhältnismäßig einzuschränken.

3730 Zur Abwehr von Gefahren und zur Strafverfolgung darf der Staat in den Grenzen der
3731 Verhältnismäßigkeit auch in Freiheitsrechte eingreifen. Dieser rechtsstaatliche
3732 Grundkonsens wird unter Hinweis auf eine vermeintliche Bedrohung durch den
3733 internationalen Terrorismus zunehmend ausgehöhlt und in Frage gestellt. Darum
3734 werden wir uns allen Bestrebungen entgegenstellen, unter dem Deckmantel der
3735 Terrorismusprävention den Rechtsstaat auszuhöhlen.

3736 Eine Vermischung von Aufgaben der Polizei mit denen des Verfassungsschutzes
3737 lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN grundsätzlich ab. Es darf keinen Geheimdienst mit
3738 polizeilichen Befugnissen geben. Den Bedenken des Landesdatenschutzbeauftragten
3739 zu bisweilen unverhältnismäßigen Eingriffsmöglichkeiten des Verfassungsschutzes
3740 beispielsweise beim Speichern personenbezogener Daten von Minderjährigen
3741 schließen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich an. Wir wollen die Kompetenzen des
3742 Verfassungsschutzes auf das absolut Notwendige zurückfahren und das
3743 parlamentarische Kontrollgremium in seinen Rechten stärken.

3744 Der Wirtschaftskriminalität ist wirksamer zu begegnen. Korruption und
3745 Verschwendung von Finanzen muss konsequent entgegen getreten werden. Mehr
3746 Transparenz und verantwortungsvolle Kontrolle sind nötig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3747 setzen sich für die Einführung eines Korruptionsregisters und eines verbindlichen
3748 Verhaltenskodexes zum Schutz von gesellschaftlichem und privatem Vermögen ein.

3749 Allgemeine Videoüberwachung im öffentlichen Raum verlagert Kriminalität, ohne sie
3750 zu reduzieren. Vielmehr stellt sie die Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht.

3751 Daher lehnen BÜNDNIS 90 /DIE GRÜNEN die Videoüberwachung öffentlicher Straßen
3752 und Plätze ab. Die Präsenz von Beamtinnen und Beamten vor Ort trägt weitaus mehr
3753 zur Sicherheit und zum Sicherheitsempfinden der Bevölkerung bei.

3754 Polizeiliche Doppelstrukturen sind zu entflechten und abzubauen. Zahlreiche
3755 polizeiliche Aufgaben wurden in der Vergangenheit auf die kommunalen
3756 Ordnungsbehörden übertragen, ohne dass diese über die nötigen Ressourcen und
3757 Ausrüstungen verfügen.

3758 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die nachträgliche Erhebung von
3759 Straßenausbaubeiträgen und Anschlussbeiträgen für Wasser- und Abwasserleitungen
3760 aufgrund rückwirkend geänderter oder erlassener Beitragssatzungen ab. Kommunen
3761 müssen verpflichtet werden, rechtssichere und geprüfte Kalkulationen und
3762 Beitragssatzungen bereits vor der Baumaßnahme vorzulegen. Durch eine Reform des
3763 Kommunalabgabengesetzes sollen sowohl demokratische und rechtsstaatliche
3764 Prinzipien als auch die Verpflichtung der Kommunen zu einer nachhaltigen und
3765 maßvollen Investitionspolitik unmissverständlich festgeschrieben werden.

3766 **Reformen für bürgernahe Polizei weiterführen**

3767 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der Arbeit der Polizei eine zentrale Stütze des
3768 demokratischen Rechtsstaats. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die notwendigen
3769 Reformen der sachsen-anhaltischen Polizei weiterführen. Durch die Umstrukturierung
3770 der Polizei aufgrund der neuen Landkreis- und Gemeindegrenzen wurden Kapazitäten
3771 gewonnen. Darum wollen wir mehr Polizeibeamtinnen und -beamte aus dem
3772 Innenbereich im öffentlichen Raum einsetzen, vorrangig als Fuß- und
3773 Fahrradstreifen. So wird das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gestärkt.

3774 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben einen größeren Korridor für die Einstellung junger
3775 Polizistinnen und Polizisten an.

3776 Um die Qualität polizeilicher Arbeit weiter zu verbessern, ist die Aus- und
3777 Weiterbildung zu intensivieren. Dabei muss immer der Dienst an den Bürgerinnen
3778 und Bürgern im Vordergrund stehen. Leider bestehen bei der Polizei nach wie vor
3779 Defizite im Umgang mit Rechtsextremismus. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen
3780 mobile, bei den Polizeidirektionen angesiedelte Polizeieinheiten gegen
3781 Rechtsextremismus schaffen wie sie in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern
3782 seit langem arbeiten.

3783 Die auf Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beim Innenministerium eingerichtete
3784 Polizeibeswerdestelle soll, entsprechend unseres ursprünglichen Konzepts, zu einer
3785 unabhängigen Behörde umgebaut werden. Sie soll nicht nur einzelne Beschwerden
3786 erfassen und bearbeiten, sondern grundlegende Defizite polizeilicher Arbeit klären
3787 helfen und deutlich ausgeweitete Untersuchungsrechte erhalten.

3788 Polizeibeamtinnen und -beamte in Uniform müssen für Bürgerinnen und Bürger
3789 ansprechbar sein. Deshalb wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihre eindeutige
3790 Kennzeichnung durch Namensschilder. Insbesondere bei Demonstrationen würde

3791 dies das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Einsatzkräfte erheblich
3792 stärken. Sollte es zu polizeilichem Fehlverhalten kommen, können die Beteiligten
3793 auch zweifelsfrei identifiziert werden und bringen nicht die gesamte Polizei in
3794 Misskredit.

3795 **Justiz effizienter arbeiten lassen**

3796 Eine unabhängige und effizient arbeitende Justiz ist das Fundament unseres
3797 Rechtsstaats. Sie muss als dritte Gewalt einer Demokratie autonom tätig sein
3798 können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine klare Trennung der
3799 Aufgabenbereiche und Verantwortlichkeiten der Justizorgane und der Ministerien für
3800 Inneres und Justiz ein. Eine parteipolitische Einflussnahme auf die Besetzung von
3801 Ämtern darf es nicht geben. Die Justiz muss sich autonom selbst verwalten können.
3802 Das Weisungsrecht des Justizministeriums auf die Staatsanwaltschaft ist
3803 abzuschaffen

3804 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine effizientere Organisation der Justiz, ohne den
3805 Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger zu beschneiden oder die unabhängige
3806 Stellung der Richterinnen und Richter zu beeinträchtigen. Staatsanwaltschaften und
3807 Gerichte sind so auszustatten, dass Verfahren in angemessener Zeit und unabhängig
3808 vom Geldbeutel zu bearbeiten und zu erledigen sind.

3809 Verfahrensordnungen müssen fortentwickelt und vereinfacht werden. Die Reform des
3810 Sanktionsrechts ist überfällig.

3811 Eine Verschärfung des Jugendstrafrechts lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.
3812 Vielmehr ist der Erziehungsgedanke zu stärken. Der Jugendstrafvollzug ist gesetzlich
3813 neu zu regeln. Die Unterbringung im geschlossenen Jugendstrafvollzug darf nur
3814 Ultima Ratio sein und ist den Möglichkeiten des offenen Vollzugs und des Vollzugs in
3815 freien Formen nachzuordnen. Eine regelmäßige Anwendung des
3816 Erwachsenenstrafrechts sowie die Sicherungsverwahrung für Jugendliche lehnen wir
3817 ab.

3818 Mehr qualifiziertes Personal in der Justiz und eine bessere Zusammenarbeit mit den
3819 Ehrenamtlichen in Vereinen und Verbänden sind eine entscheidende Voraussetzung
3820 dafür, dass Täter-Opfer-Ausgleich und Rehabilitation gelingen. Mediation als Mittel
3821 der Streitbeilegung ist ebenso zu stärken, wie der Täter-Opfer-Ausgleich. Letzterer
3822 hat das Potenzial, den Täterinnen und Tätern das Unrecht ihrer Taten vor Augen zu
3823 führen und dadurch erzieherisch zu wirken. Zu fördern ist ein Verhalten, das
3824 gewaltfreie Konfliktlösungen ermöglicht.

3825 Zeugenschutz, Opferschutz und Opferhilfe sind zentrale Anliegen bündnisgrüner
3826 Politik. Dabei kommt es uns darauf an, den Opfern von Straftaten tatsächlich zu
3827 helfen: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Ausweitung von
3828 Opferschutzprogrammen und die Einrichtung eines flächendeckenden Netzes von
3829 Opferhilfeeinrichtungen. Weitere notwendige Maßnahmen sind die Stabilisierung und
3830 der bedarfsgerechte Ausbau von Schutzwohnungen. Für Zeuginnen und Zeugen
3831 muss der Schutz ihrer persönlichen Daten vereinfacht und verbessert werden.

3832 Gerade im Bereich der politisch motivierten Kriminalität stellen sich viele Menschen
3833 aus Angst nicht als Zeugen zur Verfügung.

3834 **Vielfalt ermöglichen, Menschenrechte garantieren**

3835 Gleichstellung aller Menschen ist Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft.
3836 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Gesellschaft ein, in der jeder Mensch
3837 selbstbestimmt und frei von Diskriminierungen leben kann. Um Vielfalt zu
3838 ermöglichen und Menschenrechte zu garantieren, darf niemand wegen des
3839 Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, der
3840 Hautfarbe, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität benachteiligt
3841 werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten daher für die konsequente Anwendung des
3842 seit 2006 geltenden Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes in allen Bereichen des
3843 öffentlichen und privaten Lebens ein.

3844 Eine wirksame Antidiskriminierungspolitik beinhaltet auch die Förderung der
3845 Akzeptanz von Homo-, Bi- und Inter(oder: Trans)sexuellen im öffentlichen Leben und
3846 in der Arbeitswelt. Mit der rechtlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen
3847 Lebensgemeinschaften wurde ein entscheidender Schritt für die Rechte von Lesben
3848 und Schwulen gegangen. Wir wollen eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher
3849 Partnerschaften in allen Bereichen, beim Kindschaftsrecht, bei Adoptions- und
3850 Sorgerecht, im Miet-, Erb-, Beamten- und Steuerrecht ebenso wie im Ausländerrecht.
3851 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, dass der Schutz der sexuellen Identität
3852 in die Landesverfassung aufgenommen wird.

3853 Zu einer konsequenten Anwendung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes
3854 gehören unter anderem die Integration von Menschen mit Behinderungen in den
3855 allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen wie in der Arbeitswelt, die
3856 Einbeziehung von Seniorinnen und Senioren in alle Lebensbereiche und die Teilhabe
3857 von Kindern. Gerade Kinder haben ein Recht, in allen sie betreffenden
3858 Angelegenheiten gehört zu werden und mitbestimmen zu können.

3859 Insbesondere treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine umfassende Anwendung der
3860 Rechte der Kinder ein, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben
3861 sind. Dabei spielt insbesondere der Schutz vor körperlicher, seelischer und sexueller
3862 Gewalt eine Rolle wie auch das Recht auf Teilhabe und volle Entfaltung der
3863 Persönlichkeit.

3864 **Persönlichkeitsrechte und Datenschutz gewährleisten**

3865 Der Staat darf Bürgerinnen und Bürger nicht unter Generalverdacht stellen. Die
3866 Sicherheitsbehörden sammeln jedoch ständig persönliche Informationen und Daten
3867 und wollen zur angeblichen Sicherheit alle möglichst umfassend überwachen: vom
3868 Konto über das Telefon bis zum Computer. Das ist nicht die Gesellschaft, in der wir
3869 leben wollen. Wir wollen in einem Land leben, in dem der Staat seinen Bürgerinnen
3870 und Bürgern offen und ohne Misstrauen gegenübertritt. Menschen- und Bürgerrechte
3871 sind Garanten und nicht Gefährdung der inneren Sicherheit.

3872 BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN setzen sich für Persönlichkeitsrechte und einen
3873 konsequenten Datenschutz ein. Um Grundrechte und bürgerliche Freiheiten zu
3874 gewährleisten, darf es keine Ausweitung von Überwachungsbefugnissen von
3875 Behörden und Nachrichtendiensten geben. Das betrifft etwa die vertrauensvolle
3876 Kommunikation in Privaträumen und am Telefon ebenso wie Gespräche mit
3877 Seelsorgern, Anwälten und Ärzten. Es muss nachvollziehbar und einsehbar sein, nach
3878 welchen Kriterien Personendaten erhoben und geprüft werden. Zu einem effektiven
3879 Datenschutz gehört auch das Recht der Bürgerinnen und Bürger, über ungewollte
3880 und unbeabsichtigte Datenabflüsse personenbezogener Daten aus Unternehmen oder
3881 Behörden umgehend und lückenlos informiert zu werden.

3882 Das Bundesverfassungsgericht hat ein Grundrecht auf „Gewährleistung der
3883 Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“ aus dem
3884 allgemeinen Persönlichkeitsrecht abgeleitet und damit eine Schutzlücke gegenüber
3885 Zugriffen des Staates geschlossen. Wir wollen auch auf Landesebene verhindern,
3886 dass Deutschland sich zu einem Überwachungsstaat entwickelt. Die entsprechenden
3887 Sicherheitsgesetze sind deswegen zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern. Die
3888 Rasterfahndung wollen wir abschaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen unter
3889 anderem die Einführung von Online-Durchsuchungen sowie die präventive
3890 Telekommunikationsüberwachung ab.

3891 Datenschutz muss von jeder staatlichen Kontrolle frei sein (so eine Entscheidung des
3892 Europäischen Gerichtshofes). In Sachsen-Anhalt aber ist hierfür neben dem
3893 Datenschutzbeauftragten des Landes auch das Landesverwaltungsamt zuständig.
3894 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Zusammenführung der Aufsicht über den
3895 privaten und den öffentlichen Datenschutz beim Landesbeauftragten für Datenschutz.

3896 **Mit der DDR-Vergangenheit auseinandersetzen – Erinnerungskultur schaffen**

3897 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stehen insbesondere in der Tradition der
3898 Demokratie- und Bürgerrechtsbewegung der DDR. Seit unserer Gründung haben wir
3899 einen wichtigen Beitrag für die demokratische Öffnung der Gesellschaft, für die
3900 Rechte von Minderheiten und die Selbstbestimmung der Menschen geleistet. Der
3901 Kampf der Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler zur Überwindung der
3902 Machtverhältnisse in der DDR und für Errichtung einer lebendigen Demokratie in
3903 unserem Land sind uns Verpflichtung für die Zukunft.

3904 Das Leben in der DDR ist differenziert zu betrachten. Einerseits muss geschehenes
3905 Unrecht konsequent aufgearbeitet und Verantwortung benannt werden. Nötig ist eine
3906 langfristig gesicherte Erinnerungsarbeit in den Gedenkstätten des Landes, aber auch
3907 in den Schulen und gesellschaftlichen Einrichtungen. Dazu gehört auch, dass sich
3908 sowohl die Partei Die Linke als auch die ehemaligen Blockparteien ihrer eigenen
3909 Geschichte kritischer als bisher in Verantwortung für die gemeinsame Zukunft
3910 stellen.

3911 Andererseits ist die individuelle Lebensleistung vieler DDR-Bürgerinnen und -Bürger
3912 anzuerkennen. Schließlich geht es um die Würde der Menschen und ihre

3913 Selbstachtung sowie um Perspektiven in einem zusammenwachsenden Deutschland.
3914 Wir begrüßen es, wenn es möglich ist, dass sich Täterinnen und Täter und Opfer der
3915 DDR-Repression begegnen und ihre Geschichte wahrhaftig aufarbeiten.
3916 Opferverbände haben weiterhin unsere Unterstützung.

3917 **Bürgernahe Gemeindestruktur erhalten**

3918 Durch die von der Landesregierung betriebene Gemeindegebietsreform droht das
3919 Entstehen weiterer anonymer Einheits- und Verbandsgemeinden. Viele Menschen im
3920 Land sind darüber besorgt und haben sich deshalb für eine Änderung der gerade erst
3921 beschlossenen Gemeindegebietsreform ausgesprochen.

3922 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein starkes lokales Wir-Gefühl und effiziente
3923 Verwaltungsstrukturen gleichermaßen. Wir wollen eine bürgernahe Verwaltung in den
3924 Kommunen, die die Potenziale besserer Arbeitsteilung und Spezialisierung erschließt
3925 und dennoch in allen Ortsteilen ansprechbar ist. Da, wo Menschen sich mit ihren
3926 Gemeinden oder Ortsteilen identifizieren und nicht in anonymen Großgemeinden
3927 aufgehen, kann lokale Demokratie erfolgreich werden.

3928 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine verbindliche Ortschaftsverfassung für alle
3929 Städte und Gemeinden einführen. Diese soll die Ortschaftsräte in
3930 eigenverantwortlichen Angelegenheiten stärken. Unser Grundsatz ist dabei: lokale
3931 Angelegenheiten sollen vor Ort entschieden werden. Dazu gehört auch, dass die
3932 Ortschaftsräte eigene Finanzmittel bekommen. Auch das Verhältnis zwischen
3933 Ortschafts- und Gemeinderat muss verbessert werden. Ortschaftsratsmitglieder
3934 sollen grundsätzlich an allen (auch nichtöffentlichen) Sitzungen des Gemeinderats
3935 teilnehmen können. Das stärkt die Kontroll- und Beteiligungsmöglichkeiten der
3936 Ortsteile.

3937 Auch in neuen Gemeindestrukturen soll die Förderung der gewachsenen dörflichen
3938 und häufig ehrenamtlichen Strukturen fortgeführt werden. Denn Brauchtumpflege
3939 und die örtliche Feuerwehr bilden häufig das Zentrum des dörflichen Lebens. Unser
3940 Bildungskonzept will die Schule im Dorf lassen. Wir streben zudem eine möglichst
3941 flächendeckende Versorgung mit Arztpraxen und Polizeistationen an. Ortsteile wollen
3942 wir durch Anrufbusse auch zukünftig vom öffentlichen Personennahverkehr
3943 erschließen.

3944

3945

3946 **Wer Grün wählt, ...**

3947 ... stimmt für mehr Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger und geringere
3948 Hürden bei Volksentscheiden;

3949 ... will in einem Land leben, in dem Bürger- und Menschenrechte Garantie für
3950 innere Sicherheit sind;

3951 ... stimmt für eine Stärkung der Ortschaftsräte;

3952 ... entscheidet sich für mehr Gerechtigkeit für alle, unabhängig von Geschlecht,
3953 Lebensorientierung oder sozialer Stellung.



befasst: ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/>	überwiesen an: LDR <input type="radio"/> LaVo <input type="radio"/> LFG <input type="radio"/>	Abstimmung: ja: nein: Enthaltung.:
---	--	--